

## **IV Transformationen: Staatlichkeit und gesellschaftliche Kräfte**

---

### **IV.1 EXKURS: „ORGANISIERTE KRIMINALITÄT“ UND DER STAAT**

Wohl keine Analyse der heutigen Situation in Kolumbien oder Mexiko kommt ohne den Hinweis aus, wie wichtig kriminelle Netzwerke in der Ökonomie der Länder sind.<sup>1</sup> Nicht umsonst stellt Pearce (2010: 289) die These auf, sie finde dort eine gewaltvolle (Un-)Ordnung vor, die sich auf legale und illegale Akkumulation stütze. Derlei Konstellationen sind eben nicht in Europa, sondern in Ländern wie Kolumbien oder Mexiko am sichtbarsten (dort kennt auch die Bevölkerung unregulierte Wege und Aufstiegskanäle) (vgl. Comaroff/Comaroff 2006: 6). Kapitel IV kommt, nachdem das vorangegangene Kapitel historische Grundlagen für die Dynamiken von Staatlichkeit geschaffen hat, auf eine Problematik zurück, die die Einleitung der Arbeit bereits ansprach: Die Verortung der „Organisierten Kriminalität“ als natürlicherweise außerhalb der legalen Wirtschaft und als „dunkles“ Gegenstück des Staates und der Stellenwert, den die Bekämpfung der „Drogenproblematik“ für die Beurteilung von Erfolg und Misserfolg eines Staates häufig einnimmt. Wenn die illegalen globalen Märkte so zentral sind für die beiden Fälle, wenn auch in unterschiedlicher Weise, dann haben sie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verän-

---

1 Castells (2010: 172) zum Beispiel verweist darauf, dass „Wirtschaft und Politik vieler Länder (wie Italien, Russland, die ehemaligen Sowjetrepubliken, Kolumbien, Mexiko [...] nicht verstanden werden können, ohne die Dynamiken krimineller Netzwerke zu berücksichtigen, die in ihren alltäglichen Tätigkeiten präsent sind“. „In Ländern wie Kolumbien ist der Drogenhandel eine wichtige Devisenquelle, er sorgt für Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, die für weite Sektoren der legalen Ökonomie Gewinne und Arbeit bedeutet, und schöpft genügend Ressourcen, um alle Bereiche von Regierung und politischem System zu korrumpern. Etwas Ähnliches zeigt sich langsam in Mexiko.“ (Sevares 2003: 21).

dert. Inwiefern ergaben sich für das Politikfeld Un-/Sicherheit relevante Kräfte- und Akteurskonstellationen in den beiden untersuchten Ländern? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns genauer mit den Rahmenbedingungen, Funktionen und Mechanismen von Akteuren der illegalen Ökonomie beschäftigen und tun dies auf Grundlage vorhandener Studien. Zusammenhänge dieser Art werden in der „westlichen“ Theoriebildung selten sichtbar, machen aber einen großen Teil der Realität, also den der Forschung zugrunde liegenden Daten aus und dürfen daher nicht unbeachtet bleiben.

#### **IV.1.1 Legale und illegale Akkumulation**

„Crime flourishes within the global market economy like a fish in the sea.“

(DICK 2009: 98).

Zunächst ist die Verortung der illegalen Ökonomie, die ja nicht nur den „Drogenhandel“ umfasst, von Interesse. Dabei ist die Nord-Süd-Integration sowohl formaler/ legaler Art als auch informell/extralegal; auch hier spielen die veränderten Akkumulationsstrategien und Formen der Regulation eine Rolle: Lock (2003: 95) begreift dies als „Schattenglobalisierung“ und damit zur wirtschaftsliberal ausgerichteten Regulationsweise spiegelbildliche Entwicklung. Wirtschaftliche Aktivität in der „Schattenökonomie“ hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, wird aber kaum in offiziellen Zahlen erfasst. Lock (ebd.: 110ff.) beschreibt die weltwirtschaftlichen Veränderungen mit dem Zusammenspiel von regulärem, informellem und kriminellem Sektor (hierzu ausführlich auch Altvater/Mahnkopf 2002): der reguläre Sektor hätte in einer rechtlichen Ordnung stattzufinden, „die Transaktionen für alle Marktteilnehmer berechenbar macht“ (Lock 2003: 109). Angesichts der Abhängigkeit von Finanzmärkten schwindet aber die souverän steuerbare Grundlage; der reguläre Sektor schrumpft vielerorts, genauso wie das Steueraufkommen an direkten Steuern kleiner wird. Die vorhandenen Arbeitskräfte kann der reguläre Sektor nicht absorbieren; die früher auf eine Art Nationalökonomie gerichtete Steuerung hat teilweise ihren Gegenstand verloren (ebd.: 109). Der reguläre Sektor steht zudem über illegale Dienstleistungen (Schwarzarbeit), eingeschleustes Kapital oder Steuerflucht in dauerhaftem Austausch mit der informellen und der illegalen Ökonomie.

Im zweiten, informellen Sektor, bewegt sich die Mehrheit, weit mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung der Welt mit in den letzten Jahrzehnten stark steigender Tendenz. Der informelle Sektor absorbiert auch die aus der formellen Ökonomie ‚Herausgefallenen‘, dauerhaft ‚Marginalisierten‘; in diesen Sektor

hinein werden die Kosten für eine „Modernisierung unter Bedingungen der globalen Konkurrenz externalisiert“ (Altvater/Mahnkopf 2002: 155).<sup>2</sup> Der Rekurs auf Informalität ist dabei nicht punktuell, sondern permanente, strukturelle Erscheinung und zwar auch in transnationalen Unternehmen mit integrierten Wertschöpfungsketten. Ein großer Teil grenzüberschreitenden Handels wird informell abgewickelt. Als Teil des sehr dynamischen Sektors verweist Lock (2003: 110) z.B. auf die informell organisierte *remesa*-Wirtschaft, die in Lateinamerika sehr große Bedeutung hat. Direkte Steuern werden nicht entrichtet; Schutz vonseiten eines Zentralstaates oder die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie z.B. Schulbildung sind kaum zu erwarten. Die Vermischung mit oder Ausbeutung durch kriminelle Akteure ist häufig. Wie die formalen Märkte gestaltet sind und kontrolliert werden, ist zentral für Größe und Dynamik informeller Märkte.

Den dritten Sektor, die offen kriminelle Ökonomie, beschreibt Lock (2003: 111) als „Geflecht tausender gewaltregulierter, global operierender Netzwerke“. Latente und manifeste Gewaltverhältnisse sind hier statt rechtsstaatlicher Regelungen die Grundlage in „netzwerkartigen Zirkulationssphären“ (ebd.). Wie die vielschichtige Gewalt (auf dem illegalen Markt, wegen Strafverfolgung, wegen anderer sozialer Gegner) gestaltet, ist regional unterschiedlich (Krauthausen 2013: 117f.). Bei einer großen informellen Ökonomie seien die Spielräume für die illegale Ökonomie größer; aber auch scheinbar regulierte Ökonomien wie Deutschland seien ein „unverzichtbarer Operationsraum“ u.a. für Geldwäsche (Lock 2003: 114). Auch Handelsrouten laufen u.U. entlang der legalen Handelsströme; unternehmerisch sinnvoll werden die Routen für mehrere Produkte genutzt (legale, geschmuggelte, illegale Waren, Drogen, Waffen, Zigaretten, kopierte Markenware). Zu unterschieden ist zusätzlich zwischen illegalen Produkten (etwa verbotenen Drogen), legalen Produkten, die illegal gehandelt werden (Schmuggel, falsche Mengenangaben) und dem Umgehen offizieller Wechselkurse beim Tausch von Währungen (vgl. ebd.: 106). Von den drei verschränkten Wirtschaftssektoren sei die reguläre Sphäre, bei der die Vertragssicherheit des wirtschaftlichen Tausches vom staatlichen Gewaltmonopol garantiert werde, nur in wenigen Ländern tatsächlich die entscheidende – sie aber ist eine Basis der „Reproduktion von Staatlichkeit“ durch Steuererhebung (Lock 2003).<sup>3</sup>

- 
- 2 Dass deren Lebenssphäre „außerhalb des verlässlichen Handlungsfeldes der staatlichen Sicherheitsorgane“ (Lock 2003: 110) liege, möchte man verneinen: sie liegt in nicht verlässlichen oder jedenfalls nicht in rechtlich abgesteckten Handlungsfeldern, aber sehr wohl innerhalb der Handlungsfelder staatlicher Sicherheitskräfte.
  - 3 Hier wird allerdings nicht wie bei Lock (ebd.: 23) davon ausgegangen, dass in diesem Zusammenhang zu wenig öffentliche Sicherheit bereitgestellt werde und dies Räume für kriminelle Tätigkeiten öffne, was wieder das Gewaltmonopol erodieren lasse. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass staatliche Stellen auch bewusst die Gewaltfunktion ausla-

Die Wettbewerbsvorteile sind so dramatisch, dass die „Schattenökonomien“ überall expandieren; inzwischen gebe es ein dichtes globales „Geflecht transnationaler krimineller Netzwerke“ (ebd.: 113).<sup>4</sup> Beispielsweise im Kokainhandel bewirkt gerade die mögliche strafrechtliche Verfolgung die Profitabilität und Diversifizierung dieses Sektors und hält die Preise auf hohem Niveau; erst die Illegalität führt zu den enormen Gewinnmargen. Gleichzeitig gibt die strafrechtliche Verfolgung Anreize, die Tätigkeiten in andere, auch legale Bereiche zu diversifizieren. „Alle Aufwendungen für die Verfolgung von Drogendelikten sind nichts anderes als Subventionen zur Stützung der Marktpreise“ (ebd.: 112; vgl. auch Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 34). So soll die Zuschreibung als „illegal“ nach offizieller Darstellung den freien Kapitalfluss eigentlich verhindern, führt aber dazu, dass sich die Renten aus dieser Art Handel exponentiell vergrößern und die Entwicklung der zugehörigen Netzwerke potenzieren. Die Illegalität verzerrt die Gewinnmargen und die Preise gegenüber den Produktionskosten (vgl. ebd.: 34; Franco Restrepo 2009: 417f.).

Auch Liberale Strömungen der Internationalen Beziehungen erkennen das Gewicht illegaler Transaktionen im internationalen Wirtschaftssystem.<sup>5</sup> Dieser Wissenschaftsdiskurs interpretiert die Verflechtungen häufig mit der Fähigkeit krimineller Strukturen, staatliche Souveränität zu untergraben, indem sie technologische Innovationen und die Möglichkeiten freier Märkte ausnutzen. Dabei dominieren Vorstellungen von mächtigen Mafia-artigen „Kartellen“ mit räumlich abgrenzbaren Einflussphären (Naím 2006; vgl. kritisch Friman 2009; Zinecker 2004). Politische Instabilität und geringes Wachstum machten politische Strukturen gleichsam anfällig für Korruption. Privatisierungen werden empfohlen, da davon ausgegangen wird, man könne damit die Korruptionsanfälligkeit des Staates umgehen. Das Kon-

---

gern, Räume extralegalen, kriminellen, parastaatlichen Akteuren quasi 'überlassen' (vgl. Pearce 2010; Franco Restrepo 2009) und so Sicherheit höchst selektiv bereitstellen.

- 4 Die Größe dieser Wirtschaftsbereiche und ihre Gewinne kann tatsächlich mit den vorhandenen Methodologien nur schwer bestimmt werden: Ganz unterschiedliche Organisationen und wissenschaftliche Arbeiten stützen sich auf völlig unterschiedliche Statistiken, die Friman (2009: 3f.) als meist inkonsistent bezeichnet; die Schätzungen liegen teilweise so weit über tatsächlich erfassten Zahlen (etwa bei Menschenhandel), dass seriöse Aussagen kaum möglich und die Schätzungen über aus dem illegalen Handel erwirtschaftete Gewinne kaum mehr als geraten sein können. Selbst die zuständigen UN-Organisationen geben zu, dass ihre eigenen Zahlen nicht zuverlässig sind.
- 5 „[N]ot only are illicit networks tightly intertwined with licit private sector activities, but they are also deeply embedded within the public sector and the political system. And once they have spread into licit private corporations, political parties, parliaments, local governments, media groups, the courts, the military, and the nonprofit sector, trafficking networks assume a powerful -- and in some countries unrivalled -- influence on matters of state.“ (Naím 2006: 8).

zept der Korruption staatlicher Institutionen oder einzelner Staatsbediensteter allein erfasst allerdings die Komplexität der Interaktionen nicht. Die klassische Vorstellung ist zudem, dass ökonomische Tätigkeit stabile, organisierte (dabei nicht stark regulierte) Umfelder benötigt. Die außer im US-Krisenjahr 2009 keineswegs fallenden Investitionszahlen in Mexiko während der letzten Jahre des „Krieges gegen die Drogen“, die Diamantindustrie in Angola oder die Goldförderung in Kolumbien – alles Konfliktfälle mit hohen Gewaltraten -- zeigen allerdings, dass dies überhaupt nicht der Fall sein muss. Fragen könnte man auch: Ab welchem Punkt gilt das Kapital aus ursprünglich illegaler Produktion oder Handel als legal?

Tatsächlich wird man einer komplexeren Realität gewahr – nämlich einer höchst selektiven Strafverfolgung und vielgestaltiger Verflechtungen – betrachtet man Kriminalität als integralen Teil von „Globalisierung“ (Friman 2009: 1; vgl. Castells 2010: 170ff.). Wenn Regierungen beispielsweise Wettbewerbsvorteile über Anreize für Investitionen zu schaffen versuchen, ist eine logische Konsequenz der Influx von Kapital aus Offshore-Finanzzentren, das kaum Kontrollen unterliegt (vgl. Friman 2009: 10). Dabei haben die Staaten ihre regulative Rolle wie in der restlichen Wirtschaft auch in Bezug auf die Sanktionsmöglichkeiten illegaler Wirtschaft selbst abgebaut, je nach ihrer Abhängigkeit von Krediten, Investitionen, Korruptionsmustern (Friman 2009: 13). Gewinne nicht oder heruntergerechnet zu deklarieren wird beispielsweise erheblich einfacher, wenn sie in Offshore-Finanzzentren transferiert werden können. Die Entwicklung extralegalter Ökonomien hängt daher mit den veränderten Akkumulationsregimen zusammen. Die Grauzonen sind Konsequenz von Transformationen in Gesellschaft und Regulationsmustern – was nicht heißt, dass ähnliche Ausformungen im Fordismus nicht schon bestanden hätten. Dennoch formt die gegenwärtige globale Wirtschaft „neue Muster transnationaler krimineller Aktivitäten“ (Ruggiero 2009: 117). Umgekehrt könnte die Weltwirtschaft in ihren heutigen Ausprägungen nicht ohne diese Grauzonen existieren (Schönenberg 2013: 11f.). Diese „Schattenglobalisierung“ (Lock 2003: 112) vermischt sich in symbiotischem Verhältnis mit als „legal“ angesehener Wirtschaft. Der globale Finanzmarkt als diffuses Gebilde mit offshore-Standorten und ohne Kapitalverkehrskontrollen „bildet das operative Medium“ (Lock 2003: 112) – womit konstatuiert werden muss, dass eine neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik eine Art „fertile ground“ bietet.

„Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass die Politik der Wirtschaftsliberalisierung und staatlichen Deregulierung im politisch-wirtschaftlichen Projekt des Neoliberalismus [...] zur Basis dafür geworden ist, dass transnationale Firmen des kriminellen Kapitalismus wie nie zuvor in Blüte stehen.“ (Estrada Álvarez 2010b: 13).

Estrada Álvarez/Moreno Rubio (2008: 16ff.) sind der Meinung, der Rahmen einer neoliberalen, dominierenden Marktlogik, in dem sich staatliche Regulation bewegt, habe illegale Akkumulationsformen mit sehr hohen Gewinnmargen (Drogenhandel, Waffenhandel, Menschenhandel, etc.) in gewisser Weise begünstigt. Sie können zeigen, dass z.B. in Kolumbien die dazugehörigen Netzwerke in der Lage sind, die Finanzialisierung und besonders Deregulierung und Liberalisierung zu nutzen, die eine enorme Flexibilität von Kapitalströmen erlauben (ebd.: 31f.). Tatsächlich zeigt sich gerade in der Branche des Drogenhandels, so auch Krauthausen (2013: 301), die vollendete Eingliederung in den Weltmarkt – und auch dieser Branche ist eine Ebene der Kolonialität eigen: Dass der Anbau von Koka hauptsächlich in Südamerika, der Konsum der Abfallprodukte Crack u.a. in den Herstellungsgegenden und die größte Gewinnerwirtschaftung durch den Verkauf von Kokain in den USA und Europa stattfinden, ist u.a. in asymmetrischen Welthandelsstrukturen und sozialer Ungleichheit begründet und reproduziert identitäre Zuschreibungen von Konsummustern. Serrano/Palacios (2010: 108f.; vgl. auch Krauthausen 2013: 95) verstehen Drogen als Teil der rohstofforientierten Exportökonomie: Mit dem paradigmatischsten Beispiel Gold habe ein Produkt wie Kokain zusätzlich die Relation von Wert zu Gewicht gemein, die vergleichsweise hohe Differenz des Preises von Produzent zu Konsument und die Wertschöpfungskette von vielen, kleineren Produzenten (dispers) über weniger Intermediäre (mit Technologiezugang) hin zu konzentrierten, koordinierten Verteilernetzwerken. Solche Brückenköpfe sind zentral, denn nicht jede Gruppe hat die Verbindungen, Kapital und Know-How, um in den internationalen Kokainhandel einzusteigen oder Crystal Meth herzustellen (vgl. Krauthausen 2013: 82 vergleichend zu Italien).<sup>6</sup> Häufig, so ist zu vermuten, sind dies nicht mehr lokal eingebettete unternehmerische Netzwerke, die lokale Bedingungen der Schmuggelübergänge kennen, sondern solche Intermediäre, die globale Vertriebsketten, Zollpapiere u.ä. organisieren können, über Zugang zu Finanzplätzen verfügen.

Die Akteure der irregulären Ökonomie sind den wirtschaftlichen Funktionsregeln innerhalb des kapitalistischen Systems ebenso unterworfen. Die kapitalistische Akkumulationslogik erklärt die Tendenz, einen Teil des erwirtschafteten Kapitals in ‚sicheren‘ Branchen anzulegen, in produktive und Dienstleistungsbranchen zu investieren, zu diversifizieren und ‚legalisieren‘. Zudem werden die Gewinne in legale Konsumgüter umgesetzt oder reinvestiert. Somit gehört es praktisch zur Funktionslogik, die regulären Märkte nicht zu gefährden, da sich dort die Erträge realisieren: Die Verflechtung legaler und krimineller Akkumulationsformen nimmt heute zu (Estrada Álvarez 2010b: 29; vgl. Lock 2003: 119; Altvater/Mahnkopf 2002: 239), obwohl der Sachverhalt nicht neu ist: Grundsätzlich wird hier mit Estrada/Moreno (2008: 20) davon ausgegangen, dass es unterschiedliche, auch kriminel-

---

6 Entführungen sind leichter zu bewerkstelligen, werfen aber nicht so viel Kapital ab.

le, Ausformungen kapitalistischer Akkumulation gibt, so dass primär nach den gesellschaftlichen Bedingungen gefragt werden muss, in denen diese Art der Ausformung von Kapitalismus vorkommt. So sind sich Verbrechen und Akkumulation sogar gegenseitig wesenseigen. Auch die Entwicklung des Kapitalismus selbst „was accompanied by a good deal of criminal activity“ (Dick 2009: 99).

Dass illegale Produktion immer legale Dienstleistungen u.ä. benötigt und zudem die erwirtschafteten Gewinne entweder in legale Konsumgüter investiert oder teilweise in legale Produktionzweige reinvestiert werden, ist kaum von der Hand zu weisen. Oder wird bereits die Vermeidung von Steuerzahlungen als kriminell eingestuft? Dann umfasst die „extralegale Ökonomie“ weit größere Bereiche. Bereits die Sichtbarkeit von Transaktionen erhöht, wie Dick (ebd.: 102f.) ausführt, den Druck Steuern abzuführen und damit Anreize, Gewinne in Steueroasen zu deklarieren.<sup>7</sup> Möglich und begünstigt wird diese Art der Verflechtung mit dem Weltmarkt in einem solchen Ausmaß dadurch, dass in Offshore-Finanzzentren problemlos Kapital angelegt werden kann, in denen „eine legale Umwelt bereit“ gestellt wird, „in der es den globalen Akteuren leicht fällt, ihren nicht immer legalen Geschäften nachzugehen“ (Altvater/Mahnkopf 2002: 310; 215ff.). Illegale Ökonomie bewegt sich dabei in einem viel größeren Bereich der „grauen Ökonomie“ (Dick 2009: 98). Aus den entsprechenden Finanzmarkttätigkeiten wird nur durch den illegalen Charakter tatsächlich ‚Geldwäsche‘ (vgl. Serrano/Palacios 2010: 109). Dennoch: Erfolgreiche Geldwäsche belohnt auch gewaltförmige ökonomische Aktivitäten monetär (Altvater/Mahnkopf 2002: 237). Geldwäsche nutzt „im globalen Raum jene Orte, wo die Maschen des regulativen Netzes besonders weit“ (ebd.: 231) gestrickt sind, denn die Jurisdiktionen sind je nach institutioneller Ausgestaltung unterschiedlich. Auch größere Staaten wie Israel, Russland oder Panama gelten der OECD als Offshore-Zentren; die Bekämpfung von Geldwäsche hat praktisch immer auch Konsequenzen für legale Geldanlagen und Transaktionen (vgl. ebd.: 215–225). Bewusst offengelassene Lücken in nationalen Bankensystemen für den Zufluss von illegal erwirtschaftetem Kapital, die Duldung von Importschmuggel und für die Registrierung fiktiver Exporte ermöglichen Geldwäsche erst (vgl. Serrano/Palacios 2010: 119).

Ruggiero (2009: 118) zufolge sind Staatspersonal und Finanzdienstleister notwendige Akteure für die Geldwäsche – womit die reguläre Ökonomie der irregulä-

<sup>7</sup> „[...]Liechtenstein, Luxembourg and Monaco showed long ago what could be created out of nothing with tax-exempt companies, banking privileges and tourism [...] Allowing also for flag-of-convenience shipping registrations, offshore fishing licences and, most recently, sale of Internet rights, the microstates of the Caribbean and the Pacific have few other options apart from labour migration and remittances. Where licit means prove inadequate, however, there may well be scope for the illicit, such as money laundering and drug smuggling. Often the line is a fine one.“ (Dick 2009: 103).

ren Dienstleistungen bereitstelle. Dazu gehören nicht nur informelle, unregulierte Bankensysteme, die Zinsen oder Wechselkursraten verzerren können (Altva-ter/Mahnkopf 2002: 239). Wenn Geldwäsche über Investitionen in die Tourismus-industrie, etwa den Bau von Hotelanlagen, absolviert wird, kann illegal erwirtschaftetes Kapital in ganz formale Entwicklungsprojekte und die Inwertsetzung von Regionen fließen (Nordstrom 2004: 137). Damit schreibt sich ‚illegal‘es Kapital ebenso in räumliche Expansionen ein, die heutigen Akkumulationsstrategien eigen sind. Zudem nehme eine große Zahl legaler Unternehmen bei der Beschäftigung papier-loser Migranten im Grunde Menschenschmuggel als Dienstleistung in Anspruch, ähnlich wie Unternehmen, die sklavereihähnliche Arbeitsbedingungen direkt oder über ihre Zulieferfirmen zur Grundlage ihrer Produktion machen (Ruggiero 2009: 118f.). Legale Produkte werden wissentlich an kriminelle Gruppen (z.B. zum unregistrierten Export) verkauft, ebenso wie illegale Produkte (wissentlich oder unwissen-sentlich) über Firmen gehandelt werden, die eigentlich legale Produkte vertreiben (z.B. Bananenhandel). Auch im illegalen Waffenhandel sind legal und extralegal operierende Akteure beteiligt.

Dieses Undefinierte zwischen „legal“ und „illegal“ erlaubt eine Grauzone für kriminelle Ausformungen des Kapitalismus. Als solche Grauzone versteht Estrada Álvarez (2010b: 13) vor allem eine Form von Akkumulation, die legal erscheint, ihren Ursprung aber in illegalen Tätigkeiten hat und durch die wachsende Überlage-rung dreier Elemente entsteht, nämlich die Restrukturierungsprozesse seit den 80er Jahren, das wachsende Gewicht unproduktiven Kapitals und das, was er angesichts hochgehaltener Preise die Förderung von illegalen Wirtschaftssektoren mit enorm hohen Gewinnmargen nennt (ebd.: 30). Nordstrom (2004: 136) spricht von „layers of entangled associations that produce both legal and extra-legal empires at the largest and most sophisticated levels“. Damit stellen die irregulären Tätigkeiten keine Anomalien dar oder könnten als etwas, das „außerhalb“ der eigentlichen, le-galen Ökonomie steht, interpretiert werden, sondern sind als systemimmanenter Faktor zu verstehen, der manche Besonderheiten erklären kann:

„Complex financial schemes and international trade networks link up criminal economy to the formal economy... The flexible connection of these criminal networks in international networks constitutes an *essential feature* of the new global economy.“ (Castells 2010: 172 Hervorh. A. Jenss).

Es handelt sich nicht um ein Zusammentreffen zwischen der legalen Ökonomie mit einer dysfunktionalen Seite, sondern, so führt Ruggiero (2009: 119) aus, zweier un-terschiedlich regulierter Sphären, so dass es angemessen sei, die Illegale Ökonomie als „Ergebnis von Allianzen zwischen illegitimen und legitimen Akteuren“ zu be-zeichnen. Nordstrom (2004: 36f.) geht noch weiter: Von zwei klar voneinander ab-gegrenzten Bereichen zu sprechen, sei nicht exakt, eher forme die „Schattenöko-

nomie“ einen integralen Teil des Alltäglichen; „they intertwine“.<sup>8</sup> Estrada/Moreno (2008: 49) sehen daher die illegale Wirtschaft als Teil der Krisenlösungsstrategien in den 1970er Jahren und als Teil einer neuen Phase kapitalistischer Akkumulation, in der liquides Kapital neue Anlagemöglichkeiten und Produktbranchen erschließt. All dies steht in paradoxem Verhältnis zur weltweit restriktiven Handhabe gegenüber psychoaktiven Substanzen, denn internationale rechtliche Grundlage der heutigen Anti-Drogen-Policy sind die Single Convention der Vereinten Nationen von 1961, der eine Vielzahl der Staaten der Welt beitreten, und die Wiener Konvention von 1971, die hauptsächlich in den ehemaligen Kolonien produzierte psychoaktive Substanzen als illegal betrachtet.

#### **IV.1.2 Kriminalität und der Staat**

Was ist nun die Rolle illegaler ökonomischer Akteure, der „Drogenhändler“, in Bezug auf den Staat? Mit Zinecker (2007: 510f., 2004:16f.) wird davon ausgegangen, dass es sich im Wesentlichen um „polymorphe“ Netzwerkstrukturen und nicht um „Kartelle“ handelt, um „fluid networks that change and align themselves to pursue ever-changing objectives. They are highly interlinked“ (Nordstrom 2004: 135; vgl. u.a. Hope 2012).<sup>9</sup> Diese Unterscheidung wird hier bekräftigt; denn um Kartelle im eigentlichen Sinne mit räumlich klar umrissenen Einflusssphären handelt es sich keineswegs.

Per Definitionem sind diese Netzwerke transnational (vgl. Nordstrom 2004: 107). Zum einen bewegen sich die genannten Gruppen innerhalb einer Marktlogik und verhalten sich wirtschaftlich. Der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Drogenhändler und Gewaltunternehmer (vgl. Krauthausen 2013: 121ff.; Zinecker 2004), nach der im Drogenhandel Gewaltdienstleistungen gekauft werden wie von anderen Unternehmen auch, wird hier zugestimmt. Anders als bei der Vorstellung der alteingesessenen sizilianischen ‚Mafia‘ sind Akteure im globalen Geschäft des Handels mit illegalen Substanzen auf Flexibilität und Information über Produzen-

- 
- 8 In Bezug auf die Drogenökonomie verwischt ihre Verortung „in der Grauzone zwischen illegaler und legaler Wirtschaft [...] ihre Struktur und ihre Grenzen.“ (Zinecker 2004: 11).
  - 9 Escalante Gonzalbo (2012: 36) belächelt den Begriff „Kartell“ als Neologismus, der als Beschreibung für die Realität kaum tauge und eher aus der US-Außenpolitik entstanden sei, die einen verantwortlichen, identifizierbaren Feind benötigte. Die United Nations Convention Against Transnational Organized Crime (CTOC) (Artikel 2a) definiert organisierte kriminelle Gruppen als „a structured group of three or more persons, existing for a period of time and acting in concert with the aim of committing one or more serious crimes or offenses“ to obtain „financial or other material benefit“ (United Nations 2000).

ten, Schutzunternehmer, Klienten, Vertriebswege und Geldwäschemöglichkeiten angewiesen.<sup>10</sup> Richtig ist jedoch auch die Feststellung von Ehrke (2004: 143), nach der sich in „gewaltoffenen Räumen [...] eine deregulierte und radikal freie Markt-wirtschaft [bildet], in der die Akteure vom Handel bis zum Raub grundsätzlich mehrere Optionen wahrnehmen können“, denn obwohl Vertragstreue ein zentrales Element ist, geht der Einsatz von Gewalt doch weiter als in der legalen Wirtschaft (Krauthausen 2013). In offenen Konflikten ermöglicht daher die Untersuchung von Rent-seeking über Devisenschwarzmärkte, Rohstoffexporte oder die Aneignung von Entwicklungshilfegeldern (verstanden als Abschöpfung eines nicht selbst erwirtschafteten Mehrwerts), u.U. Aussagen über Konfliktformationen (vgl. Ruf 2003: 31). Illegalität produziere allerdings vielmehr deshalb Gewalt, weil sie ein von Machtgruppierungen umkämpfter Raum sei, argumentiert Maldonado (2010b: 417). Insofern nimmt die vorliegende Arbeit die Kritik Flores Pérez' (2009: 63ff.) an Lupshas (1996: 30) Konzept fester Abfolgen auf: Lupsha geht von einer zunächst einfach kriminellen Organisation aus, die Staatsangestellten „untergeordnet“ sei, sich dann mit Tätigkeiten in der legalen Ökonomie konsolidiere und schließlich mittels der Verbindung legaler und illegaler Ökonomie über das von ihr längst abhängige Staatspersonal dominiere. Diese Vorstellung lasse wegen eines wenig differenzierten Staatsverständnisses im Unklaren, wie sich das Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und kriminellen Organisationen entwickelt. Letztere sind durchaus politisch aktiv, z.B. im Lobbying gegen Kapitalverkehrskontrollen, im kolumbianischen Fall gegen Auslieferungsbestimmungen: Ihre unternehmerischen Aktivitäten sind nur möglich in einem „Kontinuum von Legalität und Illegalität“ (Serrano/Palacios 2010: 108).

Kriminelle Aktivität mächtiger Akteure hat auch ein legislatives Element; sie versuchen wie andere auch,

„to change practices, to distort or outflank rules, to manipulate perceptions thereof: in brief, conduct that cannot be ascribed to a grand conspiracy, but rather to the day-to-day improvement of powerful actors seeking to maintain and augment social and institutional position.“ (Ruggiero 2009: 122).

Zudem können sie politisch aktive Akteure sein und über Schutz- und Zwangsmechanismen und eine relative Zentralisierung über Territorien eine gewisse Kontrolle

---

10 Resa Nestares (2003) wandte sich daher bereits vor 12 Jahren vehement gegen das Konzept das Kampfes um die Kontrolle einer *plaza*, mit dem die mexikanische Regierung die steigenden Gewaltraten zu erklären sucht: Dass Drogenhändler eine Stadt o.ä. kontrollierten, um dort den Vertrieb zu monopolisieren, sei für sie aus unternehmerischer Sicht ineffizient, solange es kein Monopol über alle Gemeinden in Mexiko gebe; die *plaza* sei ein Mythos (Resa Nestares 2003).

ausüben und parastaatliche Funktionen einnehmen. Auch ein fehlender Konsens der verschiedenen Fraktionen herrschender Klassen kann die Aktivitäten lokaler Intermediäre mit privaten Zwangsapparaten befördern. Beide Tätigkeiten gehören dabei zusammen. An diesem Punkt wird die Analyse interessant: wenn es um die unternehmerischen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen legalen und illegalen Unternehmern geht und nicht mehr nur um innere Funktionsweisen illegaler Organisationen.

Herkömmliche Analysen unterstellen dagegen häufig eine Verbindung zwischen dem Gewicht illegaler Akkumulation und einem ‚schwachen‘ oder ‚gescheiterten‘ Staat (vgl. Cribb 2009). Obwohl die Netzwerke der illegalen Ökonomie längst ein transnationales Phänomen sind, das entsprechend von transnationalen Dynamiken und weniger von nationalstaatlichen Programmen beeinflusst wird, weisen Cribb (ebd.), Wilson (2009) oder Sevares (2003: 150ff.) darauf hin, dass die analytische Abgrenzung des Staates als kriminellen Netzwerken gegenüberstehende einheitliche verfassungsmäßige Struktur häufig nicht funktioniert. Es kann durchaus zum Zusammenwirken zwischen Staat und illegalen Strukturen oder zwischen Staat, para-politischen und offen irregulären Kräften kommen (vgl. exempl. Ace moglu et al. 2009).<sup>11</sup> Teilweise werden dieselben logistischen Netzwerke genutzt; legale Parteien sind davon kaum ausgenommen. Parapolitische Strukturen „are neither ‘parasitic’ nor ‘deviant’, but functionally central to the routine operation of global governance and private authority.“ (Wilson 2009: 30). Ein Staat kann nicht als homogen und klar abgegrenzt verstanden werden, und auch kriminelle „Unterwelten“, „Schwarzmärkte“ etc. sind substantieller Teil der Kräfteverhältnisse, die sich im Staat festschreiben. Zentral ist daher, das *ambivalente* Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik, und Organisierter Kriminalität zu erkennen. Von einem symbiotischen Verhältnis zu sprechen, könnte dagegen Differenzierungen verwischen (Dick 2009: 100).

Eine klare Grenzziehung zwischen „Kriminalität“ und legitimer Tätigkeit kann es nicht geben: Die Grenzen zwischen „licit“/„illicit“ sind konzeptionelle Grenzen; „[a]s concepts change, so too do borders“ (Nordstrom 2004: 85). Die Unterscheidung hat nur dann Sinn, wenn Illegalität gesellschaftlich tatsächlich als illegitim, verbrecherisch anerkannt wird. Bestimmte Taten als kriminell zu bezeichnen, hängt nicht nur von juristischen Zuweisungen ab, sondern ist eine politische, soziale, wirtschaftliche Unterscheidung (vgl. Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 17f.; Altavater/ Mahnkopf 2002: 145). Das „organisierte Verbrechen“ ist nicht einfach als „das Andere“ zu bezeichnen, da auch die Funktionsweise des kapitalistischen Staates

11 Ähnlich konstatieren Snyder/Durán (2009), dass die „Organisierte Kriminalität“ (oder besser: illegale Unternehmer) kaum auf einen Kollaps staatlicher Strukturen hinarbeitet, sondern sich in Regierungslücken begibt und vor allem dann erfolgreich sind, wenn staatliche Institutionen korrupt oder unfähig erscheinen.

permanent Räume von Legalität und Illegalität miteinander vermittelt. Auch der Staat agiert legal und extralegal zugleich (Poulantzas 2002: 113f.) – d.h., es geht primär nicht darum, dass kriminelle Netzwerke „quasi-staatliche“ Funktionen (u.a. regionale Gewaltmonopole) erlangen können (was durchaus der Fall sein kann), sondern darum, wie der „fissured state actively seeks to appropriate and deploy for purposes of its own forms of criminal activity that are otherwise lacking authority“ (Wilson 2009: 29). Zugleich werden die Kosten einer prohibitionistischen Politik (und der entsprechenden Verbrechensbekämpfung) teilweise externalisiert, etwa im Fall der Anti-Drogenpolitik der USA, und treffen in ihrer vorherrschenden Form häufig die unteren zwei Dezile der Bevölkerung (vgl. Friman 2009: 17).

Denn die Grenzziehung zwischen „legalen“ und „illegalen“ Akkumulationstrategien ist Produkt u.a. von Kräfteverhältnissen inner- und außerhalb des Staates. Was als legal, was als illegal, was als illegitim bezeichnet wird, hängt von diesen Kräfteverhältnissen ab – und der Staat ist an der Formalisierung und Informalisierung politischer und wirtschaftlicher Macht strukturell beteiligt. Was Nordstrom (2004: 116) vorsichtig fragend formuliert – „Do the power formations of extra-state economies run parallel to those of the state – do they provide alternate routes of access to social success, economic empires, and political power?“ – beantwortet Friman (2009: 17f.) mit ja, und dies ist für die beiden folgenden Abschnitte (IV.2-3) relevant: Aufstrebende Kräfte aus (originär illegalen) Produktions- und Handelsbeziehungen tragen in beiden Fallbeispielen zur Reproduktion des kapitalistischen Systems bei und sind Teil der Kräfteverhältnisse. Möglich ist bei kaum vorhandener sozialer Mobilität auch eine soziale Basis dieser Akteure abgesehen davon, dass extralegale Tätigkeiten dann umso mehr als Kanäle für den gesellschaftlichen Aufstieg gelten (Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 45). Mehr noch:

„as the modern state is reconfigured by the realities of 21st century globalization, the nodes of sociopolitical and economic power shift as well – the shadow networks of today could foreshadow emergent power formulations.“ (Nordstrom 2004: 235).

Immer ist für eine solche Veränderung der gesellschaftlichen ‚Hierarchien‘ die Zustimmung von Teilen einer Gesellschaft notwendig. Diese Lesart muss sich nach Estrada/Moreno (2008: 18) „einbetten in den Kontext permanenter Transformationen des kapitalistischen Staates“, der nie eine unveränderliche, monolithische Einheit war: Die gewaltsmalen Ausformungen der Netzwerke in der „Schattenökonomie“ bedeuten nicht notwendigerweise institutionelle Instabilität, sie gehören zur Modalität der momentanen politischen Ordnung (vgl. ebd.: 16; Sevares 2003: 150). Zwar sind die Netzwerke mit ihrem enormen Akkumulationspotential auch in der Lage um die Neugestaltung staatlicher Institutionen, Gesetze, Entscheidungskanäle zu ringen. Dennoch vergrößern sie eher die Spielräume des Blocks an der Macht, als

eine Auflösung des Staates anzustreben oder gegenstaatlich zu agieren (vgl. Estrada Álvarez/Moreno Rubio 2008: 45).

#### **IV.1.3 Illegale Ökonomie und parastaatliche Akteure in Kolumbien**

Um die Kräftekonstellationen in Kolumbien nachvollziehen zu können, müssen wir zunächst die Interessenkonvergenz zwischen der Politik auf regionaler und nationaler Ebene, legaler und illegaler Ökonomie und dem Phänomen des Paramilitarismus verstehen und damit die (juristisch erwiesenen) Kooperationen zwischen Militär, paramilitärischen Gruppen und Netzwerken der illegalen Ökonomie. Der Abschnitt bereitet das Terrain für die Akteurskonstellationen im Politikfeld.

Krauthausen (2013: 309f.) erinnert daran, dass der Anbau von Marihuana in Kolumbien in die Zeit der *violencia* zu (1948–58) rückreicht. In den 1970er Jahren – nach Beginn der angebotsorientierten Bekämpfung durch die USA – setzte ein regelrechter *marimbero*-Boom ein. Ebenso wie kurz zuvor in der mexikanischen Operación Condor entsandte Präsident Turbay Ayala 1978 auf Aufforderung der USA in der Operación Fulminante etwa 10.000 Soldaten in die Guajira, das Zentrum des Marihuana-Anbaus (Astorga 2003: 13). Letztlich wurde Kokain das wesentlich wichtigere Produkt. Die Transitrouten zum wichtigsten Markt USA gingen zunächst über die Karibik direkt nach Florida. Die Agenda zwischen den USA und Kolumbien wurde seither verstärkt vom Thema Drogenproduktion bestimmt. US-Präsident Ronald Reagans Politik ab 1981 betrachtete aber die Drogenproblematik nicht mehr als Thema der Gesundheitspolitik, sondern als Bedrohung der Nationalen Sicherheit der USA und bremste die Transitstrecke über Florida mit Beschlagnahmungen, dem Abfangen von Booten in einer militarisierten Offensive der South Florida Task Force aus. Ab dieser Zeit verlagerten kolumbianische Netzwerke die Vermarktung ihres Produktes Kokain stärker auf die Routen über Zentralamerika und Mexiko und nahmen die Hilfe mexikanischer Netzwerke in Anspruch (vgl. Astorga 2003; ICG 2013: 6).

Über die Verschränkungen dieses illegalen Sektors mit dem kolumbianischen Staat konstatieren Gutiérrez et al. (2007: 23; vgl. auch Richani 2002: 153): „Es ist unmöglich, das politische System innerhalb der Legalität zu erfassen.“<sup>12</sup> Das ist noch heute der Fall. Thoumi (2003) hat die Diskrepanz zwischen rechtsförmigen und tatsächlichen Verhaltensweisen und damit die Akzeptanz „illegalen“ Verhaltens und die lange Erfahrung mit dem Smaragd- und Kaffeeschmuggel hervorgehoben

12 1978 sagte der damalige Botschafter der USA Diego Ascencio in Bogotá: „Die [kolumbianischen] Drogenhändler sind finanziell gesehen so stark, dass sie ihre eigene Partei haben könnten und vielleicht 10 Mitglieder der Legislative gekauft haben.“ (Gutiérrez 2009: 2).

ben. Durch die so genannte *ventanilla siniestra* (das unheilvolle Fensterchen) der Banco de la República gelangte durch den Handel mit Kokain und Marihuana und Smaragdschmuggel erwirtschaftetes Geld seit den 70er Jahren in den Finanzsektor: Die Zentralbank benötigte das Kapital dringend, um den kolumbianischen Peso zu stützen und Investitionen anzukurbeln (Richani 2002: 102; vgl. Fajardo Montaña 2010). Dem Geheimdienst DAS, der direkt dem Präsidialamt unterstand, wurde bereits in den 70er Jahren Verbindungen in den Kokainhandel vorgeworfen (Astorga 2003: 12).

Wesentlich ist für die kolumbianischen Verhältnisse im Unterschied zu Mexiko die bereits erwähnte Verschränkung verschiedener Gewaltproblematiken. Vielfältige Gewaltakteure mit unterschiedlicheren Strategien und Diskursen verkomplizieren das Bild (Serrano/Palacios 2010: 109f.). Die Finanzierung durch aus dem Drogenhandel erwirtschaftetes Kapital wurde für paramilitärische Gruppen zentral, und Organisationen wie der 1981 gegründete MAS (*Muerte a los Secuestradores*) damit paradigmatisch für ihre Organisierung und Finanzierung.<sup>13</sup> Das kolumbianische Militär fand in der aufstrebenden und von staatlichen Agenturen zunächst weitgehend unbehelligten „Narcobourgeoisie“ finanzstarke Verbündete für seine *counterinsurgency*-Strategie und dehnte seinen eigenen Spielraum aus (vgl. u.a. Richani 2002: 57): In militäreigenen Einrichtungen wurden, finanziert vom Medellín-„Kartell“, Paramilitärs geschult. Das Militär vermied so selbst politische Kosten, doch wegen der engen Verbindungen zwischen Militär und Paramilitärs sprechen Palacio/Rojas (1990: 92) von gemeinsamen Verhaltensmustern (*patrones de conducta*). Nach Medina Gallego (2001; bzw. Zelik 2009; Gutiérrez Sanín/Barón 2005) verdeutlicht sich diese Interessenkonvergenz nach der Entstehung des MAS anhand von Organisationen wie dem Viehzuchtverband ACDEGAM in Puerto Boyacá, der als Gewaltorganisation und Wirtschaftsverband zugleich fungierte, nachdem er mit Hilfe von Politikern, Firmen und Militärs einen eigenen bewaffneten Arm (*autodefensas*) erhielt (ebd.: 11; Zelik 2006).

Pablo Escobar als bekannter Kopf des Medellín-Netzwerks oder Carlos Lehder stehen Anfang der 80er Jahre beispielhaft für *capos*, die vom Staat nie geleistete soziale Sicherungssysteme inklusive Arbeitslosenversicherung und sozialem Wohnungsbau etablierten und außerhalb der *Frente-Nacional*-Parteien Bewegungen mit populistischen Zügen gründeten wie Medellín sin tugurios oder das Movimiento Latino Nacional (Palacio/Rojas 1990: 96; vgl. Pécaut 2006: 389f.). Die traditionell herrschenden Klassen reagierten allerdings auf Escobars Kongressmandat – eine

---

13 Nachdem die Guerilla M-19 1981 die Schwester des Drogenhändlers Fabio Ochoa entführte und Lösegeld verlangte, gründete letzterer die Organisation MAS (Palacio/Rojas 1990: 90): Der der illegalen Ökonomie entstammende MAS wurde später ausschlaggebend für die Finanzierung paramilitärischer Gruppen in verschiedenen Regionen (Gutiérrez Sanín/ Barón 2005: 11).

sichtbare Form der Verflechtung von Drogenhandel und Politik – ablehnend und schlossen ihn 1983 aus dem Kongress aus (vgl. Snyder/Durán Martínez 2009: 82). Bereits Mitte der 80er kontrollierte das Medellín-Netzwerk eigene professionalisierte bewaffnete Strukturen und Auftragsmörder (*sicariato*), die Gewalt vor allem als Einschüchterungsinstrument (nicht nur als Bestrafung) einsetzen (ebd.: 82). Bis 1990 wurden in Medellín etwa 500 Polizisten ermordet.<sup>14</sup>

Dass künftig staatliche Stellen gesuchte ‚Mafiosi‘ an die USA ausliefern können sollten, führte Ende der 80er bis Anfang der 1990er Jahre zu einer Art offenen Krieg zwischen der Regierung Barco, einem Teil des Staatspersonals aus der Justiz und dem „Medellín-Kartell“ (vgl. Gutiérrez 2009). Doch die übergreifenden Klasseninteressen von Teilen der „Narcobourgeoisie“, die keine direkte Konfrontation mit staatlichen Stellen suchten, und Sektoren der Herrschenden Klassen waren davon vor allem in den Regionen nicht grundsätzlich betroffen, in denen bäuerlicher Widerstand und Guerillas ihre Dominanz infrage stellten (vgl. Richani 2002: 103). Besonders die Gruppe *Los Pepes* („*Perseguidos por Escobar*“), die vormals zum Medellín-Netzwerk gehört, sich von Pablo Escobar losgesagt und bei dessen Verfolgung mit staatlichen Agenturen und Teilen der in Cali und Norte del Valle verorteten Netzwerke kooperiert hatte, spielte mit den Brüdern Castaño ab ca. 1990 eine Rolle bei der Symbiose zwischen parastaatlichen Gruppen und Drogenhandel und dem Zusammenschluss als nationale Organisation (López Hernández 2010b: 49; vgl. Romero 2006: 366f.; Zelik 2009: 233ff.). Carlos Castaño, einer der führenden *Pepes*, gründete die Autodefensas Unidas de Córdoba y Urabá (ACCU): bis zum Zusammenschluss zur Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) 1997 die wichtigste paramilitärische Gruppe der 1990er Jahre (vgl. Gutiérrez 2009; Richani 2002: 103). Die strukturelle Verflechtung zwischen Paramilitärs und *narcos* ist bei Zelik (2009: 233, 250ff.), Camacho Guizado (2009: 27ff.) und in Dokumenten der WikiLeaks-ähnlichen Plattform *Verdad Abierta* (Verdad Abierta 2011a, 2011b) aufs Detallierteste beschrieben und belegt. Die Bearbeitung des Skandals um illegales Kapital in der Kampagne des Präsidenten Ernesto Samper (1994-1998) vollzog sich über den 1995 folgenden juristischen Proceso 8000, der Verbindungen von etwa 2.000 Staatsangestellten, Politikern und Mitarbeitern der Judikative zum Cali-Netzwerk betraf und die Regierung zu Festnahmen bekannter Vertreter des dortigen Netzwerks bewegte. Die restlichen *Pepes* gingen in der von ihnen mitgegründeten AUC auf (López Hernández 2010b: 49; Gutiérrez 2009).<sup>15</sup> Während der 90er Jahre wurden daher einige der alten illegalen Unternehmer abgelöst.

14 Die Vorstellungswelten kristallisieren sich in dem in Medellín zu jener Zeit geprägten Spruch „*haga patria, mate un policía*“, übersetzt in etwa: seien Sie patriotisch, töten Sie einen Polizisten.“ (Serrano/Palacios 2010: 112).

15 Einige Autor/-innen behaupten, mit dem Proceso 8000 hätten sich die „Kartelle“ zum Teil in geografisch disperse Unternehmen aufgelöst (Camacho Guizado 2009: 14; Syn-

Während also Teile des Staates die Gruppen verfolgten, die in der illegalen Ökonomie und als Paramilitärs aktiv waren, konnten eben jene mit anderen Sektoren (Großgrundbesitz und Sektoren von Militär und Polizei) Abkommen schließen (vgl. Gutiérrez 2009; López Hernández 2010a). Dass diese Allianz durchaus umkämpft war, ist am Ringen um die Legalisierung von Auslieferungen wegen Drogenhandels in die USA zu belegen: Der Legalisierung 1981 folgte 1987 die Verfassungswidrigkeit und mit der Verfassung von 1991 die Illegalisierung,<sup>16</sup> und 1997 wieder die Legalisierung der Auslieferung.

Jene aus der illegalen Ökonomie finanzierten privaten Armeen im Interesse von Unternehmens- und Landbesitzfraktionen, dem Drogenhandel und Militärs konstituierten sich zu dieser Zeit als zentraler Akteur des kolumbianischen Kokainhandels. Zwischen 1994 und 1997 fand eine Konsolidierung der regionalen paramilitärischen Gruppen mit deutlicherem politischem und militärischem Profil mit Sitz in Antioquia statt (Romero 2006: 368). Zeitgleich lässt sich von einer paramilitärischen Expansion in alle wirtschaftlich relevanten Gebiete sprechen, die wiederum mit Massakern, Vertreibungen und Einschüchterungen einherging (ebd.: 373). Als Ausgangspunkt der Expansion in den Südosten des Landes gilt das Massaker von Mapiripán 1997, wo paramilitärische Kräfte tagelang schwerste Verbrechen begangen (Dutzende Morde, Vertreibungen, Folter, Zerstörungen, Raub).<sup>17</sup> Diese Gebietsnahme eröffnete angesichts der strategischen Lage Mapiripáns am Fluss Guaviare und zum Orinoco hin – im Südosten Kolumbiens zentrale Verkehrswege –

---

der/Durán 2009:85ff.). Die Interpretation, die Paramilitärs seien als zunächst kleinere, fragmentierte Gruppen an die Stelle der alten Kartelle getreten, indem sie Deals mit der Politik eingegangen seien, mag oberflächlich (personell, von Escobar und Orejuela zu Castaño, Mancuso u.a.) stimmen; sie deshalb als völlig autonom zu beschreiben, würde aber die langfristig bestehenden Verbindungen zwischen paramilitärischen Strukturen und den Netzwerken der illegalen Ökonomie vernachlässigen.

- 16 Die Phase der Anschläge und selektiven Gewalt des Medellín-Netzwerks gegen staatliche Strukturen endete mit der Abschaffung der Auslieferung 1991 teilweise. Eine folgende erneute Gewaltwelle fand eher zwischen Escobars verbliebenen Strukturen und den Pepes bzw. Cali-Netzwerken statt (Snyder/Durán Martínez 2009: 82).
- 17 Eine ungeklärte Zahl von Menschen wurde ermordet, etwa 2.700 vertrieben. Militärflugzeuge brachten im Juli 1997 etwa 200 bewaffnete Täter aus Urabá im Nordwesten nach Mapiripán im Südwesten (vgl. Verdad Abierta 2011c). Zelik (2009: 176ff.) und Franco Restrepo (2009: 520f.) haben Zeugenaussagen (u.a. vor dem Interamerikanischen Gerichtshof) und Berichte von Überlebenden zu den Massakern zusammengetragen, bei denen Paramilitärs systematisch Terror verbreiteten, indem sie an unterschiedlichen Orten vor den Augen der gesamten Gemeinde Menschen Gliedmaßen abtrennten, Lebenden Organe entnahmen, Menschen folterten und danach Leichenteile in Flüsse warfen, um keine Gräber zu hinterlassen, aber sehr wohl andere Gemeinden in Kenntnis zu setzen.

den Paramilitärs die Kontrolle über Kokaplantagen der Region (vgl. u.a. Verdad Abierta 2011c,d). Der Zusammenschluss zur nationalen Organisation AUC zeigt, dass die Paramilitärs sich von den regionalen *pájaros*-Milizen aus den Zeiten der *violencia* wesentlich unterschieden. Auch urbane Zentren wurden zunehmend *narcoparamilitärisch* eingenommen und illegale wie informelle Geschäfte dort kontrolliert (z.B. das Geschäft mit Schmuggelware). Gleichzeitig wurde die Gegend von ‚Subversiven‘ und Kleinkriminellen ‚gesäubert‘ (vgl. Duncan 2005; Camacho 2011). Hier werden die sich in Gesetzen und Programm-Initiativen niederschlagenden, widersprüchlichen Kräfteverhältnisse deutlich: Die Expansionsphase vollzog sich parallel zum Gouverneursmandat Álvaro Uribe Vélez' in Antioquia, der (nach dem Verbot der Milizen Ende der 1980er Jahre) erneut Selbstverteidigungsgruppen legalisierte (die sogenannten CONVIVIR).<sup>18</sup> Die zentralstaatliche Ebene verbot diese im Vorfeld des Friedensprozesses der Regierung Pastrana mit den FARC 1998 wieder. Doch diesen Friedensprozess machten die AUC (2006: 371f.) unmöglich: Die Paramilitärs erschienen – da nun auch die CONVIVIR wieder illegal waren – zunehmend als Akteur mit Eigenleben, über den der Staat keine Kontrolle hatte und der das staatliche Gewaltmonopol auszuhebeln drohte (vgl. prägnant Zelik 2006).

### **Doppelfunktion: *counterinsurgency* und *narcotráfico***

Die militärische Dynamik der paramilitärischen Gruppen manifestierte sich – auch heute noch – in selektiven Morden und dem „Verschwindenlassen“ sowie in Massakern in Gemeinden, in denen Personen als „subversiv“ angesehen wurden (vgl. exemplarisch Medina Gallego 2008: 134; Zelik 2009; Palacio/Rojas 1990: 90). In dem diese Gruppen, ihre Financiers und große Teile des Militärs legale und illegale Methoden kombinierten, erreichten sie eine Art regionale „Stabilität“ und umgingen Verhandlungslösungen mit den Guerillas (Romero 2006: 368). Insofern interpretiert Medina (2001) das Phänomen hauptsächlich als staatliches Werkzeug zur Aufstandsbekämpfung; González/Bolívar/Vásquez (2003) sprechen eher vom Aufstieg regionaler „Eliten“ gegenüber einem fragmentierten Zentralstaat<sup>19</sup> – wobei sie die

18 2013 erklärte das Gericht Tribunal de Justicia y Paz in Bogotá in seinem Urteil gegen den Paramilitär Ever Veloza García (alias „HH“), die CONVIVIR seien bloße Fassade gewesen, mittels derer „die paramilitärischen Gruppen ihre kriminellen Netzwerke und ihre Verbindungen mit wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Sektoren konsolidierten und ausweiteten“ (Verdad Abierta 2013).

19 Zelik (2009: 163ff.) hat diese Sichtweise bei Romero kritisiert, da sie die Stärke regionaler Kräfte gegenüber einem sich nicht durchsetzenden, fragmentierten Zentralstaat überbetone und die Beteiligung zentralstaatlicher Kräfte an der Auslagerung von Gewalt unterschätze, selbst wenn er den Paramilitarismus als Teil eines Projekts verstehe. Auch der Klassencharakter des Paramilitarismus als Strategie verschwinde nicht einfach dadurch, dass paramilitärische Gruppen sich (u.a.) aus subalternen Klassen rekrutierten. Romero

Partizipation von Staatspersonal nicht negieren: Das ‚Recht auf organisierte, bewaffnete Selbstverteidigung‘ billigten staatliche Stellen und vor allem Militär und Exekutive historisch immer wieder, zwar nicht widerspruchsfrei, doch dieses Etikett der „Selbstverteidigung“ gegen die Guerilla schien die Zusammenarbeit von Rinderzüchtern, Agrarunternehmern, Drogenhändlern, Paramilitärs und Militärs und die Verbindungen mit illegalen Wirtschaftssektoren zu rechtfertigen (vgl. ausführlich Franco Restrepo 2009: 48ff., 111ff.).<sup>20</sup> Der Staat konnte weiterhin demokratisch erscheinen; paramilitärische Akteure schienen eine autonome, dritte Kraft zu sein, und als solche wurden sie im öffentlichen Diskurs ein ums andere Mal bezeichnet (vgl. v.a. Zelik 2009: 121f.; Palacio/Rojas 1990: 86).<sup>21</sup> Dennoch wäre eine Interpretation der Paramilitärs als reine *counterinsurgency*-Agenten verkürzt. Der irregulären söldnerähnlichen Truppe entstanden zwar Kosten durch Kriegsgerät, Löhne, Versicherungen. In städtischen Gebieten zahlten Restaurant- und Ladenbesitzer, Krankenhäuser oder Immobilienunternehmen mehr oder weniger freiwillig eine monatliche Pauschale. Paramilitärs setzten außerdem lokale Politiker und Bürgermeister unter Druck oder kooperierten mit ihnen und bekamen im Gegenzug finanzielle Unterstützung oder einen Anteil von 10 % bei Verträgen mit privaten Firmen (Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 20). Nachdem 1986 die freie Wahl der Oberbürgermeister eingeführt und mit der Verfassung von 1991 administrative Kompetenzen und Budgetverwaltung dezentralisiert wurden (Palacio/Rojas 1990: 92; Pécaut 2004: 68), verschob dies – parallel zum Umbau des Staates im Rahmen der wirtschaftlichen *apertura* – die Verwaltungsebenen des institutionellen Gefüges, vereinfachte die Einflussnahme bewaffneter Akteure und lokal verankerter Fraktionen der herrschenden Klassen auf die lokale Politik und verschaffte ihnen den Zugang zu öffentlichen Mitteln: Die sich aus der Förderung von Bodenschätzen ergebenden Royalties, die die Kommunen verwalteten, wurden paramilitärischen Gruppen zu einer zusätzlichen Einnahmequelle (Medina Gallego 2008: 124; vgl. Gutiérrez

---

ordnete den Paramilitärs als Milizen regionaler Kräfte eine von Militär und staatlichen Stellen weit unabhängiger Rolle zu, als aus der Quellenlage zu schließen sei (ebd.: 83ff.).

- 20 In öffentlichen Äußerungen von Wirtschaftsverbänden, konservativen Organisationen wie der Sociedad Colombiana de Defensa de la Tradición, la Familia y la Propiedad oder den paramilitärischen Organisationen selbst ist seit den 1980er Jahren immer wieder der selbe Diskurs erkennbar: der Paramilitarismus sei Selbstverteidigung gegen die aufständische Aggression vor allem zur Verteidigung des Eigentums und die „unausweichliche Antwort angesichts der staatlichen Untauglichkeit“ (vgl. Franco Restrepo 2009: 48f.).
- 21 Die Etablierung von Paramilitärs als drittem unabhängigem Kriegsakteur sieht Zelik als wichtigsten Teil des paramilitärischen Narrativs. Seine zentrale These zum Paramilitarismus interpretiert diesen als Strategie zur Auslagerung staatlicher Gewalt, die nur funktioniert, wenn die Paramilitärs als autonome Akteure wahrgenommen werden. Diese Autonomie ist aber begrenzt (vgl. Zelik 2009: 113; 121f.).

Sanín/Zuluaga Borrero 2011, Kap. V). Der Smaragdabbau in der *zona esmeraldífera* war angesichts fehlender Fördergesetze ebenfalls teilweise von den Verflechtungen zwischen paramilitärischen Gruppen und Drogenanbau bestimmt (Richani 2002: 106). Gleiches gilt für Goldabbau und Ölförderung (Medina Gallego 2008: 128). Doch ihre Haupteinkommensquellen fanden die AUC nach eigenen Angaben im Kokain- und Schlafmohnhandel (ebd.: 126).<sup>22</sup>

Der antisubversive Kampf gegen die Guerilla war offensichtlich eher optional, jedenfalls in den Regionen, in denen der Kokaanbau und die Verarbeitung zu Kokapaste die meisten Gewinne ergaben. In den südlichen Regionen, die die Guerilla tatsächlich kontrollierte, waren paramilitärische Gruppen weniger präsent als in Departements wie Atlántico oder Cesar, in denen die FARC nur sporadisch aktiv war. Das Verhältnis mit der Guerilla war laut Zelik (2009: 239) ganz unterschiedlich: Wo

„die FARC ihre Macht konsolidiert haben, zahlen Drogenhändler Abgaben an die Guerilla. Dort, wo der Drogenhandel sich als *narco-latifundismo* etabliert hat, bekämpfen sich Guerilla und Drogenhandel. In Regionen schließlich, in denen sich keine Seite eindeutig durchgesetzt hat, ist das Verhältnis von Konflikt, Konkurrenz und Komplementarität geprägt.“.

Insofern, so Franco Restrepo (2009: 401), war es nicht nur die Existenz eines Feindes, nämlich der Guerilla und ihrer Unterstützer, die eine Kohärenz schuf, aus der heraus die Paramilitärs zu töten bereit waren, sondern der Faktor der Bereicherung fließt mit ein. Zudem äußert sie (ebd.: 407) die These, dass angesichts der persönlichen Bereicherungsmöglichkeiten im Kokainhandel die paramilitärischen Strukturen in Kolumbien weniger auf Zwangsrekrutierung zurückgreifen mussten als etwa in Guatemala. Gleichzeitig warnt sie (ebd.: 398f.) davor anzunehmen, der Paramilitarismus entstehe, um das Gewinnstreben einzelner Kommandanten zu befriedigen, wie in der Debatte um Kriegsökonomien häufig unterstellt wurde (vgl. Collier/ Hoeffler 2004): Aus dem institutionell unterstützten Paramilitarismus werde zwar ein „*narco-paramilitarismo*“ (Medina Gallego 2008), so dass die Annahme nahe liegt, der Drogenhandel habe das Phänomen des Paramilitarismus gleichsam „pervertiert“ und seiner *counterinsurgency*-Logik enthoben (so stellte es auch der paramilitärische Kommandant Castaño in zahlreichen Interviews dar) (zit. in Franco

22 Nach Jäger et al. (2007: 82) erwirtschafteten die AUC 70% ihres Einkommens nach eigenen Angaben aus dem Drogenhandel (Kokain und Schlafmohn). Franco Restrepo zitiert übereinstimmende Aussagen paramilitärischer Kommandeure wie Carlos Castaño, Rodrigo Tovar („Jorge40“) und Salvatore Mancuso über die Einnahmen aus dem Kokainhandel (Franco Restrepo 2009: 404f.). So ließ sich eine Armee von Ende der 90er Jahre etwa 20 000 Personen aufrechterhalten (Medina Gallego 2008: 132).

Restrepo 2009: 409).<sup>23</sup> Doch Camacho Guizado (2009) kann, indem er die Biografien bekannter Paramilitärs untersucht, zeigen, wie groß die Kontinuität zwischen *narcotraficantes* und den paramilitärischen Verbänden der 2000er Jahre ist. Denn der Drogenhandel war zur Finanzierung der Gruppen von Anfang an, ab den 1980er Jahren kontinuierlich wichtig (Franco Restrepo 2009: 408f.; Medina Gallego 2008; López Hernández 2010b: 47f.). So entstanden, betonen Franco Restrepo (ebd.) oder Duncán (2006), eben nicht zwei Fraktionen von Paramilitärs, von denen eine als politische Kraft die Guerilla bekämpfen und die andere den Krieg für ihr Gewinnstreben habe nutzen wollen. Vielmehr finanzierte die illegale Ökonomie counterinsurgency-Strategien mit (Vargas Meza 2013: 5). Franco Restrepo (2009: 398) differenziert zwischen der Furcht (der herrschenden Fraktionen), das akkumulierte Kapital zu verlieren und dem Wunsch (der aufsteigenden Fraktionen) Kapital zu erwirtschaften. Es ist erstere Fraktion, die für die Allianz des Blocks an der Macht, aber auch für *counterinsurgency*-Strategien zentral ist. Damit entsteht der Paramilitarismus prioritär als Verteidigung der Interessen herrschender Sektoren bzw. als Teil eines politisch rechtsgerichteten, ökonomisch ultroliberalen Hegemonieprojekts (vgl. López Hernández 2010b: 73).

Denn trotz der genannten Strukturen ist der Krieg nicht nur eine Methode zur Bereicherung, sondern politisch zu denken. Allein durch persönliche Bereicherung sind die politische Konnotation und die *counterinsurgency*-Tendenz nicht zu erklären (Franco Restrepo 2009: 402). Die Selbstdefinition der AUC als „politisch-militärische Bewegung von antisubversiver Ausrichtung, die das Recht auf legitime Selbstverteidigung ausübt und vom Staat Transformationen verlangt, aber nicht gegen ihn angeht“ (AUC zit. in Valencia 2007: 24), zeigt den parastaatlichen und herrschaftsaffirmativen Charakter der Gewalt der Paramilitärs. Es ging jenen Gruppen, etwas anders als Zelik (2009: 121f.) es beschreibt, auch um gesellschaftliche Kontrolle und die Bestimmung der Entwicklungspfade (Gutiérrez 2009). Insofern wäre es zugleich übertrieben, den Paramilitärs, wie López (2010b: 47) es tut, jede *counterinsurgency*-Motivation abzusprechen, selbst wenn die tatsächliche Bekämp-

---

23 Im Narrativ Castaños sind die Paramilitärs eigentlich eine politische Truppe, die den Drogenhandel nur als Mittel und Einkommensquelle genutzt habe, um vom Staat vernachlässigte Aufgaben wahrzunehmen und in dem Maße, wie dieser die Aufgaben wieder übernehmen „kann“, ihr Existenzrecht verlieren. Nur einige Gruppen oder Einzelne hätten sich mit dem Drogenhandel stärker identifiziert und im Zuge dessen ihre politische Identität verloren. Der Drogenhandel wird also als notwendiges Übel dargestellt, der aber als Element der Reproduktion der paramilitärischen Organisationsstruktur geduldet werden könne, solange er nicht das „eigentliche“ Ziel, die Bekämpfung der Guerilla, überlagere (Castaño 2002; vgl. Franco Restrepo 2009: 412). Zugleich vollzieht Castaño diskursiv eine Differenzierung zwischen AUC und Guerilla, der ja eigentlich die Verstrickung in den Kokainhandel nachgesagt und jegliche politische Motivation abgesprochen wurde.

fung der Guerilla hinter die Terrorisierung von Bevölkerung zurücktritt. Die von ihnen hergestellte ‚Sicherheit‘ ist höchst selektiv und wurde vor allem mit der Sicherheit von Eigentum und Freiheit (Handel, Wohnort) der „unternehmerischen Gesellschaft“ gleichgesetzt, beispielsweise mit der Akkumulationssicherheit in Antioquia Mitte der 90er Jahre (vgl. Franco Restrepo 2009: 90ff.; Hauck 2004a). Etwas anders als in Elwerts (1998: 265) Vorstellung von Gewaltmärkten, in der das ökonomische Motiv des materiellen Profits dominiert, handelt es sich also um eine Doppelfunktion (vgl. Zelik 2009; Franco Restrepo 2009):

„In ökonomischer Hinsicht ist der Paramilitarismus eine komplexere Figur, als der Begriff des Warlords beschreibt. Er ist gleichzeitig eine eigenständige Raubmaschinerie, für die der Krieg als ökonomisches System fungiert, und eine den Eliten dienende Variante von Privatarmee. Zwischen beiden Funktionen besteht ein Spannungsverhältnis.“ (Zelik 2005: 489).

Damit kristallisiert sich in dieser Gewaltorganisation eine Allianz herrschender Interessen heraus –keineswegs frei von Widersprüchen zwischen den heterogenen Akteuren, aber von einer Ordnungsmission überzeugt: Der antisubversive Kampf blieb eine „Quelle struktureller Kohärenz“ (ebd.: 389), während er sich in vielfältige partikulare Interessen aufspaltete. Zelik (2009: 171f.) zeigt, wie Teile des Staates hier gerade nicht auf das Theorem des Ausnahmezustands zurückgriffen und so die politischen Kosten vermieden:

„Da die exzessive souveräne Gewalt illegal ist und somit die Rechtsstaatlichkeit aufzulösen droht, wird der Ausnahmezustand informalisiert. Die paramilitärische Gewalt setzt zwar Ordnung durch, es wird jedoch gar nicht erst der (Schmittsche) Versuch unternommen, sie als Recht erscheinen zu lassen.“

Wie der „informalierte Ausnahmezustand“ ausgeprägt war, hing vom regionalen Kontext ab: Besonders in Urabá, alto Sinú und Córdoba im Nordwesten stellten paramilitärische Kräfte nach Streiks im Bananensektor Anfang der 1990er Jahre eine autoritäre Ordnung her, indem sie jegliche politische Opposition eliminierten: Dort erfüllten paramilitärische Gruppen ein anti-subversives Profil und unterstützten Bananenfirmen sowie Viehzüchter, die sie finanzierten und ausrüsteten (Romero 2006: 376; Franco Restrepo/Restrepo Echeverri 2007). Als Faktor im Verhältnis von Kapital und Arbeit übernahmen *narco-paramilitares* systematisch die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung (Zelik 2009: 210ff.), also eine Funktion der Desorganisation von Subalternen. Sie sorgten für ein allgemein „freundliches Investitionsklima“ (ebd.: 224). Inzwischen ist bekannt, dass diverse transnationale Unternehmen nicht nur kolumbianisches Militär und transnationale Sicherheitsfirmen, sondern auch paramilitärische Gruppen zum Schutz ihrer Anlagen einsetzen (Jäger et al. 2007: 83). Deren Funktion war es, Gewerkschafter und andere politisch Aktive

einzuschütern und gegebenenfalls selektive Morde zu begehen (bekannte Beispiele mit Gerichtsverhandlungen in den letzten Jahren sind Occidental Petroleum, Drummond, Chiquita Brands, CocaCola).

Eine ebenso zentrale Rolle für den *narco-paramilitarismo* wie die oben genannten Faktoren stellt die gewaltsame Landnahme dar (vgl. Fajardo Montaña 2010; Jenss 2012): Einerseits zählte der damit ermöglichte gesellschaftliche Aufstieg, andererseits die radikale Umstrukturierung ländlichen Raums. In der ersten Phase der Vertreibung durch paramilitärische Gruppen ab den 1980er Jahren eigneten sich diese Gewaltakteure kleinbäuerliches Land für eine zumindest teilweise Inwertsetzung an. Paramilitärische Gruppen lösten bestehende sozialräumliche Strukturen auf und unterwarfen sie neuen Bedingungen: Ihre Strategien mündeten zugleich in der Etablierung von „Geographies of Terror“ (Oslander 2008). Die gleichen Räume, die als *territorios* zuvor das Selbstverständnis der Gemeinden prägten, wurden häufig zum Schauplatz extremer Gewalt. Paramilitärs bedrohten nicht nur ganze Gemeinden, sondern verübten systematisch Massaker in großem Ausmaß, warfen die Leichen in Flüsse oder in nicht gekennzeichnete Massengräber. Überlebende flohen in urbane Räume. Wer blieb, konnte sich häufig nicht mehr politisch äußern, war neuen Kleidungsvorschriften und konservativen Moralvorstellungen unterworfen; Gewaltakteure bestimmten den öffentlichen Raum.<sup>24</sup>

Staatliche Apparate waren in Form logistischer Unterstützung für paramilitärische Gruppen durch das kolumbianische Militär – bis hin zur Bereitstellung von Fahrzeugen oder Hubschraubern –, plötzlicher Untätigkeit lokaler Polizeistationen oder der Finanzierung und administrativen Deckung durch regionale Politiker/-innen beteiligt (vgl. HRW 2001; López Hernández 2010a; Zelik 2009; Franco Restrepo 2009). Angesichts dessen können die Paramilitärs gleichsam als die ausführenden Kräfte der Gegenlandreform bezeichnet werden: Jeder Umverteilungseffekt der versuchten Agrarreformen kehrte sich durch die Ausweitung der Landflächen dieser Kräfte ins Gegenteil. Gerade in den selbstverwalteten Gebieten indigener und afrokolumbianischer Gemeinden spiegelten sich gewaltvolle Aneignungsprozesse

---

24 Higginbottom (2005: 123) weist darauf hin, dass die hergestellte autoritäre gesellschaftliche Ordnung mit unternehmerischer Tätigkeit verknüpft war: „Yet, [...] there was method in the madness. Paramilitary massacres constituted only the first phase of an integral project, whose subsequent phases involved embedding violent forms of social control and, having broken resistance and imposed an authoritarian social order, production was then relaunched on a commercial basis.“ Die Kontrolle umfasst(e) alltägliche Verhaltensweisen auf der Mikroebene: „In Barrancabermeja [...] young men are prohibited from having long hair or wearing earrings or bracelets,‘ while gay bars were closed and ,the hair salons with homosexual men were handed over to women.‘ A schedule for minors was also established with obligatory study hours for those 17 years and younger.“ (Zibechi 2008).

wider. Viele Kokaanbaugebiete lagen in den 90er Jahren an der „Agrargrenze“, wie Putumayo, Nariño, Guaviare oder Meta (vgl. Fajardo Montaña 2010). Für das mit dem Weltmarkt verknüpfte Entwicklungsmodell, das paramilitärische Kräfte konsolidieren halfen, ist die Aneignung dortiger kleinbäuerlicher Räume zentral (vgl. Medina Gallego 2008: 135; Estrada Álvarez 2010a). Die beschriebene Interessenkonvergenz ist also für die radikale Neuordnung ländlicher Räume ab den 80er Jahren relevant. Diese steht nicht im Gegensatz zu den historischen Zyklen von Landkolonisation und gewaltsamer Aneignung (Hobsbawm 1983), stellte aber angesichts des Ausmaßes und der Weltmarktverflechtung bzw. agrarindustriellen Produktionsmodi einen qualitativ neuen Prozess dar.

Selbstverständlich spielt sich ein solcher Prozess nicht ohne tatsächliche Autonomisierungstendenzen der institutionell gestützten Gewaltakteure ab: Die als „freiwillige Hilfe“ betitelten Abgaben von Unternehmern und Grundbesitzern wurden mit wachsendem Druck der paramilitärischen Gruppen und den steigenden Kosten des Krieges von Vielen nicht mehr freiwillig bezahlt und die zwangsweise „Besteuerung“ häufiger (Medina Gallego 2008: 118). Die *narco-paramilitares* sind nicht einfach ein staatlicher Apparat, sondern in gewisser Weise autonom (vgl. Zelik 2006). Repräsentanten einiger staatlicher Agenturen (Richter, Anwälte) griffen sie durchaus an (vgl. Zelik 2005: 486; Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 6).

Diese (relative) Autonomisierung gegenüber staatlichen Apparaten, eine teilweise Neudeinition der Beziehung, erlaubte u.a. der Kokainhandel. Als Finanzierungsquelle für die entscheidenden Gruppen präsentierte sich dieser nicht nur, weil andere Quellen versiegten, sondern aufgrund des Ausnahmefaktors der Illegalität, die Gewinnmargen nach oben verzerrt (Franco Restrepo 2009: 417f.). Umgekehrt ist das Wachstum des Paramilitarismus nicht vorrangig aus der ökonomischen Logik des Kokainhandels zu erklären, wie Duncan (2006) es nahelegt. Welche Größe die Drogenökonomie im Verhältnis zum BIP tatsächlich ausmacht, ist schwer zu belegen; die Zahlen gehen auseinander.<sup>25</sup> Für seine Expansion spielten die bereits genannten geografischen Besonderheiten Kolumbiens und das Fehlen einer verwaltungstechnischen Kontrolle des gesamten Territoriums ebenfalls eine Rolle; die „extrem niedrige Dichte von Bevölkerung, die dispers in kleinen Dörfern lebte, die miteinander und dem Rest des Landes nur durch Flüsse verbunden waren“ (Serrano/Palacios 2010: 112) und die langen Küsten vereinfachten den Schmuggel und den großflächigen Anbau nicht erlaubter Produkte. Der Drogenhandel hatte auch auf das Steuersystem negative Auswirkungen, da ein erheblicher Teil des erwirtschafteten Geldes in den Schmuggel von legalen Waren investiert wurde (Richani 2002: 100). Die Stabilität der Wirtschaft sei ebenfalls nicht allein mit Drogenhandel

25 Verschiedene Quellen (zit. in Zelik 2009: 202) nennen Zahlen von 1,7 über 9,4 % bis 14,8 % des BIP zwischen 1981-88; Rocha (2011: 85) geht 2009 nur noch von 0,3% des BIP aus.

zu erklären, so Zelik (2009: 202); auch die Exportsteigerungen und -diversifizierung spielt eine Rolle. Trotz der weiterhin großen Mengen an Kokain aus Kolumbien im US-Markt erscheint es nur auf den ersten Blick paradox, dass die USA die Handelsvergünstigungen für Kolumbien – an die militarisierte Bekämpfung des Drogenhandels geknüpft – immer wieder verlängerte.

Laut Estrada/Moreno (2008: 49f.) sind darüber hinaus die beschriebene gewaltförmige Regelung von Eigentumsrechten, der qualitative Sprung einer Diversifizierung in die legale Wirtschaft, die skizzierte spezifische Neuordnung des herrschenden Blocks und damit vor allem der lokale politische Einfluss und ein Quasi-Monopol parastaatlicher Gewalt in einigen Regionen erklärende Faktoren für die Expansion. Ohne diese vielschichtigen, historisch spezifischen Erklärungsdimensionen und die Rolle der politischen Herrschaft bliebe das transnationale Phänomen unverständlich.

#### **IV.1.4 Illegale Ökonomie in Mexiko**

In Mexiko beobachten wir, anders als in Kolumbien, eine jahrzehntelange spezifische Verschränkung der Kräfte aus der illegalen Wirtschaft mit dem Staatsparteienmodell. Zum einen gab es nie im gleichen Ausmaß einen bewaffneten Konflikt mit einer Guerilla als erklärtem gegnerischen Akteur – dem die Rolle als krimineller Organisation zugeschrieben werden können (ausschließlich regional). Zum anderen spielt das „Modell PRI“ eine zentrale Rolle: Häufig ist in der Literatur die Rede von einer relativen Kontrolle des Drogenhandels. Die autoritäre Zentralisierung des Staates und die *pax priísta* erlaubten diese Kontrolle, so die verbreitete These, über Institutionen wie die Dirección Federal de Seguridad (DFS) zwischen 1947-1985 und über diverse regionale Ebenen hinweg. In der dauerhaft wirtschaftsliberaleren, fragmentierteren Ausprägung von Staatlichkeit in Kolumbien, wo die *corrupción-criminalidad* immer „durch informelle, lokal verortete, obwohl mit nationalen Machtzentren verbundene Kanäle“ ging (Serrano/Palacios 2010: 106) wäre dies nicht möglich gewesen (vgl. ähnliche Einschätzung Snyder/Durán Martínez 2009). Die (regionale) *clase gobernante* dominierte nach dieser Lesart das Kräfteverhältnis zwischen Staat und illegaler Ökonomie und setzte die Bedingungen für deren Akkumulationsstrategien. Bereits 1999 schrieb Astorga (1999: 4):

„Controlled, tolerated or regulated by mighty politicians in northern states, drug trafficking seems to have been a business that was developed from within the power structure, and drug traffickers do not give the impression of having emerged as an early autonomous specialised social group, but rather as a new class of outlaws that depended closely on political and police protection and was banned from political activity.“

Die im PRI-Modell institutionalisierte Korruption nutzte als eine Art alltägliche Lebensweise (Anguiano 2010: 63f.) neben legalen Sektoren auch dem illegalen Sektor. Die zentrale Rolle spielt die direkte Grenze mit dem Hauptkonsumentenland USA: Der Opium- und Marihuana handel aus Nordmexiko breitete sich besonders in prohibitionistischen Phasen der US-Gesetzgebung Anfang des 20. Jahrhunderts aus und war durch die gleichen Routen wie andere landwirtschaftliche Produkte über die Pacific Railway eng mit dem kalifornischen Markt verknüpft (Astorga 1999: 4f.), so dass ohne die USA die Konstellationen in Mexiko unverständlich blieben (Serrano/Palacios 2010: 114). Die illegalen Netzwerke nutzen eine wie in Kolumbien lange bestehende Schmuggeltradition (Rivelois 2004: 267).

Der Opiumbau reicht bis Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Anfangs lagen die Produktionszentren in Mexiko ebenfalls in der Peripherie der Transportwege, aber nahe der Grenze zu den USA – etwa in Sinaloa, wo der Opiumbau wesentlicher Teil der lokalen Ökonomie war, oder in Süd-Michoacán, wo sich der Marihuana- und Mohnanbau parallel zum Bergbau ausbreitete, während gleichzeitig Holz, Tabak, Waffen u.ä. geschmuggelt wurden – ‚Illegalität‘ also Teil einer politischen Identität war (Maldonado Aranda 2012: 11; Astorga 1999). Zur langfristigen Existenz trug bei, dass lokal praktisch kein Konsum stattfand, in den ländlichen Gebieten des Mohnanbaus die Produzenten bekannt waren, und der expandierende Markt nicht nur Aufstiegsmöglichkeiten für ganze Sektoren bot, sondern einen Kampf um Marktanteile zunächst unnötig machte (Astorga 1999: 5; vgl. Serrano 2009: 150).<sup>26</sup> Die Anbauregionen sind daher historische Formationen innerhalb der Nationalstaaten – nicht von diesen abgekoppelt, sondern verankert in spezifischen Territorien mit lang zurückreichender lokaler Akzeptanz (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 413). Mit der Vormachtstellung der *norteños* nach der mexikanischen Revolution und bereits in 1930er Jahren, so Serrano/Palacios (2010: 115), setzte mit der politischen Zentralisierung und ökonomischen ‚Modernisierung‘ nach und nach die Kontrolle der PRI über die regionale illegale Ökonomie ein. Sie stellen für Mexiko prinzipiell ähnliches wie für Kolumbien fest:

„Von der Finanzierung lokaler und regionaler Autonomie abgesehen, trug der Schmuggel von Drogen und illegaler Handel im Grenzgebiet zum ‚Recycling‘ von Banditen in politische Akteure bei. Tatsächlich flochten sie mit der langsamen, aber stetigen Expansion des Opium und Marihuana-Anbaus immer engere Verbindungen zwischen einem expandierenden illegalen Markt und einer aufsteigenden regionalen politischen Klasse.“ (ebd.: 115).

26 Die Beispiele mehrerer Gouverneure und Beamten belegen, „that relations between the postrevolutionary political class and the criminal world were not only locally managed but also structured around fairly defined roles. Local authorities tolerated, protected, or regulated criminal activities in exchange for economic benefits and the political subordination of unruly figures.“ (Serrano 2009: 145).

Serrano und Palacios (ebd.: 115f.) verstehen zudem den Zweiten Weltkrieg als Katalysator für die mexikanische Opiumproduktion in Form von Morphium, die vor dem Krieg noch zurückgegangen war. Die US-Regierung, die zuvor noch die Laxheit der mexikanischen Behörden bemängelte, fragte nun verstärkt eben diese Produkte für ihre Streitkräfte nach, da sie nicht mehr auf die Produktionsquellen in Europa und Asien zugreifen konnte. Bis 1943 verdreifachte sich die Opiumproduktion und wurde aufgrund fehlender landwirtschaftlicher Alternativen zur fast einzigen Einkommensquelle in Sinaloa (Serrano 2009: 146). Bereits 1943 vervielfachten die USA zugleich ihre Zahlungen für die Bekämpfung von Drogenproduktion in Mexiko. Auf das Produktionsvolumen hatte dies keine Auswirkungen; es stieg an, und der Marihuana-Anbau in Guerrero und Puebla war bereits semi-industriell (Serrano 2009: 144).

Ob nun tatsächlich in der Nachkriegszeit das „lokale Regulationsprinzip“, an dem vor allem regionale Gouverneure und lokale *Caciques* beteiligt waren, in eine zentralisiertere Regulation des (illegalen) Marktes überging (Serrano/Palacios 2010: 116), dafür liegen hier keine belegenden Dokumente vor. Mexikanische Forscher (Astorga 1999: 4; Flores Pérez 2009: 101; Serrano 2009) sind sich jedenfalls einig, dass der Handel von psychoaktiven Substanzen, Opium und Marihuana für den US-Markt in der Phase zwischen 1947-1985 der mexikanischen Exekutive bzw. politischen Kräften untergeordnet war und dass Polizei- und Militäreinheiten unabhängig von ihrer formalen Funktion der Verbrechensbekämpfung als strukturelles Verbindungselement zwischen beiden Feldern vermittelten: So etablierte die PRI ab 1947 Instanzen auf Bundesebene, die als Intermediäre zwischen politischen Machtzentren und kriminellen Organisationen fungierten, beispielsweise innerhalb der Judikative die Procuraduría General de la República (PGR), und die zunächst dem Innenministerium, später der PGR untergeordnete Dirección Federal de Seguridad (DFS). Letztere galt als bewaffnetes Repressionsorgan gegen politisch linke, dem PRI-Modell oppositionelle Gruppen, doch die gegenseitige Durchdringung von illegaler Ökonomie und DFS seit ihrer Gründung<sup>27</sup> ist ebenso dokumentiert wie die Kontinuität der Straflosigkeit ihrer Mitarbeiter vom „schmutzigen Krieg“ der 1970er Jahre bis zur Kooperation mit *narcos* (Serrano/Palacios 2010: 116; Scott 2009: 178ff.). Immer wieder gab es Kooperationen zwischen Sicherheitskräften, die bei „antisubversiven“ Einsätzen wie den Demonstrationen von Tlatelolco oder dem Aufbau der paramilitärischen Brigada Blanca führend waren, und der illegalen Ökonomie (Astorga 1999: 7; Flores Pérez 2009: 116).

---

27 Scott (2009: 179) und Astorga (2003: 5) zitieren CIA-Berichte von 1947 und zeichnen die politisch-ökonomischen Karrieren diverser DFS-Direktoren mit Verbindungen in die illegale Ökonomie nach. Mehrere Mitarbeiter waren später selbst an Entführungen beteiligt (Flores Pérez 2009: 113f.).

Der Boom des illegalen Handels war (wie in Kolumbien) mit der Inwertsetzung marginalisierter Regionen verknüpft, so etwa in Michoacán parallel zu Besiedlungsstrategien während des Aufschwungs durch die Importsubstition (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 427f.). Dort investierte der Staat ab 1947 massiv in den Bau von Straßen, in Bergbau und Metallverarbeitung, Wasserkraft, vergab Land und Kredite, um die Region auf Basis einer ejidalen Landwirtschaft zu integrieren. Dies ließ eine mit dem Weltmarkt artikulierte Agrar- und Bergbauwirtschaft, über dieselben Transportwege aber auch den Opium- und Marihuahanahandel und -anbau expandieren. Letzterer ersetzte Mais- und Bohnenpflanzungen und umfasste Ende der 1950er Jahre bereits 13.000 Ha (Maldonado Aranda 2012: 11). Der Drogenhandel hatte seinen Boom dort gerade nicht wegen der Ferne des Staates, sondern im Kontext von Markttöffnung und staatlichen Entwicklungsprojekten in der Landwirtschaft, von Infrastrukturausbau und Kommunikationsanbindung, also als integraler, wenn auch informeller Teil staatlicher Interventionsprozesse erfahren, die Agrarindustrie und „unternehmerischen Geist“ förderten (Maldonado Aranda 2010b: 428). Dort „erweiterten sich lokale und regionale Machträume, in denen Drogenhändler und Politiker koexistierten“ (Maldonado Aranda 2012: 35).

Noch Jahrzehnte später kam die Mehrheit der als „Drogenhändler“ bekannten Unternehmer aus der ländlichen Gesellschaft Sinaloas (Astorga 2003: 10), war die Produktionsgeografie also relativ konzentriert. Regionale staatliche Apparate wie Polizeien kontrollierten informelle „Lizenzen“, so dass Produktionsenklaven entstehen konnten; Dieser modus operandi ermöglichte die Expansion des Marktes zu kontrollieren und verhinderte, dass sich die im Drogenhandel tätigen Kräfte als autonome politische Kraft hätten etablieren können (Serrano 2009: 149; Serrano/Palacios 2010: 117).<sup>28</sup>

Obwohl mit dem Rückzug der Türkei aus der Opiumproduktion Mexiko nicht mehr bis zu 15 %, sondern 1974 80 % des US-Marktes bediente (Serrano/Palacios 2010: 124) und bereits in den 60er Jahren bis zu 300 Flugplätze in Nordmexiko für einen raschen Transport der Ware sorgten (Astorga 1999: 6), ergaben sich erste Spaltungen Ende der 70er Jahre: Mit der verstärkt prohibitionistischen Politik der USA erhöhten sich schlagartig Schutz- und Regulationsaufwand. In der Konsequenz reagierte die mexikanische Regierung auf Anraten der USA mit der so genannten Operación Cóndor und einer Kampagne der Produktionsvernichtung (*erradicación*) (ebd.: 124). 10.000 Militärs, spezialisierte Einheiten und die der Staats-

28 Hier muss eingefügt werden, dass diese Kooperation zwischen Staatspartei PRI und der illegalen Ökonomie Herrschaftswissen darstellt: Felipe Calderón (Präsident 2006-2012) nahm die Interpretation auf, um sich – der ja einen „Krieg gegen die Drogen“ ausgerufen hatte – vom alten Regierungsmodell zu distanzieren und darauf hinzuweisen, dass es ein neues, damals unbekanntes Problem gebe, nämlich den Kampf um lokale Verkaufsplätze (Interview mit Felipe Calderón Hinojosa The New York Times 2011).

anwaltschaft für Militärjustiz unterstellte Policía Judicial Federal Militar sollten illegale Pflanzungen vernichten.<sup>29</sup> Flores Pérez (2009: 114) spricht aber von einem Ehrenkodex, der es für Militärs undenkbar gemacht habe, die *narcos*, die Zahlungen an sie leisteten, zu ermorden oder festzunehmen. Hier gerieten der Schutz der illegalen Plantagen, logistische Unterstützung und die Sicherung der Transportwege offenbar zum Nebengeschäft des Militärs – eigene Interviews bestätigten diese Aussagen.<sup>30</sup> Die Operación ging mit Hunderten Fällen von Menschenrechtsverletzungen einher. Eine Konsequenz war, wie schon in den 50er Jahren, die Verlagerung und Zerstreuung der Produktion in andere Bundesstaaten (Michoacán, Jalisco); offensichtlich konnte die DFS damit zugleich einen wachsenden illegalen Markt funktional strukturieren (vgl. Flores Pérez 2009: 116; Astorga 1999: 5ff.).

Grundlegend präsentieren sich in Mexiko in dieser Phase komplexe Praktiken und Regeln, die alle unter dem Schutz reziproker Vereinbarungen zwischen Drogenhandel und staatlichen Agenturen zu stehen schienen, etwa über Arrangements, die die Zahlung informeller Steuern aus der illegalen Tätigkeit beinhalteten (Serrano/Palacios 2010: 116f.; vgl. Snyder/Durán Martínez 2009). Die Händler agierten als ‚Franchise-Unternehmer‘ in Produktionszonen, die ihnen von den Regulationsbehörden angewiesen und von repressiven Apparaten geschützt wurden, behaupten Serrano/Palacios (2010: 117; vgl. Astorga 2007). Auch sie band das korporativ-autoritäre System der Staatspartei PRI ein; die kriminellen Unternehmen wurden nicht mit eigenen Bewegungen politisch aktiv. Der mit der Produktion verbundene Schmuggel wurde nicht als im eigentlichen Sinne kriminelle Aktivität oder außerhalb des Systems verstanden. Im Staatsparteiensystem sei Geld aus der Drogenökonomie für Kampagnen von Politikern „kein Grund zur Aufregung“ gewesen, „mehr noch, das Thema war nicht einmal beachtenswert“ (Astorga 2007: 43). Die tiefe

---

29 U.A. zerstörten die Truppen in Michoacán in der Hauptproduktionszone für Acovado um Uruapán Marihuana- und Mohnpflanzungen und Saatgut (Maldonado Aranda 2012: 14). Dass die Militäroperationen bereits mit Nahrungsmitteln für die Soldaten u.ä. schlecht ausgestattet waren, gilt als klarer Impuls für Korruption, wobei die engen Verknüpfungen in einer so vertikalen Organisation wie der Armee kaum ohne Wissen der oberen Führungsebenen vorstatten gehen konnten. „Antisubversive“ Operationen wie in Guerrero waren dagegen sehr gut ausgestattet. Guerillas wurden als Bedrohung des Status quo betrachtet; der politische Wille war groß (Astorga 2003: 8; vgl. Flores Pérez 2009: 110ff.).

30 „ich habe in Nord-Sinaloa gelebt, einem Bundesstaat, der völlig vom Drogenhandel beherrscht ist. Was es in Mexiko gab, war ein Pakt zwischen Staat und Drogenhandel; so brauchte der Drogenhandel nicht einmal eine Armee, weil die mexikanische Armee darauf achtete, dass alles im Fluss blieb [...] als ich in Sinaloa gelebt habe [...] passierte es häufig, dass die Armee die Leute in ihren eigenen in Armeelastern transportierte, um die Marihuanapflanzungen zu pflegen. Sie ließen sie dort raus und holten sie später ab. Das war derart offen, ich spreche von den 80er Jahren.“ (IV 1:074).

Verwurzelung in der lokalen Ökonomie schlug sich kulturell im Musikgenre der *corridos* nieder, aber auch in einer ländlichen *narco*-Identität mit großer Bedeutung von Familie und Katholizismus, die sich selbst sozial über Indigene und *ejidatarios* stellte und infrastrukturelle, politische, familiäre Netze schuf (vgl. Astorga 1999: 15; Maldonado Aranda 2012: 13f.). Basis dieser pax priísta war der Spielraum eines autoritären Regimes (Serrano/Palacios 2010: 118).

### **Machtstrukturen im Umbruch**

Die USA verlagerten Anfang der 80er Jahre ihre Anti-Drogenpolitik noch stärker in die Zuständigkeit des Militärs, zudem brachten Beamte der Drug Enforcement Administration (DEA) den Begriff ‚Kartell‘ auf, den mexikanische Stellen übernahmen und nährten damit die Vorstellung von monopolartigen Organisationen, die ganze Produktionsketten kontrollierten (Astorga 2007: 150). Die Rede von „*narco-terrorists*“ kam erst vor wenigen Jahren auf (vgl. zu den Begriffsprägungen Escalante Gonzalbo 2012). Besonders der Skandal um den Mord am US-amerikanischen DEA-Beamten Enrique Camarena 1985 veranlasste die Exekutive zu Neuordnungen der zuständigen Apparate und zur Abschaffung der DFS (Lupsha 1996: 35; Flores Pérez 2009: 99).

1981 fiel im Gegensatz zur wachsenden kolumbianischen Produktion der Anteil mexikanischen Mariuanas am US-Markt von zuvor 75 % auf nun 4 % (ebd.: 104). Die illegale Ökonomie in Mexiko stellte um und begann sich – weiterhin mit Schutzmaßnahmen aus staatlichen Apparaten – als Dienstleistungssektor zu konsolidieren. Serrano/Palacios (2010: 114; vgl. Snyder/Durán Martínez 2009: 76; ICG 2013: 6) erklären den Wandel von landwirtschaftlicher Opium-Produktion hin zur heutigen Dienstleistungs- und Handelsökonomie eines Transitlands für Kokain nicht nur mit geografischen Faktoren. Der Druck, den die USA auf Handelsrouten für Kokain aus Südamerika durch die Karibik und Florida Anfang der 80er Jahre erhöhten, war entscheidend dafür, dass die kolumbianischen Produzenten ihre Transportrouten immer mehr nach Mexiko verlagerten. Geschäftsbeziehungen gab es zunächst zwischen mehreren mexikanischen Gruppen (*Sinaloenses*, Juarez) und dem Medellín-Netzwerk, später aber auch mit den *Pepes* aus Cali. Zunächst waren die kolumbianischen Produzenten dabei nicht abhängig von den mexikanischen Dienstleistern, die für die korrekte Abwicklung des Transfers zuständig waren. Nach und nach gewannen die mexikanischen Händler aber offensichtlich ohne gewaltsame Übernahme Spielräume. U.a. erhielten die mexikanischen Netzwerke als Bezahlung bald 50 % des Kokains (als Produkt!), das über ihr Territorium ging. Ab Ende der 80er Jahre stiegen die Gewinnzuflüsse der mexikanischen Netzwerke enorm; sie übernahmen nun teilweise die Endpunkte der Transportkette.<sup>31</sup> Die

31 Die Korruptionszahlungen konnten leicht den Haushalt der Bundesbehörde übersteigen:

Bereits 1995 sollen die Einnahmen bei 1.500-4.500 Mio. US\$ gelegen haben, die Hälfte

Netzwerke in Medellín und Cali dagegen waren Anfang der 90er Jahre vom Mord an Pablo Escobar und von Ermittlungen im Rahmen des Proceso 8000 (vgl. Kap. III) betroffen, so dass manche Autor/-innen ihren Zerfall konstatierten (Abs. vgl. Lupsha 1996: 36; Flores Pérez 2009: 116; Astorga 2003: 10; ICG 2013: 6). Eine der Quellen von Flores Pérez (2009: 121ff.) verortet diesen Wandel 1991: So konnten die kolumbianischen Netzwerke nicht mehr frei in Mexiko operieren und mussten sogar Festnahmen befürchten – eine Veränderung, die die mexikanischen Netzwerke nur in Kooperation mit staatlichen Stellen leisten konnten. Auch wenn die illegale Produktion in beiden Ländern auf lange existierende Handelsrouten zurückgriffen konnte, waren die Kolumbianer nun auf mexikanische Intermediäre angewiesen.

Diese Kräfteverschiebung machte die nordmexikanischen „Kartelle“ zu zentralen Playern in diesem Wirtschaftssektor. Mit diesem Wandel vom spezialisierten Anbau zweier Produkte mit geografischer Konzentration zum Transitland ab den 1980er Jahren wurden die ehemaligen Korridore des Opiumanbaus zu einem mit den USA verbundenen, integrierteren Netz von Transport- und Kommunikationsknotenpunkten (Serrano/Palacios 2010: 114), was allerdings den ökonomischen Niedergang von Teilen der nördlichen Grenzregion zur Folge hatte, die zuvor von der Ansiedlung der Produktion profitiert hatte (z.B. Valle de Juárez) (vgl. Lupsha 1996: 42f.).

Bald gingen schätzungsweise 60 %-65 % des Kokains für den US-amerikanischen Markt über Mexiko (Astorga 2003: 14). Mit dem komplizierter werdenden Szenario vergrößerten sich allerdings die Brüche des Modells, da dies nicht nur die Größe, sondern die Struktur des Marktes modifizierte. Zeitgleich beeinflussten die Transformationen der Produktionsstruktur und wirtschaftlichen Ausrichtung, also der Umbau des Akkumulationsmodells insgesamt, die Gewaltraten und die illegale Ökonomie: Die Verdopplung der Mordraten zwischen 1980 und 1995 (Flores Pérez 2009: 94) fand parallel zu den praktisch ohne Konsensmomente umgesetzten tiefgreifenden Reformen seit den 80er Jahren statt. Die neue Integration in den Weltmarkt und die Strukturierung der illegalen mexikanischen Ökonomie als gewaltvolle Dienstleistungs- und Transitökonomie (vgl. Serrano/Palacios 2010: 125f.) vollzogen sich parallel. Die Transformation des mexikanischen Staates ab 1982 fiel zusammen mit prohibitionistischen Bestrebungen der US-Regierungen und den Veränderungen der Produktionsstrukturen und Vermarktungsmuster im andinen Raum. Der Anbau verschwand dabei nicht: Rivelois (2004:266f.) zufolge gingen im Südosten Mexikos – wo die Agrargrenze „ausgeweitet“ wird – wie in Kolumbien we-

---

davon aus der Zusammenarbeit mit kolumbianischen Netzwerken (Flores Pérez 2009: 116). Lupsha (1996: 36) geht nach Zahlen der mexikanischen PGR von etwa 300 t Kока in aus, die Anfang der 90er Jahre allein über Matamoros jährlich in die USA gelangten.

gen fehlender Alternativen kleinbäuerliche Strukturen zum Anbau von Opiummohn und Ähnlichem über.

Diese veränderte Kontrolle und miteinander ringenden aufsteigenden Kräfte drückten sich in der Abschaffung der DFS 1985 aus. Ihre Nachfolgeorganisation DISEN wurde 1989 zum Geheimdienst CISEN. Kompetenz- und Aufgabenverschiebungen in Richtung Staatsanwaltschaft (PGR) und häufige Umstrukturierungen zuständiger Organe (z.B. der Policía Judicial Federal PJF) folgten. Die Regulationsmechanismen des alten PRI-Systems erodierten auch im Sektor der illegalen Ökonomien und konnten in einem Transitmarkt mit zudem größerem Gewicht in der Gesamtökonomie nicht mehr funktionieren. Die gegenseitigen Verbindlichkeiten wurden teils gewaltvoll gelöst; damit schwanden die Kapazitäten staatlicher Stellen, eine disziplinierte Koexistenz der illegalen Unternehmen zu garantieren (Serrano/ Palacios 2010: 126, 135). Für Astorga (1999: 17) begannen sich damit die zentralisierten Sicherheitsstrukturen institutionell aufzulösen. Kooperationen von spezifischen Sektoren der Staatsanwaltschaft PGR, Teilen der PJF und der Dirección General Antinarcóticos nach 1985 und dem Wegfall der DFS zeichnen mehrere Autor/-innen nach (exemplarisch Flores Pérez 2009: 123; Hernández 2010: 167f.):<sup>32</sup> Sei früher die Kontrolle lokaler *plazas*, dann die wichtiger Städte und die Verbindungen zu Vermittlungsinstanzen wie der DFS zentral gewesen, seien es in den 90er Jahren große Frachtfähren und personalisierte Verbindungen direkt ins Kabinett oder zur Bundesstaatsanwaltschaft PGR, so Lupsha (1996: 42f.). Der Vizestaatsanwalt Eduardo Valles formulierte in seinem Rücktrittsgesuch 1994 schwere Vorwürfe:

„Ich frage: Wann werden wir [...] die intellektuelle Fähigkeit und ethische Kraft haben zu sagen, dass Amado Carrillo, Arellano Félix und Juan García Ábrego unbegreiflicherweise leider die Förderer und sogar die Grundpfeiler unseres Wachstums und sozioökonomischen Entwicklung sind... Niemand kann ein politisches Projekt einbringen, in das die Herren und Financiers des Drogenhandels nicht eingebunden wären, denn wenn er das tut, ist er tot.“ (zit. in ebd.: 39).

32 Mehrere direkte Untergebene des damaligen Gouverneurs von Morelos, Carillo Olea, wurden im Zusammenhang mit dem „Kartell“ von Juárez verurteilt, so der Procurador des Staates Morelos und der Polizeichef der Policía Judicial del Estado (Flores Pérez 2009: 133). Ein Subprocurador soll die Posten für Abgesandte der PGR in Städten wie Tijuana oder Juárez zu hohen Preisen plus monatliche „Miete“ verkauft haben. Die Unterscheidung zwischen Staatspersonal und Kriminellen konnte, so Flores Pérez (ebd.: 124), nur formeller Art sein. Laut Astorga (2003: 10) spielte bei der Disziplinierung Raúl Salinas de Gortari, der Bruder des Präsidenten Salinas, eine Rolle. Raúl Salinas stand Mitte der 90er Jahre wegen Geldwäsche und wegen Mordes an José Francisco Ruiz Massieu (PRI) vor Gericht (vgl. auch Anguiano 2010: 68f.).

Die Aussage zeigt, welche Wichtigkeit illegale Unternehmer für das Ringen um Hegemonieprojekte erlangt hatten. Die illegale Ökonomie blieb ein grundlegendes Element für die strukturelle und für institutionelle Selektivitäten des Staates: So regulierten unter Präsident Salinas de Gortari ab 1988 noch einmal staatliche Agenturen die illegalen Tätigkeiten und beteiligten sich an deren Reproduktion und Expansion, so jedenfalls einige Studien wie Flores Pérez (2009: 125). Große Netzwerke der illegalen Ökonomie regelten ihren Wettbewerb um Marktanteile in einer Verhandlungslösung (Fazio 1996: 33; vgl. Astorga 2003; Flores Pérez 2009).<sup>33</sup> In jedem Fall waren die Verflechtungen eng: Lupsha (1996: 38) bezeichnetet das Verkehrs- und Kommunikationsministerium unter Salinas – Minister Eduardo Gamboa wurden Telefonate mit dem „Golfkartell“ vorgeworfen – als ebenso wichtig für den Handel mit Kokain aus Kolumbien wie für den Freihandelsvertrag zwischen Mexiko, den USA und Kanada. Die US-amerikanische Federal Reserve belegte die American Express 1993 wegen Geldwäsche aus dem mexikanischen Drogenhandel mit 950.000 US\$ Strafe, ähnliches warfen die USA 1998 nach der Operación Casablanca gegen Geldwäsche der Bank BANAMEX vor; der *capo* Miguel Ángel Félix Gallardo saß im Vorstand der nordmexikanischen Zentrale der SOMEX-Bank (ebd.: 36f.; Hernández 2010: 222). Mit der katholischen Kirche gab es ebenfalls Verbindungen; Treffen zwischen dem Vatikan-Entsandten und den *capos* des Tijuana-„Kartells“ zwischen 1993 und 1994 sind belegt (Nava Vázquez 2009: 227; Astorga 1999: 10).

Unter Präsident Zedillo (1994-2000) erließ die PGR – mit ausgetauschtem Personal – Haftbefehl gegen zwei ehemalige Direktoren der Policía Judicial Federal (PJF) wegen Schutz des Drogenhandels und Geldwäsche. Sofern es Kräfteallianzen gab, waren sie also nicht (mehr) langfristiger Natur. Waren die Beziehungen in die Regierungsebene zwischen 1988 und 1992 noch eng, dezentralisierten sich laut Flores Pérez (2009: 134) ab 1994 die Schutzstrukturen, in den Streitkräften in untere Ränge und auf länger im Amt befindliches regionales Personal. Ein Gesetz gegen die „Organisierte Kriminalität“, die erneute Gründung einer Spezialeinheit der PGR (Unidad Especializada en Delincuencia Organizada UEDO/SIEDO) und die Verhaftung mehrerer Generäle wegen Verbindungen zum Drogenhandel zeugen von diesen veränderten Mechanismen.<sup>34</sup>

---

33 Auf diese Netzwerke (Tijuana/Arrellano Félix; Ciudad Juárez/Amado Carrillo, García Abrego/Tamaulipas) wurde der häufig genutzte Kartell-Begriff gemünzt.

34 Großes Medieninteresse weckten der Prozess gegen den General de división José de Jesús Gutiérrez Rebollo, ehemals Direktor des Instituto Nacional de Combate a las Drogas (INCD), dem 1997 Verbindungen zur Organisation des „Señor del Cielo“ (Amado Carillo) vorgeworfen wurden, und die Verhaftung des General de brigada Mario Arturo Acosta Chaparro im Jahr 2000 (vgl. Reveles 2010: 77; Hernández 2010).

Auslieferungen scheinen allerdings für den illegalen Sektor Mexikos keine größere Bedrohung darzustellen. Obwohl die Regierung Zedillo Juan García Ábrego an die USA auslieferte, unterschieden sich seine Strategien von denen Pablo Escobars:

„There were no bomb explosions or shootings against politicians or innocent people. There was no speculation attack against the peso, nor a flight of capital. A strange behaviour, indeed, for somebody whose fortune was officially estimated (in fact, invented) to 10 billion dollars (about 3.48 % of Mexico's GNP in 1995, \$5.7 billion less than the international reserves, and \$1.6 billion more than the oil revenues the same year).“ (Astorga 1999: 11).

Der Paramilitarismus als eigene Kraft spielte in Mexiko eine weit weniger zentrale Rolle als in Kolumbien, wenn auch immer wieder der Einsatz solcher Gruppen (die sogenannten camisas rojas, grupos de choque in Gewerkschaften, Batallón Olimpia) dazu diente, ein unsicheres Klima herzustellen (vgl. Anguiano 2010: 72f.) und laut Hernández (2010: 195) Ende der 80er Jahre selektive Morde an Mitgliedern der von der PRI abgespalteten Frente Democrático Nacional (FDN, spätere PRD) über Verbindungen zwischen Präsidentenamt und den „Kartellen“ vereinbart wurden. Teile Michoacáns oder Chiapas erlebten gewaltsame Vertreibung und irreguläre Landkäufe kollektiv bewirtschafteter Flächen (Maldonado Aranda 2012: 13). Besonders in Chiapas war der Einsatz paramilitärischer Gruppen in den 90er Jahren systematisch. Der damalige Direktor der Nationalen Menschenrechtskommission Jorge Madrazo sagte 1995, es sei „fast dasselbe Thema, von Guardias blancas und Caciques“ zu sprechen (zit. in Fazio 1996: 201). Demzufolge (ebd. ebd.: 203) entstanden paramilitärische Gruppen in Chiapas (u.a. ‚Chinchulines‘, Frente Cívico Luis Donaldo Colosio, Organización Juvenil Independiente, Paz y Justicia) vor allem während der Regierung des Gouverneurs Patrocinio González noch vor der 1994 begonnenen zapatistischen Rebellion. Zwischen 1994-96 in einer Phase latenten Krieges wurden 600 Bauern getötet. Mehrere Massaker wurden bekannt; am bekanntesten wurde das Massaker an 45 Menschen in Acteal 1997, die zu den mit den Zapatistas sympathisierenden Abeja-Gemeinden gehörten (Fazio 1996: 297). Die paramilitärische Gruppe Máscara Roja agierte dabei nachweislich mit staatlicher Beteiligung (vgl. Bellinghausen 2008; Romo Cedano 2008). Dagegen gab es Militäroperationen wegen angeblichen Drogenanbaus und eines „Kartells“ in der Nähe der zapatistisch geprägten Stadt Oventic und in Guerrero gegen die Guerilla Ejército Revolucionario del Pueblo Insurgente (ERPI) (Astorga 2003: 16). D.h. ähnlich wie in Kolumbien wurde den Guerillas von offizieller Seite eine Verbindung zum Drogenhandel zugeschrieben. Eine nationale Organisation paramilitärischer Gruppen gibt es in Mexiko jedoch nicht; sie können auch nicht in direkte Verbindung mit der illegalen Ökonomie gebracht werden.

Die Tatsache, dass Verflechtungen zwischen staatlichen Agenturen und illegaler Ökonomie existieren, änderte sich mit der *alternancia*, der Übernahme der Regie-

rungsgeschäfte durch die PAN im Jahr 2000, nicht grundlegend.<sup>35</sup> Doch die zentralisierte, kohärente Strategie mehrerer staatlicher Apparate, kriminellen Organisationen Marktanteile und Integrität zu garantieren, existierte nicht mehr, so dass eigene bewaffnete Kräfte für die kriminellen Organisationen notwendig wurden (vgl. Serrano/Palacios 2010: 135). Ähnlich sieht Flores Pérez (2009: 86ff.) eine Transition von einem hierarchisch-zentralisierten Modell zu einem fragmentierten Verhältnis ohne klare Vormachtstellung.

Je brüchiger in der Folge wirtschaftspolitischer Umstrukturierungen die Basis des zentralisierten PRI-Modells wurde, desto ambivalenter und wandelbarer schien sich das Verhältnis zwischen der illegalen Ökonomie und dem Staat darzustellen – modifizierte Agenturen innerhalb des Staates mit unterschiedlichen Logiken und ab 2000 neue Akteure in der Exekutive implizierten veränderte Interessenkonstellationen und weniger vorhersehbare reziproke Absprachen (vgl. Astorga 2007). Damit werden zuvor seltene Drohungen gegen verschiedene politische Akteure denk- und sichtbar. Serrano/Palacios (2010: 135) beobachten seit der Amtsübergabe von der PRI an die PAN im Jahr 2000 die Privatisierung der Gewaltausübung, die möglicherweise eine Annäherung an die kolumbianischen Verhältnisse darstelle.

Für diesen „privatisierten kriminellen Markt“ (Friman 2009: 15) ist ein neuer Akteur zentral: Deserteerte ehemalige Elitesoldaten der 1994 in Chiapas eingesetzten Grupos Aéromóviles de Fuerzas Especiales (GAFEs) – die Rede ist von über 1.000 Deserteuren bis Mitte der 2000er Jahre – sollen zunächst vom Golf-, „Kartell“ als private Miliz angeworben worden sein, sich dann verselbständigt und sich als Los Zetas Marktanteile in der illegalen Ökonomie angeeignet haben. Die äußerst gewaltsame Vorgehensweise der Zetas erinnert an paramilitärische *counterinsur-*

---

35 Belege dafür, dass Guzmán Loera („El Chapo“) das Sinaloa-Netzwerk als strategischen Partner der PAN-Regierungen positioniert habe, sind wesentlich seltener als die Wiederholung der These: Sein illegales Unternehmen (Pacífico/Sinaloa) sei längst ein transnationaler global player und kontrolliere fast die Hälfte des Handels in die USA, so Reveles (2010: 44). Seine Flucht aus einem Hochsicherheitsgefängnis 2001 suggeriert Kontakte in politische Ebenen (vgl. u.a. Hernández 2010; Flores Pérez 2009; Reveles 2010). Welche Mythen sich um den Drogenhandel in Mexiko ranken, zeigt ein Interviewzitat von Flores Pérez (2009: 139): „schon dieser Freigang. Er kam und ging wie er wollte. [...] Er zahlte [...] 30 oder 40.000 Dollar pro Monat Quote, um rein und rauszukommen. Und er ging raus. Es gab keine Probleme, er blieb zwei-drei Tage draußen, kam zurück, man sah ihn hier in México [D.F.], in Guadalajara [...] Und bei der Rückkehr sagten sie ihm: ‚Du kannst nicht mehr hinein, weil es hier ein furchtbares Drama gab, das mit dir zu tun hat. Also sieh dich als Flüchtigen.‘ Ich glaube, sie haben ihn getötet. Glaube ich.“ Da Guzmán 2014 erneut verhaftet wurde und 2015 erneut aus einem Hochsicherheitsgefängnis entkam, ist diese Vermutung widerlegt.

*gency*-Elemente.<sup>36</sup> In jedem Fall wuchsen die Konfrontationen zwischen verschiedenen Gruppen, die ihren Einfluss während der Regierung Fox ausdehnten (Astorga 2007; vgl. Serrano/Palacios 2010): Der Konsum von psychoaktiven Substanzen galt lange Zeit als Problem der USA bzw. Europa, doch seit einigen Jahren gewannen mit dem wachsenden mexikanischen Konsum der *narcomenudeo* (der Verkauf kleiner Mengen Drogen) und somit die Kontrolle von Marktanteilen innerhalb Mexikos an Bedeutung. Dies verspricht kleinen Dealern Aufstieg, deren Perspektiven sich ohnehin häufig auf den informellen Sektor oder Emigration beschränken (vgl. etwa ICG 2013: 8). Gegen ein im April 2006 vom mexikanischen Kongress beschlossenes Gesetz, das Instrumente zum strafrechtlichen Vorgehen gegen den *narcomenudeo* verstärken, aber den Besitz kleiner Mengen Drogen legalisieren sollte, legte Präsident Fox auf Druck der US-Regierung Veto ein (Meyer 2007b: 6).

Mit Serrano/Palacios (2010: 135) brach besonders der historische Übergang zum Kokaintransitmarkt und in der Konsequenz die Erschöpfung des staatlichen Regulationsmodells den modus operandi auf. Die Strategie, Köpfe der kriminellen Organisationen zu töten oder festzunehmen, führte zu mehr Kämpfen zwischen illegalen Unternehmensnetzwerken. Die Schutzmechanismen existierten ab 2004 von der lokalen Ebene aus weiter, so Flores Pérez (2009: 136). Die unklaren Grenzen zwischen legalen Streitkräften, parastaatlichen Gruppen und kriminellen Organisationen spiegeln weiterhin eine strukturelle Verbindung und systematische Korruption wider, doch über die konkreten Verflechtungen zwischen Staatlichkeit, Korruption, regionalen Kräften und der illegalen Ökonomie gibt es keinen Konsens. Während z.B. Fazio (2000) von einem mafiosen Staat spricht, verneint Rivelois (2004) diese Tendenz.

Insofern bewegen wir uns in einem Kontinuum zwischen Legalität und Illegalität; die Grenzen zwischen beiden sind konzeptioneller Art und Produkt von Kräfteverhältnissen außer- und innerhalb des Staates. Damit sind die Grenzen zwischen

---

36 Die GAFEs erhielten nach Militärquellen (Santos Méndez 2008) ab 1995 in Reaktion auf die zapatistische Rebellion *counterinsurgency*-Trainings von den sogenannten Kaibiles in Guatemala, „Spezialkräfte“, die die Aufstandsbekämpfung dort gegen die Zivilbevölkerung einsetzte. Die Verbindungen zwischen Kaibiles und GAFEs sind demzufolge eng; die Ausbildung ähnelt sich stark (ebd.: 305). Ähnlich wie in Kolumbien und Guatemala war die Ausbildung zunächst auf die Aufstandsbekämpfung und erst im zweiten Schritt auf die Drogenbekämpfung gerichtet (ebd.: 306). Da die USA ebenfalls GAFEs ausbildeten, erhielten später desertierte Mitglieder der GAFEs möglicherweise Militärtraining aus den USA (u.a. Meyer 2007b: 6) und profitierten nicht nur vom Insiderwissen über das mexikanische Militär, sondern von Spezialwissen über Aufklärungssysteme, Überwachungstechniken und Einsatzplanung, obwohl die US-Sicherheitsinstitutionen später keine übereinstimmenden Namenslisten mehr finden konnten (Wikileaks/U.S. Mexico Embassy 2009a).

der Korruption von Staatsbeamten durch Außenstehende und illegalen Tätigkeiten durch Staatspersonal von innen heraus kaum losgelöst vom konkreten Fall zu ziehen. In Kolumbien sind, so konnten die vorangegangenen Abschnitte zeigen, die paramilitärischen Gruppen (vor allem als landesweit organisierte AUC ab 1997) sowohl ausführende Kräfte einer faktischen Gegenlandreform und erfüllten in einigen Regionen *counterinsurgency*-Aufgaben, als auch erfolgreiche Unternehmer der illegalen Ökonomie. In Mexiko bestand über das gesamte 20. Jahrhundert eine Verflechtung in politische Apparate hinein. Der illegale Sektor wandelte sich parallel zum Umbau der Regulation und der Rolle des Staates ab den 80er Jahren hin zu Transitökonomie. Will man also den Staat in Kolumbien und Mexiko untersuchen, so müssen diese Kräfte und die Veränderungen in den Grauzonen der Ökonomie beachtet werden, denn sie stehen nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern sind Teil der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sich teilweise und fragmentarisch in staatliche Politik übersetzen.

## IV.2 SOZIALSTRUKTURVERÄNDERUNGEN

Um Akteurskonstellationen auszuloten und den Kontext für das Politikfeld Un-/Sicherheit zu schärfen, werden im Folgenden die allgemeine Wirtschaftsstruktur und das gesellschaftliche Szenario zu Beginn der jeweiligen Amtszeit skizziert. Mit den Umstrukturierung der Regulation in den 80er und 90er Jahren veränderten sich die Sozialstrukturen und damit die Kräfteverhältnisse im Sinne Poulantzas', wie erwähnt, auf dem ganzen Kontinent massiv (vgl. Boris et al. 2008). Große Unternehmen absorbierten die vom öffentlichen Sektor ausgewiesenen Arbeitskräfte nicht, sondern verringerten ihren Anteil an der Beschäftigung ebenfalls (Klein/Tokman 2000: 13; Portes/Hoffman 2003: 55). Die Arbeitskräfte gingen stattdessen in Dienstleistungs- und informellen Sektor; obwohl dieser immer groß war, ist die Prekarisierung augenfällig (Klein/Tokman 2000: 18). Hatten über drei Jahrzehnte die formellen Branchen durchschnittlich 60 % neuer Arbeitsplätze (15 % im öffentlichen, 45 % im privaten Sektor) geschaffen, veränderte sich dies mit dem Strukturwandel radikal: Zwischen 1990-1996 schuf der formelle Sektor nur noch zwei von zehn neuen Arbeitsplätzen (ebd.: 19). Entsprechend leben städtische informelle Sektoren gleichsam dauerhaft „am Rand“, sind aber öffentlich sichtbar und essentieller Teil der lateinamerikanischen Ökonomien; die Vertragsvergabe transnationaler Unternehmen mit vertikal integrierten Wertschöpfungsketten an informelle Verkaufsnetzwerke und Unternehmen ist kaum als „marginal“ zu bezeichnen (vgl. Caldeira 2009; ähnlich zu Südeuropa Poulantzas 1976: 62). Die Reallöhne sanken tendenziell und lagen 1999 um 26 % niedriger als 1980 (Klein/Tokman 2000: 11); als Flexibilisierungsinstrument diente die immer weiterreichende Auslagerung von Ar-

beitsschritten. Globales Merkmal sind transnationalisierte, vertikal integrierte Unternehmen, denen es inzwischen möglich ist, bei maximierter Absatzmöglichkeit und Produktivität auf der Suche nach den geringsten Arbeitskosten von einem Standort zum anderen ziehen (Estrada Álvarez/ Moreno Rubio 2008: 25). Sie prägen in der „Peripherie“ ohnehin nach wie vor Schlüsselsektoren der Wirtschaft und das gesamte Konkurrenzverhältnis; damit verbindet sich ein beständiger Gewinntransfer in die Herkunftsländer der Investoren (Becker 2008: 13). Die Investitionen in arbeitsintensive Produktionsschritte in Mexiko sind ökonomisch logisch, wenn beispielsweise Lohn- und Lohnnebenkosten um mehr als die Hälfte niedriger sind als in den USA. Doch die Beschäftigung erreichte das Niveau von 1980 in ganz Lateinamerika nicht wieder; Instabilität und Fluktuation sind heute höher und die Fähigkeit auf Schocks von außen zu reagieren, geringer (Klein/Tokman 2000: 12). Die Sparquoten blieben gering, ebenso wie die Anzahl besteuerbarer Einkommen (niedrige Steuerbasis). Die Mittelschichten schrumpften, wo es sie gab, denn ihre Entwicklung war mit der Rolle des („Entwicklungs“-)Staates (Portes/Hoffman 2003: 46) ja eng verknüpft gewesen, und Kanäle sozialen Aufstiegs wie Bildung waren zunehmend versperrt. Der Abbau des öffentlichen Sektors bedeutete also für Teilsektoren den sozio-ökonomischen Abstieg, andere konnten sich spezialisieren; die Einkommensungleichheit verschärfe sich insgesamt massiv (ebd.: 58). In beiden Beispieldfällen beschränkte der Staat seit den 80er Jahren seine (ohnehin von der spezifischen Weltmarkteinbindung begrenzten) binnenumorientierten Funktionen noch und verringerte Maßnahmen, die zwischen gesellschaftlichen Kräften ausgleichend wirkten (z.B. die immer selektive Integration in Sozialprogramme). Mit dem Argument, marktorientierte Formen sozialer Sicherung würden effizienter funktionieren, setzten Regierungen teilweise marktorientierte Renten- und Landreformen oder Sozialhilfeprogramme durch.

Nach dem Jahr 2000 differenzierten sich die Sozialstrukturtendenzen deutlich aus; in einigen Ländern verringerte sich im Zuge politischer Umbrüche, der Einführung keynesianischer Elemente der Wirtschaftspolitik und einer wieder ausgebauten Sozialpolitik der Gini-Koeffizient zu Einkommensungleichheit und ergaben sich neue außenpolitische Kooperationen (UNASUR) (vgl. u.a. Boris 2009: 174ff.). So ging die Einkommensungleichheit in Venezuela und Brasilien deutlich zurück, während sie in Kolumbien, Mexiko oder Honduras sehr hoch blieb (vgl. CEPAL 2012: 19–25). Vor allem in Argentinien und Venezuela gingen aufgrund indirekter Umverteilungsmaßnahmen verschiedener Reformpakete die Armutsraten zurück (ebd.: 17; CEPAL 2010: 189ff.). Rassistische Spaltungslinien traten als Ausschlussmechanismus für politische Artikulation in einigen Staaten mit erstarkten indigenen Bewegungen zurück (v.a. Bolivien) (vgl. Prada 2010). Eine radikale Wende in der Wirtschaftspolitik blieb jedoch meist aus. In einigen Staaten befinden sich relativ breite Bevölkerungssegmente in Auf- und Abwärtsbewegungen unter oder gerade über der Armutsgrenze (CEPAL 2012: 64). Entlohnte Arbeit reicht häufig nicht, um

dauerhaft über der Armutsgrenze zu bleiben; trotz der „Feminisierung“ der Arbeit blieb unbezahlte Reproduktionsarbeit meist genderspezifisch organisiert und die Sozialstrukturen vom informellen Sektor geprägt. In beiden Beispieldländern liegt die Urbanisierungsrate bei etwa 78 %, doch anders als in Argentinien und Brasilien wuchs die ländliche Bevölkerung in Mexiko und Kolumbien bis ca. 2005 noch an und sinkt nur langsam (CEPAL 2006: 27–30 Tabelle 11). Ausschließlich in Subsistenzwirtschaft lebende bäuerliche Gemeinden existieren kaum noch. Anders als in Mexiko haben kleinbäuerliche Strukturen in Kolumbien aber weiterhin beträchtlichen Anteil an der Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt. Die Möglichkeiten, diese soziale Ungleichheit innenpolitisch zu bearbeiten, sind untrennbar verbunden mit der Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft und nicht nur von inneren Faktoren bestimmt (vgl. Costa 2013: 47f.).

#### **IV.2.1 Kolumbien: Gesellschaftliche Konstellationen im bewaffneten Konflikt**

Die Gemengelage zu Beginn der Amtszeit Álvaro Uribe Vélez' 2002 in Kolumbien ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftsstruktur, die seit den 1980er Jahren und besonders mit der *apertura* noch stärker auf die Weltmarktintegration (Außenhandel, Bergbau/Agrarindustrie, verstärkte Extraversion) fokussierte. Damit ging die veränderte Zusammensetzung der herrschenden Fraktionen einher. Die widersprüchliche Konstellation drückt sich vor allem im (gescheiterten) Friedensprozess der Vorgängerregierung Pastrana (s. Kap. III) mit der FARC-Guerilla auf der einen Seite und einer noch zunehmenden „autoritäre[n] Durchdringung“ (Zelik 2006) durch Sektoren innerhalb staatlicher Institutionen auf der anderen aus. Enorm hohe Gewaltraten, die offensichtlich in großem Maß von den paramilitärischen AUC (vgl. Kap. IV.1.3.1) verursacht, in offiziellen Diskursen aber meist diffus dem „Konflikt“ zugeordnet wurden (Semana 1998; vgl. Zelik 2009: 125), eröffneten Raum für ein Regierungsprogramm, das diskursiv vom Begriff ‚Sicherheit‘ dominiert wurde. Zunächst wird über die Wirtschaftsstruktur und Einbindung in den Weltmarkt (Landkonzentration) und über Aussagen von Gremien und Verbänden das Szenario spezifischer Konstellationen herausgearbeitet. Der Abschnitt verdeutlicht die Kräfte- und Akteurskonstellationen zum Amtsantritt der Regierung Uribe. Protagonisten der entscheidenden politischen Projekte für das Politikfeld Un-/Sicherheit lassen sich so bestimmen.

#### **Lokale und globale Wirtschaft**

Der Agrarsektor hat in der Zusammensetzung des BIP an Wichtigkeit stark verloren (Bonilla González 2011: 54), während Bergbau und Baugewerbe bereits in den

1990er Jahren deutlich zunahmen, ein Hinweis auf die wenigstens teilweise Transition von einer Agrarexportwirtschaft zu einer des Bergbauexports. Hatte sich ab den 40er Jahren die Bedeutung des Kaffee- und des Agrarsektors allgemein verringert und die des Industriesektors von 14,8 % (1945-1949) auf 21,1 % des BIP (1965-1969) erhöht, so sank zwischen 1988 und 1998 der Anteil des industriellen Sektors von immerhin 25 % wieder auf das Niveau der 1940er Jahre (Kalmánovitz/López 2004: 7).

Zwar sind Bergbautätigkeiten für die Zusammensetzung des BIP weniger prominent als in der Exportstruktur (CEPAL 2007; vgl. Matthes 2012). Dass dennoch ein Fokus auf extraktive Branchen vorliegt, zeigt ein Blick auf die „*tasa de penetración de las importaciones*“ nach Sektoren, wie Bonilla (2011: 57f.) feststellt: 66 % der kolumbianischen Industrieproduktion basiert auf Importen (Kapitalgüter wie Maschinen und Teile für den Automobilbau, langlebige Konsumgüter wie Elektrogeräte, Chemieelemente), und 56 % werden (re-)exportiert (Leichtindustrie: Lebensmittel, Textilproduktion, Leder, Metallerzeugnisse), also nur montiert. Bergbau und Öl-Sektor importieren nur 8 % ihrer Produktion, exportieren aber 93 % (ebd.). Alle anderen Sektoren exportieren wesentlich geringere Anteile ihrer Produktion; zudem hängt der große Dienstleistungssektor häufig von Tourismus und Bergbau ab. Der Unterschied zur Konzentration auf den Kaffee-Export während des 20. Jahrhunderts ist, dass die Einkommen aus dem Kaffee-Export sich auf eine große Zahl unterschiedlich großer Produzenten verteilten und Akkumulationsstrategien sich daher zumindest teilweise auf kleine und mittlere Kaffebauern stützten. Die Zuflüsse aus dem Kohleexport (ebd.: 61) verbleiben in Händen externer Investoren und die aus dem Ölexport in deren Händen und beim Staat. Dabei sind die regionalen Departments weiterhin unterschiedlich branchenspezialisiert. Zinecker (2007: 228) differenziert zudem die in der kapital-determinierten Industrieproduktion bestimmenden Fraktionen trotz ihrer Verflechtungen von gesellschaftlichen Sektoren, die sich eher Renten aneignen (bei der Förderung von Erdöl, Kohle, Smaragden und in der illegalen Ökonomie).

Baute Kolumbien 1990 noch 2,5 Mio. Ha halbjährig zu erntender Produkte und 1,2 Mio. Ha Ganzjährige an, so kehrte sich diese Relation in kürzester Zeit bis 1997 um. Die Produktion von Weizen, Yucca, Mais und anderen Nahrungsmitteln für den Binnenmarkt ging in derselben Zeit stark zurück, ebenso wie die von Kaffee oder Baumwolle (vgl. Fajardo Montaña 2002: 9f.). Nur 5,3 Mio. Ha von einer agrarisch nutzbaren Fläche über 114,2 Mio. Ha standen Ende der 90er Jahre für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung; 40,1 Mio. Ha waren Weideland (Reyes Posada 1997: 294). Gegenstück des Rückgangs der einheimischen Nahrungsmittelproduktion waren günstige Importe, die seitdem um 26,8 % jährlich wuchsen (Fajardo Montaña 2010: 11; vgl. Bonilla González 2011).<sup>37</sup>

37 Im Jahr 2008 beliefen sich die Importe von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen bereits auf 8 Mio. t (Fajardo Montaña 2010: 11).

Die rasant wachsende Integration Kolumbiens in den Weltmarkt lässt sich beispielsweise am Handelsvolumen ablesen: Die Exporte stiegen von ca. 6,7 Mrd. US\$ (1990) auf 11,89 Mrd. US\$ (2002), die Importe von US\$ 5,58 Mrd. auf 13,19 Mrd. im gleichen Zeitraum (CEPAL 2007).<sup>38</sup> Zum einen exportiert Kolumbien heute also insgesamt mehr und weit mehr ganzjährig zu erntende technologieintensive Produkte (Schnittblumen, Ölpalme, Bananen, Zuckerrohr) (Fajardo Montaña 2002), zum anderen veränderten der massive Bedeutungszuwachs des Bergbausektors und die Herausbildung eines modernen agrarindustriellen Sektors mit hoher Produktivität die Zusammensetzung der Exporte: Kohleexporte machten 1980 nur 0,1 %, 2004 aber schon 10 % aller Exporte aus; Rohöl und Derivate trugen 1980 2,5 %, 2004 bereits 25,2 % bei (Gómez Restrepo et al. 2010: 13). Die geförderte Erdölmenge war 1999, zum Höhepunkt des bewaffneten Konflikts, am größten (CEPALSTAT 2013a); Primärgüterexporte machten Anfang der 2000er Jahre immerhin 63,7 % aller kolumbianischen Exporte aus, die sich wesentlich auf einige wenige *commodities* wie Öl, Kohle, Nickel und einen kleineren Anteil Kaffee konzentrierten (Bonilla González 2011: 50; CEPALSTAT 2013a). Zwischen 1994 y 2001 hatten sich die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) noch auf den Kauf staatlicher Unternehmen und „strategische Allianzen“ kolumbianischer und transnationaler Unternehmen gerichtet und Investitionen in den Finanzsektor, Gas- und Wasserversorgung und den produzierenden Sektor den Hauptanteil ausgemacht, da die Begrenzungen für die ausländische Beteiligung aufgehoben worden war. Inzwischen scheint dieser Zyklus von Eigentumswechseln weitgehend beendet (Estrada Álvarez 2010b: 132–135).

Der Gini-Koeffizient für Einkommensverteilung verschlechterte sich im Zuge dieser Strategien in den letzten 30 Jahren: 1970 betrug der Indikator 0.49, 1980 war er leicht auf 0.47 zurückgegangen. 1994 lag er laut CEPAL bei 0.601, 2002 bei 0.567 (CEPALSTAT 2013a).<sup>39</sup> Die Werte gehören zu den höchsten in Lateinamerika. Der Anteil armer Haushalte stieg von 39 % (1980) auf 45 % (1997) (CEPAL 2001: 64)<sup>40</sup>; im Jahr 2002 galten 49,7 % der Bevölkerung als arm und 17,8 % als *indigentes* (in extremer Armut lebend) (CEPALSTAT 2013a). Die dauerhaft hohe offene Arbeitslosigkeit gehört zu den höchsten in Lateinamerika (Bonilla González

---

38 Diese Zahlen berücksichtigen nicht die Exporte von Kokapaste und Kokain.

39 Laut Human Development Indicators der UNDP (2014) lag der Gini-Koeffizient 2006 bei 0.585, laut einem weiteren Bericht der UNDP (2010: 39) bei 0.554. Dies liegt an unterschiedlichen Messmethoden und Quellen, die die Regierung Uribe zudem für das Statistikamt Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE) veränderte. Laut HDI ist Kolumbien das ungleichste Land des Kontinents.

40 Die Armsdefinition der CEPAL (2001: 64) erfasst den Prozentsatz der Bevölkerung als arm, deren Haushaltseinkommen weniger als das Doppelte eines Warenkorbs mit Grundnahrungsmitteln beträgt.

2011: 51). Der CEPAL (2001: 35) galten 1999 38,1 % der städtischen arbeitenden Bevölkerung als Selbständige: In Kolumbien wie im übrigen Lateinamerika wurden der Dienstleistungs- und der informelle Sektor zum Auffangbecken für ‚überflüssige‘ Arbeitskräfte aus dem öffentlichen und landwirtschaftlichen Bereich.<sup>41</sup> Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten stieg von 44 (1991) auf 52 % (2005) der Bevölkerung über 15 Jahre (CEPAL 2011b: 25), was in Kolumbien besonders in der Blumenindustrie im Umland Bogotás deutlich wird.

Während des 20. Jahrhunderts bündelten vor allem die Spitzengremien des Verbands der Kaffeepflanzer (FEDECAFE), der Gesellschaft der Agrarunternehmer (SAC), der Gesellschaft der Viehzüchter (FEDEGAN) und des Verbands der Großindustrie Asociación Nacional de Industriales (ANDI) politische Einflusskanäle in staatliche Apparate und Parteispitzen hinein. Zinecker hält Kolumbien für weniger „deoligarchisiert“ als andere Länder Lateinamerikas, trennt aber „den im Unternehmer-Gremium FEDECAFE assoziierten Kaffee-Sektor von [...] unabhängigen nichtoligarchischen Kapitalgruppen“, die jedoch gegen die regional verankerten Fraktionen bisher nicht gesamtwirtschaftlich eine „Durchkapitalisierung“ durchsetzen könnten (vgl. Zinecker 2007: 219f.): Mit der Liberalisierungspolitik konnten sich ab den 80er Jahren 14 Konglomerate konsolidieren. Sie erwirtschafteten in verschiedenen Sektoren (Telekommunikation, Medien, Versicherungen, Informations-technologie) allein im Jahr 2000 25 % des BIP (Richani 2002: 139). Sie sind als „gatekeepers with global capital“ für ihren Einfluss auf die Politik nicht mehr primär auf die Branchengremien angewiesen und genießen eigene Medienmacht mit transnationaler Beteiligung (Radioverbände, Fernsehstationen, Zeitungen) (CEPAL 2011a: 42f.). Sie ähneln damit nun stärker Poulantzas' Begriff von der „Komprador-renombourgeoisie“ (Poulantzas 1976: 38).

Eins der wichtigsten Konglomerate, die Grupo Empresarial Antioqueño (GEA), vereint drei aus Antioquia stammende Unternehmensgruppen unter sich (Grupo Sur, Inversiones Argos, Grupo Nutresa), die schwerpunktmäßig je im Finanzsektor (Versicherungen, Soziale Sicherung, Banken, Pensionsfonds, Informations-management), mit Cementos Argos im Zement-, Bau- und Energiesektor und mit Nutresa im Lebensmittel sektor große Marktanteile halten und transnational aktiv sind. Dabei erwirtschaftet die GEA um die 15,7% des BIP und hält u.a. Anteile der größten Bank Bancolombia. Die Grupo Empresarial Bavaria kontrolliert 16,9 % des BIP (vgl. Zinecker 2007: 226f.) (laut Semana (2007a) nur 8 %), hält Anteile an der Fluggesellschaft Avianca und dominiert den kolumbianischen Biermarkt. Die Organización Ardila Lülle ist in der Agrarindustrie wie in der Getränkeproduktion und in den Medien aktiv – zu ihr gehört der Fernsehverbund RCN. Weitere Unternehmensgruppen sind Grupo Santo Domingo (u.a. Caracol Televisión), Grupo Aval

41 Der öffentliche Sektor machte allerdings bereits in den 80er Jahren nur 14 % des BIP aus.

Der regionale lateinamerikanische Durchschnitt lag bei 28 % (Richani 2002: 100).

(Finanzsektor, Versicherungen) des *banquero* Luis Carlos Sarmiento oder Grupo Bolívar (Versicherungen und Bank Davivienda). Auch der Militärsektor betätigt sich wirtschaftlich, z.B. im Grupo Social y Empresarial de la Defensa (GSED), einer großen Unternehmensgruppe, die 2006 den 8. Platz der 100 wichtigsten Unternehmen in Kolumbien in Bezug auf die Einnahmen belegte und eine große Anzahl Arbeitskräfte beschäftigt (Ministerio de Defensa 2009: 36). Zwischen Gremien, Konservativer und Liberaler Partei, den Massenmedien und den ökonomisch herrschenden Sektoren gibt es weiterhin funktionale, personelle Interdependenzen und enge Verbindungen (González et al. 2003: 257).

Im ländlichen Raum stehen sich noch immer kleinbäuerliche Strukturen und Latifundien gegenüber (vgl. u.a. Safford/Palacios 2003: 309f.). Die 0,4% der Landbesitzer mit mehr als 500 Ha hielten 1984 32,5 %; 2001 aber 61,2 % aller registrierten Ländereien (Higginbottom 2005: 122), während Kleinbauerinnen und Kleinbauern in 70 % der Fälle keine Landtitel vorweisen können (Ibañez/Muñoz 2010). Ländliche Lohnarbeit gibt es heute hauptsächlich in den kapitalintensiven Bereichen der Zuckerproduktion und im Bananen-, Zitrusfrüchte- und Schnittblumenanbau; auch landlose Saisonarbeiter gibt es in großer Zahl (Zinecker 2007: 203). Die wirtschaftliche Öffnung belastete kleinbäuerliche und indigene Sektoren; die zentrale Problematik bildeten allerdings die gewaltsgemachten Vertreibungsprozesse Anfang der 2000er Jahre, die gerade Indigene und afrokolumbianische Gemeinden an der Pazifikküste, den Llanos oder fruchtbaren Flusstäler des Nordens betrafen (El Tiempo 2011a; PNUD 2011).

Für die politische Artikulation in großen Teilen Kolumbiens und gerade im ländlichen Raum ist deshalb Anfang der 2000er Jahre die landläufig so genannte *clase emergente* entscheidend als aufstrebende Fraktion der herrschenden Klassen. Die in Kapitel IV beschriebene sogenannte „Narcobourgeoisie“ hatte Ländereien von enormer Größe aufgekauft und sich angeeignet,<sup>42</sup> viele davon in fruchtbaren Gebieten des Magdalena Medio und der östlichen Llanos (Reyes Posada 1997, El Tiempo 2011a, Semana 2008a). Sie besaßen 1995 etwa 12 % des für die Landwirtschaft geeigneten Landes (Higginbottom 2005: 122). So hielten in den 1990er Jahren 1,3 % aller Landeigentümer 48 % der fruchtbaren Böden, während 68% nur 5,2 % besaßen (Reyes Posada 1997: 186). Die Landnahme – ausgeführt primär von paramilitärischen Gruppen in der AUC – vollzog sich parallel zu den Umwälzungen, die bereits der Bedeutungszuwachs des Bergbausektors und des modernen agroindustriellen Sektors verursachten. Insofern entwickelte sich seit den 1980er Jahren eine neue Landbesitzfraktion, die ihr Vermögen zunächst aus dem Kokainhandel

---

42 Krauthausen (2013: 302) und Hobsbawm (1983) erinnern daran, dass die Tradition und der soziale Aufstieg mittels Drogenhandels und anderer illegaler Wirtschaftszweige schon in der Zeit der *violencia* eine Rolle spielte, vor allem in den Kaffeeanbaugebieten Quindío und Risaralda.

und Smaragdschmuggel erwirtschaftet hatte, sich ungeheure Flächen aneignete und ihr Kapital zunehmend in legale Wirtschaftszweige investierte (vgl. u.a. Camacho Guizado 2006: 389; Estrada Álvarez 2010a). Anlagemöglichkeiten boten sich u.a. in der Immobilienwirtschaft und in einer massiven Bodenspekulation (vgl. hierzu Mondragón 2011). Über die Kapitalakkumulation aus legalen und illegalen Quellen konnten diese Kräfte die Produktionsbeziehungen verändern. Einen Teil der wachsenden städtischen Marginalbevölkerung, die weder in der Subsistenzwirtschaft noch in der städtischen Lohnarbeit unterkommt, bilden daher die *desplazados*; diese internen Flüchtlinge stellen enorme 10 % der Bevölkerung des Landes (UNHCR 2013). Zu den Departements mit den meisten Vertriebenen in Relation zur Bevölkerung gehören Chocó, Putumayo, Caquetá, die absoluten Zahlen sind in Antioquia, Bolívar und Magdalena am höchsten; vor allem in Chocó und Putumayo herrscht zugleich eine extrem hohe Ungleichverteilung von Land (CODHES 2005).

Anfang der 2000er Jahre repräsentierten die *narco-paramilitares* demnach mächtige gesellschaftliche Gruppen, die sich immer mehr auf nationaler politischer Ebene betätigten (Gutiérrez Sanín/Barón 2005: 22; vgl. Camacho 2011). Die eingenommene staatstheoretische Perspektive verdeutlicht die Zusammenhänge: Die Koka-Ökonomie beschleunigte die Ausdifferenzierung der Sozialstrukturen, „producing a propertied class (merchants, well-to-do peasantry, and cattle ranchers)“ (Richani 2002: 73) in Regionen wie dem Magdalena Medio, Bolívar, Antioquia, Ura-bá, Casanare oder Cesar. Es waren die Auslagerung von *counterinsurgency*-Aufgaben an Paramilitärs und deren Finanzierung aus der illegalen Ökonomie, die den Aufstieg einer neuen regionalen Fraktion der herrschenden Klassen ermöglichen (vgl. Aristizábal 2007: 71; Ávila Martínez 2010; López Hernández 2010b):

„Niemand erinnerte sich noch, dass die Familie Castaño [Mitbegründer der AUC] aus dem Innersten des Medellín-Kartells kam, niemand fragte mehr nach der *clase emergente*, niemand forschte nach den Gründen für das ungewöhnliche Wachstum des Drogenhandels und die Ausbreitung des Kokaanbaus in den Gebieten paramilitärischer Expansion. Das Etikett ‚gegen Aufständische‘ deckte alles zu.“ (Valencia 2007: 26).

Valencia spielt darauf an, dass die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, dazu diente, Kräfte aus dem Drogenhandel zu politischen Akteuren zu machen. Ihre soziale Akzeptanz stieg (Romero 2006: 368); die exzessive Gewalt gegen Zivilisten auf dem Land kam im offiziellen Diskurs praktisch nicht vor (vgl. Franco Restrepo 2009: 130f.).<sup>43</sup> Kamen die paramilitärischen Kommandanten zumindest zum Teil aus be-

43 In der öffentlichen und medial konstruierten Wahrnehmung von Gewalt nahm die Guerilla weiterhin eine zentrale – entpolitiserte – Täterrolle ein, obwohl paramilitärische Gruppen objektiv und quantitativ erwiesenermaßen mehr Gewalttaten verübten (Franco Res-

reits Land besitzenden, regional herrschenden Fraktionen und vertraten mit diesen übereinstimmende Interessen (Camacho Guizado 2009: 26), so kamen die mandos medios häufig aus den Mittelklassen kleiner Städte (Richani 2002: 56).<sup>44</sup> Die *narco-paramilitares* waren zudem keineswegs ausschließlich aufstrebende „weiße“ Mittelstandsangehörige; Paramilitärs und ihre Unterstützer kamen auch aus der afrokolombianischen Bevölkerung (vgl. La Silla Vacía 2011a).

Angesichts der gewandelten Zusammensetzung der Exporte wird zusätzlich nachvollziehbar, warum vor allem die Sektoren, die durch die Agrarunternehmer der SAC und den Viehzuchtverband FEDEGAN vertreten wurden, paramilitärische Gruppen gründeten, unterstützten und dabei mit der entstehenden sogenannten „Narcobourgeoisie“ kooperierten: Der Anteil der Agrarsektoren am BIP hatte sich in den 1980er und 1990er Jahren verringert (von 22 % 1980 auf 13 % 1998). Es mussten Schutzgelder an die Guerillas bezahlt werden (Richani 2002: 141f.). Ihre Unterstützung für die AUC „entspricht nicht nur dem unmittelbaren Interesse, Rennen und Besitz zu sichern“, sondern bezieht sich darauf, „dass sie ihre Position innerhalb der ökonomischen Strukturen des Landes in einer globalisierten Wirtschaft neu verhandeln“ und eine Agrarreform im Zuge möglicher Verhandlungen mit der FARC unbedingt verhindern wollen (ebd.: 143). Dafür spricht zudem, dass die gewaltsame Vertreibung der letzten Jahrzehnte den Großgrundbesitz praktisch nicht berührte. In 73 % der Fälle betraf die Vertreibung Minifundien von bis zu 20 ha Fläche, 26,6 % der Fälle betrafen mittleren Besitz ab 20 ha (PNUD 2011: 71). Zunächst ist die landesweite Ausweitung der paramilitärischen Strategie ab 1997 an Massakern wie in Mapiripán (Verdad Abierta 2011d) oder El Aro (González Uribe/CCAJAR 2010, Semana 2012a) festzumachen. Beide Orte waren strategische Knotenpunkte für die Landnahme im Südosten des Landes und machten die Kooperation zwischen Paramilitärs und staatlichen Kräften anhand logistischer Unterstützung überdeutlich; Bitten der Bevölkerung um ein Eingreifen bei staatlichen Stellen blieben unbeantwortet (Semana 2012b, zum Ablauf exemplarisch Verdad Abierta 2011c).<sup>45</sup>

---

trepo 2009: 120ff.); in den Medien wurde die exzessive Gewalt der para-staatlichen Kräfte häufig vergessen gemacht.

- 44 Das gilt für die *comandantes* Salvatore Mancuso aus den wohlhabenden Sektoren Córdoba und Carlos Castaño. Auch und Rodrigo Tovar Pupo („Jorge40“) stammt aus einer *familia dirigente* in Valledupar, César – anders Freddy Rendón Herrera im Chocó: Er und sein Bloque Elmer Cárdenas gehörten eher zur unteren Mittelschicht im Chocó (ein Sprichwort lautet „Hier sind Paramilitarismus und Staat genau dasselbe“) (Camacho Guizado 2009: 59). Ihm werden besonders grausame Massaker und Vertreibungen vorgeworfen; die Verbindungen zur Brigada XVII des Militärs war eng (vgl. HRW 2001).
- 45 Im Fall des Massakers von El Aro 1998 gestand der Paramilitär Francisco Villalba 2008 seine Verantwortung und sagte vor Kongress und Staatsanwaltschaft aus, der damalige

Gutiérrez (2009) zufolge ergibt sich die Interessenkonvergenz zwischen *narco-paramilitärischen* Kräften, Militär, Grundbesitzenden und Industriellen, weil sie bereits seit Anfang der 1980er Jahre in einem Klima der kriselnden Ökonomie, Verbündete‘ gegen eine wachsende soziale Mobilisierung und linke Bewegungen waren. Militärs konnten sich (als Institution und individuell) während und nach der *Frente Nacional* erhebliche Autonomie zusichern (Richani 2002: 57; vgl. Leal Buitrago 2006b), verfolgten aber nicht unbedingt ein eigenes politisches Projekt, wie der vergleichende Blick ins Argentinien oder Brasilien der 60er und 70er Jahre vermuten ließe, sondern war in großen Teilen eng in die gewaltvolle Landnahme eingebunden (inzwischen vielfach in Interviews und Gerichtsverfahren bestätigt, exemplarisch Semana 2012b; vgl. Romero 2006). Binnenmarktorientierte (wenn auch nicht integrativ-progressive) Fraktionen waren besonders seit der *apertura* gegenüber den Sektoren, die Akkumulationsstrategien im Besitz großer Landflächen verankerten, ins Hintertreffen geraten. Dabei fiel der strukturelle Druck der ökonomischen Öffnung mit dem von Gruppen inner- und außerhalb des Staates zusammen, die dem Washington-Konsens zugetan waren und den Industriesektor abbauten, und den Sektoren wie Viehzucht, die ihre Akkumulationsstrategien statt auf die Nahrungsmittelproduktion in kleinbäuerlichen Produktionseinheiten auf Investition in große Landflächen und zunehmend in die Förderung von Ressourcen gründeten (vgl. IV 4:009).

Die *narco-paramilitares* infiltrierten auch nicht als eine Art ländlicher „Elite“ mit quasi-feudalen Praktiken den Staat mafios von außen (Franco Restrepo 2009: 398), sondern die traditionellen herrschenden Klassenfraktionen vermengten sich teilweise mit den aufgestiegenen Sektoren und transformierte sich dabei. In der konkreten Konstellation ergaben sich nicht nur Konkurrenzverhältnisse. Insofern verschränkt sich die „Schattenökonomie“ nicht nur mit dem Großgrundbesitz, sondern auch mit der exportorientierten Wirtschaft und dem Finanzsektor und daher mit den dominierenden staatlichen Entwicklungsstrategien (Zelik 2009: 210; Palacio/Rojas wiesen darauf bereits 1990 hin). Zinecker (2004: 15) betont, dies sei kein „Ausdruck eines comebacks archaischer patrimonial-feudaler Strukturen“, sondern die traditionale Macht des Latifundium verbindet sich „beispielsweise im Ölpalmen- oder Schnittblumenanbau mit modernen Investitionsformen und Anbaumethoden“, so dass es nicht um eine Dichotomie zwischen „rückständigen“ und „modernen“ Kräften geht (vgl. u.a. Zelik 2009: 201; Estrada Álvarez 2010a).

So kann z.B. nicht mit Migdal (1988) argumentiert werden, bei Landbesitzenden und *clase emergente* handele es sich um gesellschaftliche Gruppen, die sich Modernisierungsprojekten des Staates entgegenstellten; im Gegenteil können sie

---

Gouverneur Antioquias, Álvaro Uribe Vélez, habe die Verbrechen veranlasst. Der Heli-kopter des Gouverneurs habe an den Tagen die Gemeinde überflogen. Villalba wurde nach seiner Haftentlassung 2009 ermordet (González Uribe/CCAJAR 2010).

auf Anforderungen des Weltmarkts und staatlich formulierte Entwicklungsstrategien hervorragend reagieren und treiben letztere voran. Eher trifft wohl die Argumentation von Hauck (2004a) zur Unterscheidung von Regulations- und Akkumulationssicherungsmacht zu. Der agarindustrielle Sektor beinhaltet die Kokainproduktion (IV 11:2). Doch trotz des enormen Wachstums der ökonomischen, politischen und militärischen Kraft mafioser Gruppen erhielten Fraktionen der traditionell herrschenden Klassen ihre Macht.

## Szenario 2002

Um die komplexen Kräftekonstellationen zu Beginn der Amtszeit Uribes zu verstehen, sind diese Verflechtungen und Ausdifferenzierungen der Sozialstrukturen grundlegend. Denn just im Kontext des Friedensprozesses um die Jahrtausendwende, an dessen kläglichem Scheitern jene Sektoren nicht unerheblich beteiligt waren, die sich durch die möglichen Ergebnisse einer Verhandlungslösung beeinträchtigt sahen, ließ sich der ehemalige Liberale Senator Álvaro Uribe Vélez als ersten unabhängigen Präsidentschaftskandidaten aufstellen. So ist offensichtlich, dass gerade traditionell einflussreiche Landbesitzer und Viehzüchter auf eine militärische Lösung des Konflikts setzten, während die außen-orientierten Handelsfraktionen eher den Konflikt als Bedrohung sahen und für einen Friedensprozess zunächst zu Zugeständnissen bereit waren (vgl. u.a. IV 4, IV11). Diese Haltung lehnten die über große Landflächen verfügenden Sektoren (z.B. SAC, FEDEGAN, AUGURA) vehement ab; sie sahen sich in ihrer Befürchtung bestätigt, „dass hauptsächlich sie die Kosten einer Einigung tragen würden“ (Richani 2002: 141), nämlich die von der FARC ein ums andere Mal geforderte Umverteilung von Land. Zu den Land besitzenden Gruppen zählten auch Militärs, denen vor allem militärische Verwaltungs posten sozialen Aufstieg erlaubten; Soldaten stammen häufig aus dem mittleren Segment der Land besitzenden Bauernschaft (ebd.: 57). Basis des folgenden Abschnitts, der die Positionierung unterschiedlicher Klassenfraktionen zur Regierungspolitik Anfang der 2000er Jahre skizziert, sind neben der ausgewerteten Sekundärliteratur Interviews, Zeitungsaufsätze und Positionspapiere, in denen z.B. explizit die Vorhaben der Regierung kommentiert werden.

In der schon unter IV.1 skizzierten Gemengelage war die paramilitärische Gewaltanwendung für jene Sektoren und den Staat funktional, da er von mehreren Seiten bedrängt, aber nicht verantwortlich für die Gewalt zu sein schien. Pastrana schien „nicht mehr Herr der Lage“ (Zelik 2006); die AUC wirkten wie ein dritter, autonomer Konfliktakteur.<sup>46</sup> Entsprechend lag die Unterstützung der Kapitalgrup-

---

46 Zelik (2006: o.S.) bringt das auf den Punkt: „Während die Regierung verhandelt, intensivieren wesentliche Teile des Staatsapparates die autoritäre Durchdringung der Gesellschaft. Zwischen 1999 und 2001 werden die meisten Massaker in der jüngeren kolumbianischen Geschichte verübt. Die politischen Differenzen zwischen der Regierung und den

pen (auch des Industrieverbands ANDI)<sup>47</sup> für den Friedensprozess Ende des Jahres 2000 nur noch bei 11 % der Befragten (Rettberg 2006: 223), hatte sich also innerhalb von 2 Jahren völlig umgekehrt. Uribes Versprechen, den „gescheiterten Staat wieder aufzubauen“, das Gewaltmonopol „wiederherzustellen“ (Uribe in El País 2002) – und zwar mittels der militärischen Option – traf daher im Vorfeld der Wahlen von 2002 auf eine breite Unterstützung städtischer unternehmerisch orientierter und Mittelklassefraktionen. Diese Generation der kolumbianischen Mittelklasse erlebte Ende der 1990er zum ersten Mal einen deutlichen Niedergang. Viele aus den mittleren städtischen Sektoren emigrierten nicht nur wegen fehlender ökonomischer Perspektiven, sondern auch, weil der bewaffnete Konflikt sie erstmals massiv traf. Das Straßennetz wurde so unsicher, dass die Hauptstraße zwischen den beiden größten Städten Bogotá und Medellín manchmal wochenlang nicht benutzbar war (Brittain 2007: 253; Pécaut 2004: 67 vgl. IV 18:012, IV 11). Die Kraft der neuen Rechten außerhalb der traditionellen Parteien<sup>48</sup> und die Polarisierung in der Bevölkerung war aber klassenübergreifend; besonders in ihren Vorstellungen über öffentliche Sicherheit waren vielfältige Sektoren nach rechts gerückt, geradezu radikaliert (vgl. IV 18:087, 099).

Entscheidend ist aber das nun immer stärkere Zusammenfallen von Interessen von Teilen des Staatsapparates, aufgestiegenen *narco-paramilitärischen* und den regionalen herrschenden Klassenfraktionen, die bereit waren ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen. Der Rückgriff auf extralegale Mittel durch Teile des Staates betraf den formaldemokratischen Wahlprozess: Neben der Gewaltwelle griffen die AUC 2002 massiv in diesen ein und unterstützten offen die Kandidatur Uribes. Von ihnen getragene regionale Kandidaten erreichten in einigen Landesteilen bis zu 90 % der Stimmen (Semana 2005a), wobei Wahllisten teilweise gefälscht und Gemeinderäte bedroht wurden.

„Die Busse [...] fuhren durch *barrios*, Dörfer und Gemeinden in San Onofre um Leute mitzunehmen. Das war für die Wahlen 2002, und einigen Einwohnern dieses Landkreises in Sucré zufolge wurden Hunderte Bauern bis zur Gemeinde Plan Parejo gebracht, um die Gesichter

---

AUC erweisen sich dabei als überaus funktional: Die Paramilitärs erscheinen nun, da sie echte Konflikte mit der Regierung (bzw. den Reformbefürwortern in der Regierung) haben, wirklich autonom. Sie können operieren, ohne dass der kolumbianische Staat unter Druck gerät. Ja, mehr noch: Der Eindruck, dass Präsident Pastrana nicht mehr Herr der Lage ist, wird zum wichtigsten Argument.“

47 Der ehemalige Präsident des ANDI, Fabio Echeverry Correa, unterstützte als Finanzchef die Kampagne Uribes.

48 Uribe trat ursprünglich gegen seinen ehemaligen Parteikollegen Horacio Serpa (Liberale) an und überholte diesen endgültig, nachdem die Regierung Pastrana den Friedensprozess Anfang 2002 für gescheitert erklärt hatte. Uribe kritisierte den Friedensprozess durchgehend.

der Kandidaten zu sehen, für die man in den Parlamentswahlen stimmen musste, Jairo Merlano für den Senat und Muriel Benito Rebollo für die Repräsentantenkammer. „Cadena tat die Namen aller Gemeinderäte in eine Tüte, zog zwei heraus und sagte, dass er sie und andere willkürlich ausgesuchte Personen töten würde, wenn Muriel nicht gewinne“, sagt ein Bauer des Ortes. Die Drohung schien wirksam zu sein: Jeder Kandidat bekam 40.000 Stimmen in ganz Sucre.“ (El Tiempo 2006b).

Die tragende Basis der Regierung Uribe (2002-2010) ist in der Verknüpfung seiner Koalition mit jenen Sektoren zu finden. Sie waren „das wirkliche Fundament für die Ausübung politischer Macht in diesem Land“ (IV 4:102). Grundlegendes und bekanntestes der Dokumente, die dies belegen, ist der zunächst geheim gehaltene Pakt von Ralito (Pacto de Santa Fe de Ralito 2001), mit dem im Jahr 2001 regionale Politiker der späteren Uribe-Koalition und führende AUC-Mitglieder eine „Neugründung des Vaterlandes“ vereinbarten, für die der Schutz von Privateigentum (z.B. der Schutz vor staatlicher Enteignung bei der Umverteilung von Land o.ä.) im Mittelpunkt stand (vgl. El Tiempo 2007a). Zu einer erweiterten Interessenallianz, die das autoritäre Projekt ab 2002 stützte, das auch auf die Transformation des Staates abzielte, lassen sich neben großen Teilen der Exekutive, der Legislative und Staatspersonal aus der Judikative mehrere Sektoren identifizieren (vgl. Franco Restrepo 2009): Die agrarisch-handelsorientierte Fraktion der alten Wirtschaftsverbände (FEDEGAN, Asocaña, SAC), aber auch der Industrieverband ANDI und der Finanzsektor, Unternehmensgruppen wie das Sindicato Antioqueño (GEA), die Grupos Ardila Lülle, Bavaria oder Sarmiento (ebd.; vgl. Rettberg 2006); transnationale Unternehmen, die sich inzwischen wegen direkter finanzieller Unterstützung des Paramilitarismus und Morden an Gewerkschaftern zum Teil international vor Gericht verantworten mussten (vor allem Öl- und Bergbauunternehmen wie Drummond oder BritishPetroleum) und private Sicherheitsunternehmern (Blackwater, DynCorp u.a.); die US-amerikanische Regierung hat dabei besonderes Gewicht. Weniger eindeutig ist die Haltung der Medien – einige (RCN-TV, *El Tiempo*) galten beinahe als Sprachrohre der Regierung, andere (z.B. *Semana* oder die in einem politischen Skandal eingestellte *Revista Cambio*) verfassten später die ersten kritischen Berichte über Verflechtungen der *narco-paramilitares* mit der Regierung (z.B. Semana 2007b; Valencia 2007). Relevant ist die durchweg positive Haltung des Militärs zum politischen Projekt Uribes (vgl. León 2011; Velásquez Romero 2011; HRW 2001; Ministerio de Defensa 2008). Die soziale Basis der *narco-paramilitares* in einigen Regionen brachte der Regierung ebenfalls Unterstützung entgegen (IV17:023, vgl. Acemoglu et al. 2009: 20; IV12).

Mit einer äußerst geringen Wahlbeteiligung von knapp über 40 % – mit in der ersten Runde 52,9 % der Stimmen wählte weniger als ein Viertel der Bevölkerung Uribe (Brittain 2007: 253) – gelang 2002 die Durchsetzung eines Kandidaten, der es gegenüber entscheidenden städtischen Bevölkerungssektoren verstand, sich als

eine Art Retter zu präsentieren. Dies konnte er auch deshalb, da er als unabhängiger Kandidat und nicht als Vertreter des Zweiparteiensystems antrat. Die neuen und alten landbesitzenden Sektoren gründeten nach den Wahlen, als deutlich war, dass das Zweiparteiensystem die sozialstrukturellen und politischen Brüche nicht mehr einhegen würde, neue Uribe-nahe Parteien wie Cambio Radical (im Jahr 2003 Colombia Viva, 2005 die Partido de la U).<sup>49</sup> Ihre ökonomische Macht übersetzte sich so in politische Artikulation auf Ebene des Zentralstaats (IV 11:2). Die Parteien wurden nicht von neuen Akteuren, sondern häufig von ehemaligen Mitgliedern der traditionellen Liberalen oder Konservativen Partei gegründet.

Die Interessenkonvergenz zwischen Teilen der mittleren und herrschenden Klassen, bewaffneten kapitalstarken Sektoren, Militär und Regierungsvertretern konstituiert ein politisches Feld, das die Optionen für progressiven Wandel und die Räume für einen Wiederaufbau des *tejido social* und eine friedliche Konfliktaustragung erheblich eingrenzt (vgl. Camacho Guizado 2009: 8ff.). Dennoch sind verstärkt horizontal organisierte soziale Bewegungen aktiv, deren politische Identitäten nicht parteigebunden sind und die sich außerhalb parlamentarischer Kanäle bewegen, mit neuen Aktionsformen und Forderungen wie der nach direkter Demokratie (Uribe Hincapié 2001: 135; Uribe/Corporación Jurídica Libertad 2009; IV3). 1996, noch vor dem Friedensprozess, mobilisierte die bäuerliche Bewegung zu landesweiten Demonstrationen gegen die militarisierten Besprühlungen von Koka-Feldern, die im kleinbäuerlichen Kontext oft gleichzeitig Kartoffel-, oder Bananenfelder sind. 1999 gründete sie den Consejo Nacional Campesino (vgl. Helfrich 2009). Offensichtlich sind die bäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Organisationsprozesse in Kolumbien so widerstandsfähig, dass sie weiterbestehen, obwohl sie mit selektiven Morden, gewaltssamer Vertreibung und Kriminalisierung konfrontiert sind. Ihre Organisationsstrukturen und Bewegungen waren allerdings zu Beginn der Amtszeit Uribes erheblich geschwächt.

#### **IV.2.2 Mexiko: Politische Krise und gesellschaftliche Kräfte**

Die gesellschaftliche Konstellation in Mexiko gestaltete sich 2006, zum Amtsantritt Felipe Calderóns, völlig anders als in Kolumbien. Calderón konnte weder die Mehrheit der (politisch aktiven) Bevölkerung hinter sich vereinen noch sich der Unterstützung der herrschenden Fraktionen sicher sein – obwohl letztere den gegen ihn antretenden als progressiv geltenden Kandidaten der PRD, Andrés Manuel López Obrador, klar ablehnten. U.A. stand von Beginn seiner Amtszeit an der Vorwurf des

49 Von diesen Parteien bestanden nur Cambio Radical und Partido de la U bei Ende der zweiten Amtszeit Uribes noch genauso; die anderen wurden aufgrund von „Unregelmäßigkeiten“, vielen im Gefängnis sitzenden Mandatsträgern etc. aufgelöst.

Wahlbetrugs im Raum. Wenn auch die Wirtschaftspolitik der PAN-Regierungen sich praktisch nicht von der vorangegangenen PRI-Regierungen unterschied, ist es nicht nur wegen der ‚Transition‘ zur Demokratie relevant, dass 2006 erneut ein PAN-Kandidat Präsident wurde, sondern wegen der internen Struktur der PAN, die ultrarechte Strömungen einschloss. Als regelrechte „Staatskrise“ (Nava Vázquez 2009) wurde die Konfliktkonstellation nach den Wahlen 2006 wahrgenommen, als die progressiven Kräfte um López Obrador das offiziell verkündete Wahlergebnis nicht anerkannten. Die *alternancia* hatte unter Fox nicht zur erhofften Demokratisierung geführt; vielmehr hatten sich „mit der Transition Machtbereiche geöffnet“ (SERAPAZ 2007: 1), um die nun unterschiedlich ausgerichtete Fraktionen der herrschenden Klassen rangen, auch innerhalb staatlicher Kernorgane und innerhalb der drei großen Parteien PRI, PAN und PRD. Oft schienen diese allerdings den Charakter partikularer Konflikte anzunehmen. Der irreguläre Wahlprozess fachte die Widersprüche noch an. Für die Kontextualisierung dieser Konstellation ist ein Blick auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen am Ende der ersten PAN-Amtszeit 2005/2006 vonnöten.

### **Lokale und globale Wirtschaft**

Bei genauerer Betrachtung ist die Einbindung der „zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas“ nach Brasilien (GTAI 2013) in den Weltmarkt von der Abhängigkeit von US-amerikanischen Expansions- und Rezessionszyklen noch immer mitbestimmt.<sup>50</sup> Sowohl die erwartete Steigerung von Exporten wie die ausländischer Direktinvestitionen traten nach Verabschiedung des NAFTA-Vertrags 1994 ein, nicht aber langfristiges Wachstum. Was das Volumen angeht, exportiert Mexiko sowohl weit mehr Primär- als auch verarbeitete Güter; tatsächlich verfünfachten sich zwischen 1994 und 2009 die Exporte (CEPALSTAT 2013a; Matthes 2012: 149). Die Außenhandelsbilanz mit den USA weist sogar Überschüsse auf (INEGI 2012a: 47, 56). Doch der Handel mit den USA machte nach einem Höhepunkt der Integration 1999 (81 % des gesamten mexikanischen Außenhandels!) 2007 nur noch 65,5 % aus. Die USA stellten zwar in der ersten Phase des NAFTA (1994-2000) ca. 75 %, 2009 aber nur noch die Hälfte der mexikanischen Importe, während die Importe aus China, die bis 2003 praktisch bedeutungslos waren, auf über 15 % anstiegen (Dusssel Peters/Gallagher 2013: 94). Trotz massiven Wachstums des Außenhandels insgesamt ist das Handelsbilanzdefizit dauerhaft und strukturell, die Leistungsbilanz negativ (CEPALSTAT 2013b). Ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union ist seit dem Jahr 2000 in Kraft; 42 weitere, meist bilaterale Freihandelsab-

---

50 Häufig wird wegen ihres Gewichts die wirtschaftliche Situation der USA (Wohlstandsentwicklung, Konsum, Sparquote, Kreditbedingungen) mit einbezogen, um die mexikanische Entwicklung adäquat beschreiben zu können.

kommen bestimmen insgesamt eine Extraversion Mexikos, die noch stärker ausfällt als die vieler anderer lateinamerikanischer Länder.

Dabei kehrte sich die Relation von Manufakturexporten zu Rohstoffexporten in der Exportstruktur um. Dass Mexiko einen beachtenswerten Teil des Exportwerts aus dem verarbeitenden Sektor generierte (obwohl diese sich von 84 % im Jahr 2000 auf 76 % der Exporte 2010 reduzierten und Hochtechnologien ihren Anteil daran verringerten) (Matthes 2012: 17 mit Daten von CEPAL und Weltbank), erklärt sich zum Teil aus den Re-exporten zusammengesetzter Produktteile, der Auslagerung von Teilen der Produktion (vor allem der *assembly*-Schritte) an einen Standort mit im Vergleich zu den USA extrem günstigen Lohnkosten. Transnational agierende Unternehmen nutzen die *assembly-line*-Produktion in Mexiko über die zahlreichen Freihandelsabkommen für den zollfreien Export zurück in die USA (GTAI 2013). Ein Großteil des Handels findet tatsächlich innerhalb US-amerikanischer Firmen statt; die 2.-5.größten Exporteure in Mexiko sind *assembly-line*-Tochterfirmen der US-Automobilhersteller,<sup>51</sup> der 6.größte Exporteur war 2009 Hewlett Packard (Arroyo Picard 2009: 20). Der große Anteil von Industriewaren an Exporten und BIP verzerrt nach Meinung einiger Autor/-innen den Eindruck von Mexiko als Industriestandort, da die Unternehmensgewinne häufig an die Mutterstandorte transferiert werden: Diese sektorial schwach vernetzte exportorientierte Industrie konnte kaum Motor für andere Wirtschaftszweige sein, blieb logischerweise ohne Multiplikatorenwirkung und generierte nur sehr geringe Steuereinnahmen (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 187; Heigl 2011: 141). Die wenigen Versuche einer Reaktivierung der anderen Industrieexporte zeigen ebenfalls, dass im Grunde eine (relative) Deindustrialisierung stattfand. Weder ist Mexiko eine Exportmacht im Bereich verarbeiteter Produkte (die interne Wertschöpfung liegt meist bei unter 10 %), noch sind komplexe Produktionsketten innerhalb Mexikos entstanden (vgl. Oliver Costilla/Castro Escudero 2005). Extrembeispiel für die geringe interne Verkettung ist nun gerade die Maquila-Industrie, die durchschnittlich seit Inkrafttreten des NAFTA nur 3,14 % ihrer Komponenten in Mexiko kaufte. Etwa 80 % der Exporte insgesamt sind von temporären Importen abhängig (Dussel Peters 2004: 69). Rechnet man die Maquila-Industrie heraus, lag das Handelsbilanzdefizit 2006 sogar bei 30 Mrd. US\$ (Gutiérrez Garza et al. 2009: 62).

Dagegen vergrößerte der Primärsektor seinen Anteil am Exportwert seit 1998 wieder kontinuierlich von 14,8 % 1998 auf 24,3 % 2006 (CEPALSTAT 2013a). Der Primärsektor hatte seine Beteiligung am BIP deutlich reduziert und zwischen 1990 und 2000 -8,0 % verloren; dieser Anteil stieg ab 2000 wieder an (Matthes 2012: 74). Mexiko ist neben Venezuela der größte Rohölexporteur Lateinamerikas und exportiert den Rohstoff hauptsächlich in die USA (78,67 %), einen kleineren Teil nach Kanada (3,05 %) und China (1,71 %) (Matthes 2012: 149). Der Fokus

<sup>51</sup> Auch 2012 gingen 86 % der in Mexiko produzierten Autos in die USA (GTAI 2013).

von ausländischen Direktinvestitionen auf die Rohstoffausbeutung intensivierte sich: Tatsächlich machten nach Zahlen der mexikanischen Regierung Investitionen in extraktive Industrien 2008 sogar 12,6 % der gesamten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus (in produktive/Maquila-Sektor immer noch 41,7 % und in Dienstleistungen und Handel zusammen 34,6 %) (Secretaría de Economía 2008: 19).

Das Gewicht des Finanzsektors in der mexikanischen Wirtschaft und fehlende interne Investitionen machen ausländische Investitionen zur Priorität. Obwohl der Anteil der ADI am BIP erwartungsgemäß mit dem NAFTA stieg, blieben diese sehr volatil und fielen zunächst ab 2001/02 wieder ab, sind aber zentral für die langfristige Wirtschaftsstrategie. Sie ist in den Freihandelsverträgen und eigenen Abkommen über Investitionsgarantien und -anreize niedergelegt. Zugleich expandieren mexikanische Unternehmen im Ausland in der Lebensmittelindustrie (der Backwarenhersteller Grupo Bimbo in die USA, Anteile von Coca-Cola in Brasilien) und im Bankensektor (in Spanien); der Zementhersteller CEMEX ist weltweit aktiv (vgl. u.a. Alba Vega/Labézée 2012; CEPAL 2011a: 41).

Profitieren konnten von NAFTA große importierende Agrar- und Lebensmittelunternehmen und große exportorientierte Obst- und Gemüseproduzenten, deren Anteil an der Bevölkerung gering ist (Arroyo Picard 2009: 35). Insgesamt verringerten sich landwirtschaftliche Anbaufläche und Produktionsanteil am BIP erheblich (von 1997-2006 beläuft sich der Verlust genutzter Ha Land auf 2,03 Mio. Ha, ebd.), beschäftigt aber weiterhin fast so viele Menschen wie die verarbeitende Industrie (INEGI zit. in GTAI 2013). Dennoch expandieren inzwischen wieder der großflächige Maisanbau (von 19.000.000 t 2005 auf 23.513.000 t 2007) (Matthes 2012: 66) und der Zuckerrohranbau; Mexiko ist weiterhin einer der ersten Maisproduzenten, aber auch der -importeure (INEGI 2012a: 24): Die eigene Produktion wuchs langsamer als die Importe, die zwischen 1994 und 2006 um 250 % stiegen (im Vergleich wuchs die eigene Produktion um 17 %) (Arroyo Picard 2009: 33). Ab 1998 erhob die Regierung keine Schutzzölle für Mais- und Bohnenimporte mehr, reduzierte aber auch landwirtschaftliche Subventionen.

Wie bereits unter III.2 angerissen, stehen sich in einer nun wesentlich polarisierten Produktionsstruktur wenige hochtechnologisierte Großunternehmen mit Produkten für den Weltmarkt und günstigen Arbeitskräften und eine Menge kleiner und mittlerer Unternehmen mit Produkten für den Binnenmarkt gegenüber, deren Zugang zu Krediten und Kapital erschwert ist (vgl. ausführlich Imhof 2003: 108). (Re-)privatisierungen und Liberalisierungen im Bankensektor führten zu einer vollen Verkehrung der Eigentumsstrukturen und Konzentration, hielt doch Anfang der 1980er Jahre der Staat noch 66 % des Kapitalstocks der Banken selbst (Alarcón/Hierro 2010: 186; Imhof 2003: 94; Marichal 1997: 29). Aus der Privatisierungs politik gingen neue Unternehmensgruppen hervor, z.B. die Carlos Slims (ursprünglich aus dem Grupo Monterrey). Unterschiedlichste Quellen sind sich einig über

eine enorm konzentrierte Eigentümerstruktur (so etwa Alarco/Hierro 2010; Imhof 2003; GTAI 2013; Díaz Cayeros 2012).<sup>52</sup> Dem Konzentrationsprozess einerseits schloss sich andererseits die Verflechtung binnenmarktorientierter Unternehmen mit transnationalen Konzernen an. Unter den zehn Unternehmen mit dem größten Umsatz befinden sich daher solche mit großer ausländischer Beteiligung wie Walmart-Mexico, Ford Motor Company und General Motors de Mexico (Liste in GTAI 2013). Bergbau (Kohle, Gold oder Silber) teilen zum einen die Konglomerate Grupo México, Peñoles und Grupo Frisco, zum anderen ausländische Unternehmen vor allem kanadischer Herkunft unter sich auf (CEPAL 2011a: 31). Die Beteiligung der größten Unternehmen am BIP stieg um die Zeit des Amtswechsels 2006 an: Die ersten 100 Unternehmen machen 22,9 % des BIP aus; 2007 erbringen die größten 5 Unternehmensgruppen allein 10,7 % des BIP, die ersten 10 *grupos* zusammengekommen 14,1 % (Alarco/Hierro 2010: 186).<sup>53</sup> In absoluten Zahlen ist die Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen mit 2007 gut 1,5 Mio. festen Arbeitsplätzen zwar relevant, liegt aber nur bei 3,5 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung (ebd.: 186).<sup>54</sup> Interessant bleibt, dass sich unter den größten Unternehmen des Landes noch immer einige (teil-)staatliche Unternehmen (PEMEX, CFE, Flughafen Mexico-Stadt) befinden; so liegt das theoretische Monopol über die Ölförderung bis 2015 bei der staatlichen PEMEX. Ein kompliziertes Netz an Tochterfirmen ist allerdings privatisiert und bereits international tätig; ein umfassendes Privatisierungs-

52 Die bekannten Unternehmenskonglomerate sind Grupo México (Bergbau, Bahn), Grupo Televisa, die Hotelkettenbetreiber Grupo Posadas (Eigentümerin der Mexicana-Fluggesellschaft), die Bergbaugruppe Grupo Bal mit Peñoles/ Palacio de Hierro/ GNP, der weltweit größte Coca Cola-Franchisenehmer FEMSA mit der Einzelhandelskette Oxxo und der Cervecería Cuauhtémoc Moctezuma, die Grupo Alfa (Autoteile, Chemie, Nahrgutmittel, Telekommunikation), die Finanzgruppen Banamex-Accival, Banorte, der Mais- und Lebensmittelproduzent Grupo Maseca, der börsennotierte Getränkehersteller Grupo Modelo, Vitro, der Backwarenhersteller Bimbo (Familie Servitje), Kupferproduzent German Larrea Mota, Miteigentümer des Bergbaukonzerns Grupo México und der Kinokette Cinemex, Haushaltswarenhersteller und Einzelhandelsgruppe Grupo FAMSA, die Gruppe CEMEX/Zambrano (Zement, Baustoffe) und die Grupo Elektra, Telekommunikationsnetze und Fernsehen des Milliardärs Salinas Pliego (vgl. Alarco/Hierro 2010; GTAI 2013).

53 Dann nimmt der Anteil am BIP rasch mit der Größe der Unternehmen ab: Nummer 11-21 der 100 größten Unternehmen machten nur noch 3,4 %, 21-30 2,5 % aus (ebd.).

54 Auch im verarbeitenden Sektor, der doch während des NAFTA wuchs, konstatiert Arroyo einen Nettoverlust von Arbeitsplätzen um 14,8 %, was er einerseits durch die spektakulär gestiegene Produktivität erklärt, andererseits daran liegt, dass die Arbeitsplätze in transnationalen Konglomeraten eben nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zulieferbetrieben nach sich ziehen, sondern in den eigenen Tochterfirmen an anderen Orten (2009: 39f.).

vorhaben wurde bereits vor 2006 im öffentlichen Diskurs immer präsenter und 2014 verabschiedet (CEPAL 2011a: 41; GTAI 2013).

War die soziale Ungleichheit während der Importsubstituierenden Industrialisierung langsam, aber stetig gesunken, schnellte sie zwischen 1984-1989 parallel zur wirtschaftlichen Umstrukturierung und dem Umbau der Wirtschaftsgruppen nach oben. Zwischen 1994 und 2006 konzentrierten sich die Einkommen noch einmal stärker in weniger Händen. Im lateinamerikanischen Vergleich steht der Gini-Indikator für Einkommensverteilung bei 0,52 im Jahr 2005 kurz vor Calderóns Amtsübernahme im Mittelfeld (CEPALSTAT 2013a).<sup>55</sup> Laut Finanzministerium (zit. in La Jornada 2007a) verfügten zu Beginn der Amtszeit die ärmsten 10 % der Bevölkerung über 1,1 % der Einkommen, die reichsten 10 % über 39,6 % des Einkommens (1984 waren es noch 32,7 % (Dussel Peters 2004: 71)). Etwa 50 % lebten unter der Armutsgrenze; 19 Mio. konnten sich nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgen.<sup>56</sup>

Das Freihandelsregime schuf nicht mehr oder bessere Arbeitsplätze: Weder konnten neu geschaffene Arbeitsplätze die Nachfragelücke schließen, noch beinhaltet die Mehrheit eine Sozialversicherung; fast die Hälfte der formell entlohnten Arbeitsplätze beinhaltet keinerlei weitere Leistungen (Arroyo Picard 2009: 39). Der mexikanische Mindestlohn büßte seit Mitte der 80er Jahre bis zu 79,11 % seiner Kaufkraft ein (Centro de Análisis Multidisciplinario 2012). Am Arbeitsmarkt stieg die Beteiligung von Frauen von 36 auf 45 %. Die offene Arbeitslosigkeit scheint in Mexiko nach offiziellen Zahlen relativ niedrig (unter 7 % bei städtischer Bevölkerung über 15 Jahre) (CEPAL 2011b: 25), wobei informeller Sektor und Emigration offensichtliche Ventile sind: Fast immer erklärte laut CEPAL (2011b: 43) der wachsende informelle Sektor inzwischen die Erhöhung der Beschäftigungszahlen. Etwa 50 % der Beschäftigten arbeiten informell (ebd.: 24). Auch der schwindende landwirtschaftliche Ertrag angesichts günstiger Importe leitete einen neuen Emigrations-Schub ein: 575 000 Mexikaner pro Jahr migrierten in die USA, mehr als je zuvor – allein in der Präsidentschaft Fox' 3,4 Mio. Menschen. *Remesas* (3,673 Mrd. US\$ 1995, 23,97 Mrd. 2007) sind die zweite Devisenquelle des Landes (INEGI

---

55 Laut PNUD (2010: 27) lag der Gini-Index 2006 bei 0,49. Eine CEPAL-Studie (Cortés 2010: 16–22) erklärt den angeblichen Rückgang der Einkommensungleichheit hauptsächlich mit der geringeren Teilnahme des obersten Dezils an der Statistik (zu dem diese Definition bereits Selbständige, Lohnabhängige, Staatsbedienstete und Händler der oberen Mittelschichten zählt). Ist dies richtig, so wären die staatlichen Zahlen unzuverlässig.

56 Die CEPAL setzt die Zahlen hier niedriger an; 2006 misst sie einen Anteil von 31,7 % resp. 8,7 % der Bevölkerung (CEPALSTAT 2013a). Werden Haushaltseinkommen zur Grundlage gemacht, so ist ihre Erhöhung häufig nicht Ergebnis eines höheren pro-Kopf-Einkommens, sondern Resultat der höheren Anzahl arbeitender Haushaltsteilnehmer (vgl. Bayón 2008). Bei hohen Einkommen ist der in Steuerparadiesen angelegtes Kapital nicht berücksichtigt, so dass die Einkommensungleichheit höher sein müsste (vgl. Kar 2012).

2008: 42, 2012c: 34); die Ausgaben aller Sozialprogramme zwischen 1995 und 2006 liegen erheblich unter den *remesa*-Zuflüssen. 2007 machten *remesas* für Mexiko aber trotz der hohen absoluten Zahlen nur etwa 2,3 % des BIP aus (CEPAL 2011b: 14).<sup>57</sup> Michoacán ist der Staat mit den meisten Emigranten, die 2005 etwa 2,6 Mrd. US\$ *remesas* zurück sandten (Maldonado Aranda 2012: 23). Der Rhetorik von einem Freihandelsvertrag, der durch Investitionen in die Landwirtschaft die Migration in die USA dämpfen sollte, steht also die hohe soziale Ungleichheit und der Verlust von Arbeitsplätzen entgegen (von etwa 7,5 Mio. 1998 auf etwa 6,1 Mio. 2006) (Arroyo Picard 2009: 33).

Das Modell verstärkte zudem massiv regionale Ungleichgewichte: Der südliche Bundesstaat Chiapas z.B. verschlechterte sein Po-Kopf-Einkommen im Verhältnis zu dem in Mexiko-Stadt von 1980 46 % auf 16,4 % im Jahr 2000 (Dussel Peters 2004: 72). Cluster der Maquila-Industrie sind entlang der US-Grenze zu finden, aber auch in der Nähe von Mexiko-Stadt; das Dreieck Monterrey-Saltillo-Monclova gilt als Stahl- und Metallzentrum, Erdölförderung erstreckt sich von Tamaulipas bis nach Tabasco am Golf von Mexiko (GTAI 2013). Auch die ADI konzentrieren sich zu 90 % auf Mexiko Stadt, den Estado de México und die nördlichen Grenzregionen inklusive Monterrey. In die fünf marginalisierten Staaten mit großer indigener Bevölkerung wie Guerrero, Chiapas, Oaxaca fließt weniger als 1 % der Investitionen (INEGI 2012b: 605).

Wohl aber entstanden mit dem strukturellen Wandel neue Fraktionen der herrschenden Klassen, u.a. ein außenorientierter produktiver Sektor; ein drastischer Wandel vollzog sich bereits bis Beginn der 1990er Jahre (Cortés 2010: 24). Wesentlich ist der Einfluss der sogenannten *neobanqueros*, etwa 0,2 % der Bevölkerung, deren Kapital schon 1994 etwa 51 % des BNP ausmachte (Marichal 1997).<sup>58</sup> Die *neobanqueros* waren schon in den 90er Jahren eine kleine Gruppe mit PRI und PAN eng verbundene Unternehmer mit Anteilen an Banken und vielfältigen Investitionen.<sup>59</sup> Mit ihnen konsolidierte sich eine unternehmerische, nach Norden orien-

57 Für Kolumbien machen die *remesas* in absoluten Zahlen wie zu erwarten weit weniger aus (4,5 Mrd.), stellen aber einen ähnlichen Anteil des BIP (2,2 %) (CEPAL 2011b: 14).

58 Die Gewinne dieser Personen waren 1993, als NAFTA unterzeichnet wurde, größer als alle staatlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheitsversorgung, Umweltprogramme und Sozialinvestitionen (ebd.).

59 Die 37 *Hombres de Negocios* des CMHN üben massive Kontrolle über einen großen Teil der mexikanischen Wirtschaft aus und sind mit transnationalen Finanzgeschäften und Unternehmen eng verflochten; sie halten aber auch den größten Teil der internen Schulden des mexikanischen Staates und akkumulierten durch den Kauf und Verkauf von Staatsanleihen (public debt obligations) hohe Gewinne, da die Zinsraten, die der mexikanische Staat in den 80er Jahren zahlte, bei um die 50% lagen (Marichal 1997: 29). Der Staat verlängerte so die internen Schuldfristen mit dem Versprechen enormer Gewinne. Cemex,

tierte, transnational vernetzte Fraktion der herrschenden Klassen, die Aufsichtsräte kontrollieren, in den USA leben oder studiert haben und damit relativ gut vernetzt sind (vgl. Ai Camp 2002: 248). Die wichtigsten wirtschaftlich einflussreichen Verbände, die in den letzten 30 Jahren die Politik maßgeblich mitbestimmt haben, sind der Unternehmerrat CCE und darin die kleine Gruppe der *Hombres de Negocios* (CMHN), die bereits maßgeblich den Freihandelsvertrag NAFTA vorangetrieben hatten. Für die Arbeitgeberorganisation COPARMEX und den CCE, die traditionell „staatszentrierte“, „protektionistische“ Politik kritisiert und Freihandel verteidigt hatten, fiel die Liberalisierung mit ihren ureigensten Positionen zusammen. Bemerkenswert ist dabei trotz aller Veränderungen die auf Familiennetzwerke ausgerichtete Eigentümerstruktur der großen Unternehmensgruppen, die sich mittels persönlicher, familiärer Beziehungen und über informelle Kanäle reproduzierten (vgl. Alarco/Hierro 2010: 180ff.; Ai Camp 2002: 30ff.). Ihre Verbindungen zur jeweiligen Regierung sind meist eng. Mittelständische, binnenmarktorientierte Industrieunternehmen in der CANACINTRA hingegen waren eher negativ vom Umbau betroffen; deren Führungsetagen passten sich jedoch den Projekten des CCE an (Fairbrother 2007) und unterstützten die Wahl Calderóns ebenso wie der CCE.

Während die Entwicklungsstrategie, die u.a. über den Freihandelsvertrag und die Maquila-Industrie eine größere Integration in globale Produktionsnetzwerke suchte (Hesketh 2010: 402), einerseits zu einer relativen Deindustrialisierung führte, erleichterte die Umstrukturierung andererseits, etwa durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, den Freihandelsvertrag und das wachsende Gewicht fiktiven Kapitals, bedeutende Waren- und Geldflüsse der illegalen Ökonomie. Diese konnte in Mexiko angesichts der Übernahme von neuen Positionen in der Produktions- und Vermarktungskette erheblich höhere Gewinne erwirtschaften und massive Investitionen tätigen (Kap IV.2). So verfünfzigfacht (!) sich laut UNODC (2012 zit. in ICG 2013: 7) der Preis für Kokain an den Stellen der Produktionskette, die mexikanische Netzwerke mindestens mitkontrollieren (Handel, Vermarktung, Verkauf). NAFTA lieferte Anreize, illegales Kapital nach außen zu verlagern; illegale Kapitaltransfers aus Mexiko stiegen stark an (Kar 2012: 10).<sup>60</sup> Die Anlagen – legale wie illegale – gehen prioritär in die USA, an zweiter Stelle stehen karibische Offshorezentren wie Bahamas, Bermuda, Cayman Inseln, Curaçao, Panama oder die Niederländischen

---

Telmex, oder Televisa haben Anteile oder Kredite erhalten, verkauft von Goldman Sachs, JP Morgan, Citibank. Slim Helú gehört z.B. Carso-Inbursa 1996, sein Cousin Alfredo Harp Helú hält Anteile von Banamex; Familie Garza-Sada/Garza aus Monterrey kontrollierten in den 90er Jahren Bancomer, Lorenzo Zambrano dominiert Cemex; Lorenzo Servitje, der die Backwaren Bimbo vertreibt, gehört ebenfalls zum CMHN.

60 Zwischen dem Inkrafttreten des NAFTA-Vertrages 1994 und 2010 gab es offensichtlich grenzüberschreitende Transfer illegalen Kapitals aus Mexiko im Gesamtwert von mindestens 561 Mrd. US\$. Allein 2010 wurden 68 Mrd. US\$ errechnet (Kar 2012: 33, 5).

Antillen; auch in den europäischen Offshorezentren (Guernsey, Isle of Man, Jersey, Luxembourg, Schweiz) und in Bankengruppen in Frankreich, Deutschland und dem United Kingdom ist mexikanisches Kapital angelegt (ebd.: 45).<sup>61</sup> Maldonado (2012: 7f.) verortet beispielsweise den Boom des Drogenhandels und dessen massive Konsequenzen in Michoacán, Sinaloa und anderen Regionen im Kontext neoliberaler Reformen. Tourismusprojekte, für staatlich-wirtschaftlichen Strategien seit den 80er Jahren zentral, bezeichnet Lupsha (1996: 42) als besonders einfache Investitionsbereiche für illegales Kapital; u.a. etablierte Mexiko nach dem Vorbild der US-Immobilienfonds sogenannte Fideicomisos de Infraestructura y Bienes Raíces (FI-BRAS), die Großinvestitionen in Tourismusprojekte kanalisieren sollen, letztlich aber die Eigentümerstruktur verschleieren (CEPAL 2008: 129), so dass die Beteiligung von Kapital aus der illegalen Ökonomie kaum nachzuvollziehen ist.<sup>62</sup>

In Michoacán kollabierte unter Druck billiger Lebensmittelimporte viele kleinere landwirtschaftliche Unternehmen; Gewinne wurden angesichts des Preisverfalls nicht reinvestiert, die Regierung Salinas öffnete den landwirtschaftlichen Sektor für ausländische Investitionen und entzog ihm zugleich staatliche Finanzierung, was zu einer Unterkapitalisierung des Sektors und dem systematischeren Umschwenken kleiner Bauern auf Drogenanbau und zur verstärkten Emigration führte (vgl. Maldonado Aranda 2010b: 434f.). Auch regionale Kapitalfraktionen waren betroffen, und zum einen stützten Investitionen aus der illegalen die legale Ökonomie bzw. bot umgekehrt die illegale Ökonomie Anlagemöglichkeiten, die in der regionalen Wirtschaft nun fehlten. Interessanterweise konstatieren Díaz Cayeros (2012: 8) oder Maldonado (2012: 16), ähnlich wie in Kolumbien habe die administrative Dezentralisierung eines Teils der Budgetverwaltung neue Zugriffspunkte für regionale Unternehmen auf die regionale Politik geschaffen, und zugleich konnten *caciques* und illegale Akteure ihren Einfluss und den Spielraum für lokale Arrangements und Allianzen ausweiten:

„die Beziehungen zwischen traditionalen Familien, Politikern und ‚narcos‘ werden sehr unscharf, vor allem wenn die gesellschaftliche Ordnung von freundschaftlichen und verwandschaftlichen Netzwerken abhängt.“ (ebd.: 23).

61 In die karibischen Steuerparadiese gingen 2002 2,7 Mrd. US\$, 2010 bereits 5 Mrd. (ebd.: 5). Durchschnittlich waren das insgesamt jährlich 3 Mrd. US\$ in den 70er Jahren, 17,4 Mrd. US\$ in den 90er Jahren und 49,6 Mrd. US\$ in den Jahren ab 2000. Die Transfers seien von 3,8 % des BIP in den 70ern auf 6,1 % des BIP in den 80ern gestiegen, dann wegen des starken allgemeinen Wachstums auf 4,8% des BIP gefallen. Ab 2000 machten die Transfers wieder bis zu 6,1 % des BIP jährlich aus (Kar 2012:10).

62 So flossen in das Großprojekt Mayakoba in Quintana Roo im Segment Luxus-Öko-Tourismus mit Baubeginn 2007/2008 etwa 1,6 Mrd. US\$ (CEPAL 2008: 131).

Soziale Mobilität über den illegalen Handel war also in Mexiko ebenfalls in großem Maß möglich und bietet vor allem seit der Handelsliberalisierung der 1980er Jahre Möglichkeiten. Ähnlich wie in Kolumbien sind die Angaben über Finanzierungsquellen von Investitionen vage (vgl. Alarco/Hierro 2010: 192), so dass die Grenzen zwischen legalem und illegalem Sektor fließend sind; häufig sind die Konglomerate familiengeführt (vgl. Astorga 2007). Angesichts einer diversifizierteren Wirtschaft und größeren Industrie scheinen diese Kräfte insgesamt nicht wie in Kolumbien ins Gewicht zu fallen – zudem war die gewaltsame Aneignung von Land für einen Aufstieg mittels der Transit-Ökonomie nicht zentrales Element. Der Anbau oder die gewaltförmige Regelung von Eigentumsrechten verschwanden dennoch nicht. Relevant ist das deshalb, da zwar die Verschränkungen zwischen staatlichen Stellen und illegaler Ökonomie in Mexiko ebenfalls einer Veränderung unterlagen, wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird, die dortigen Kräftekonstellationen aber kaum dem raschen Aufstieg der kolumbianischen „*narco-paramilitärischen*“, mit Landbesitz verbundenen Fraktionen ähneln. Trotzdem gab es in Mexiko eine Modifizierung der Sozialstrukturen dahingehend, dass die mit dem Drogenhandel verbundenen Sektoren einen Aufstieg erlebten und ihre Stellung nicht mehr der untergeordneter Unternehmenssektoren entspricht. Auch wenn unterschiedliche Stellen unterschiedliche Schätzungen über die Gewinne aus dem US-Markt herausgeben (sie reichen von 18 bis 60 Mrd. US\$ jährlich (ICG 2013: 7)) und das Instituto Mexicano para la Competitividad IMCO (Hope/Clark 2012) sogar davon ausgeht, dass der Großteil der Gewinne in den USA verbleibt, stellen sie wichtige gesellschaftliche Kräfte dar. Mehrere Autor/-innen unterstellen die Unterstützung der Regierung Fox (und ebenfalls Calderóns) für eine spezifische Gruppe, das Sinaloa-„Kartell“, das seit 2000 gestärkt werde (vgl. Hernández 2010; Reveles 2010). In jedem Fall bedeuten die Transformationen des politischen Felds seit Ende der 90er Jahre Veränderungen für das Verhältnis zwischen dem Staat und der illegalen Ökonomie und deren interne Machtstrukturen (vgl. hierzu Astorga 2007). Fox bereitete seinem Nachfolger den Diskurs: Bereits 2001 verknüpfte der Sicherheitsberater Aguilar Zinser Strafdelikte mit der „Nationalen Sicherheit“, erklärte sie also zum Zuständigkeitsbereich des Militärs und sprach von „neun unregierbaren Zonen“, in denen die Kontrolle durch die „Delinquenz“ besonders bekämpft werden müsse (zit. in Boris/Sterr 2002: 14).

## Szenario 2006

Die Rückkehr der PRI schien nach einer einzigen Amtszeit der PAN unmöglich. In Finanzministerium und Zentralbank erhielten sich (PRI)-Ökonomen aus der Zeit des Umbaus ihren wichtigen Einfluss auf Regierungsentscheidungen, und eine Gruppe um den Ex-Präsidenten Zedillo mit Vertretern der Banken BBVA Bancomer und Banamex unterstützte Calderón (Hernández Vicencia 2006: 638). Für den engeren Zirkel Calderóns und Netzwerke des Staatspersonals spielten offensichtlich

ihre in den privaten Universitäten geknüpfte Kontakte eine Rolle (vgl. Ai Camp 2002: 40ff.).

Als Sprachrohr des CCE fungierte 2006 der Consejo de Comunicación, als die Interessen von Regierenden und CCE in einer gemeinsamen Medien-Kampagne gegen den Kandidaten der PRD zusammenfielen. Letztlich ist die Konvergenz zwischen staatlichen Apparaten, Regierungszirkeln und Unternehmerverbänden nicht von der Hand zu weisen, die sich nicht nur legaler Mittel bedienten um einen Kandidaten zu verhindern, den zentrale Wirtschaftsgremien (CCE, CANACO, CMHN) wiederholt als „Gefahr für Mexiko“ (El Economista 2011b) bezeichneten. Im Klima dieses höchst aggressiven Wahlkampfs missglückte es der Regierungspartei aber, López Obrador (PRD) gerichtlich als Präsidentschaftskandidat auszuschließen bzw. ihn zu diskreditieren. Entscheidende Teile der städtischen Mittelschichten, Arbeiter/-innen, informell Beschäftigten gruppierten sich um den Kandidaten der PRD als scheinbar einziger Möglichkeit einer tatsächlich demokratischen Transition (vgl. Aziz Nassif 2009: 36; Sterr 2008).

Nicht einmal innerhalb der PAN war der Kandidat Calderón unumstritten, überholte dieser als Vertreter der ‚alten‘ religiösen PAN doch Fox' Wunschkandidat Santiago Creel aus dem pragmatisch-unternehmerischen Umfeld der Rechten (*,bárbaros del norte‘*). Innerhalb der PAN konnte die organisierte Rechte um die Grupo Guanajuato und Geheimbünde wie El Yunque in den Jahren ab 2000 Führungspositionen besetzen und liberale Strömungen der Partei marginalisieren;<sup>63</sup> diese ultrarechten Gruppen brachten Unternehmer, Oppositionspolitiker und Klerus in personalisierte Netzwerke zusammen. In einem Kontext der erstarkenden radikal Rechten in regionalen politischen Entscheidungszentren und immer mehr auf Bundesebene, war es weder Fox noch der PAN-Führung gelungen, breitere Übereinstimmungen und Pakte zu konsolidieren (Hernández Vicencia 2006: 645). Die traditionellen PAN-Mitglieder, für die Calderón steht, sind allerdings nicht minder ultrakonservativ. Rund ein Drittel der PAN gehört radikal rechten (Kirchen-)Organisationen an (Hernández Vicencia 2006: 643). Nach anfänglichen Konflikten trugen klerikal-rechts orientierte Gruppen wie El Yunque Calderóns Kandidatur offensichtlich mit (Calderón: „ich werde mich jetzt mit Espino koordinieren...“), so dass beispielsweise der PAN-Vorsitzende Espino und nicht Calderóns Gruppe die Verhandlungen

63 Langfristig hatte der ‚Yunque‘ gesellschaftlichen und politischen Spielraum einerseits durch öffentlich agierende Organisationen wie die Frente Universitario Anticomunista, konservativ-unternehmerische Organisationen (Comité Nacional Pro-Vida, Desarrollo Humano Integral y Acción Ciudadana, Asociacion Nacional Cívica Femenina) gewonnen, andererseits ist eine Umstrukturierung von innen von Organisationen wie der Arbeitgeberorganisation COPARMEX nicht von der Hand zu weisen (Hernández Vicencia 2006: 643). Die Positionen sind tendenziell rassistisch, sexistisch (vehemente Ablehnung von Abtreibungen etc.), antikommunistisch-klerikal.

um die Abgeordnetenlisten führte. Calderón repräsentiert daher insgesamt ein gesellschaftliches Segment, das von der Wirtschaftspolitik seit 1982 profitierte, ideologisch aber zur wachsenden politischen Rechten zu zählen ist (vgl. Einschätzungen SERAPAZ 2007: 3; Rodríguez Rejas 2010b; Dawson 2011). Obwohl die beiden Kandidaten unterschiedlichen Interessengruppen innerhalb der PAN angehörten, gab es jedoch keine ernsthaften programmatischen Unterschiede, und die Flügelkämpfe waren weder in der PAN noch in der PRI ein Ringen um tatsächlich alternative Projekte (Nava Vázquez 2009: 203). Die Bearbeitung von sozialer Ungleichheit und Armut spielte praktisch keine Rolle. Die allermeisten

„PANistas [...] promised economic growth based on open markets and more investment, along with a culturally reactionary, sectarian agenda based on moral renovation, family values and honesty in government.“ (Dawson 2011: 67; vgl. Delgado 2003).

Gemeinsamer Nenner vieler PAN-Mitglieder sind Handel und Dienstleistungsunternehmen; sie haben aber nicht die gleichen Druckmittel wie große Konglomerate, die Finanzmarktaktivitäten und produzierenden Sektor integrieren, und sind zwar in der Arbeitgeberorganisation COPARMEX gut vernetzt, doch kein Mitglied der 2006 entscheidenden Parteimitglieder, die in die Staatsapparate kamen, gehörte dem CMHN o.ä. an (vgl. zu dieser Einschätzung ebd.: 648f.). Der Nähe der PAN zu den herrschenden Fraktionen tut dies keinen Abbruch.

Die Wahl am 02. Juli 2006 geriet selbst zum Konfliktfaktor. Die Wahlausichtsbehörde IFE verkündete erst nach knapp zwei Monaten und zahlreichen Anzeigen wegen Wahlbetrugs den offiziellen Wahlsieg Calderóns um 0,56 Prozentpunkte und weigerte sich, eine zweite Auszählung vorzunehmen. Als López Obrador und Anhänger der PRD, der Arbeitspartei (PT) und Convergencia das offiziell erklärte Wahlergebnis nicht anerkannten und wegen Wahlbetrugs eine Neuauzählung der Stimmen forderten, entzogen ihnen Unterstützer wie der Unternehmer Carlos Slim, der kurzzeitig seine Sympathie erklärt hatte, rasch die Basis und bedauerten die „Radikalisierung und Schwächung“ der Linken (El Economista 2006).<sup>64</sup> 47 Tage lang hatte die progressive Koalition eine der Hauptstraßen Mexiko-Stadts blockiert und den Verkehr lahmgelegt; López Obrador erklärte sich zum „legitimen Präsidenten“.

Zugleich gab es Spaltungen sowohl innerhalb derer, die Ende der 1980er Jahre aus der PRI ausgeschert waren und die PRD als progressive parlamentarische Kraft gründeten (zwischen den Strömungen, die López Obrador und der Gründer der

---

64 Stattdessen erhoffte man sich durch einen Diskurswechsel Calderóns eine Beruhigung der Lage. Slim erklärte beispielsweise, Calderón habe sein volles Vertrauen, er müsse aber soziale Themen und mehr Beschäftigung tief in seinem Programm verankern (El Economista 2006).

FD/PRD, Cuauhtémoc Cárdenas, repräsentierten),<sup>65</sup> als auch zwischen der städtisch-popularen parlamentarisch orientierten Koalition López Obradors und den indigenen, eher anti-etatistischen Bewegungen des Südens. Die von den Zapatistas ausgehende ‚Andere Kampagne‘ unterstützte ausdrücklich nicht López Obrador, sondern negierte (bestärkt durch die negativen Erfahrungen in Chiapas) den Staat als Terrain für die Kämpfe der Zapatistas.<sup>66</sup> Auch die PRD erbringe keine grundlegende Kritik am Parlamentarismus der Herrschenden. Eine Verbindung dieser beiden größeren progressiven Strömungen war, auch nachdem López Obrador ureigene zapatistische Forderungen einzubeziehen begann, nicht möglich. López Obrador wiederum warf der Anderen Kampagne vor, PRI und PAN in die Hände zu spielen (eigene Gespräche März 2011, vgl. IV 22). Subcomandante Marcos sagte darauf im Interview (Marcos im Interview mit La Jornada 2006a), problematisch sei nicht, wie sich

„die 15.000 Stimmen [auswirken], in denen die Andere Kampagne Einfluss gehabt haben mag, sondern die Unfähigkeit der Parteien die Bevölkerung davon zu überzeugen, politisch teilzunehmen. Wie kann es sein, dass jemand regiert, der weniger als 40 % der Stimmen hat? Dass mit Unterstützung von 14 Millionen ein Land von über 100 Millionen [Menschen] regiert wird? Das wird irgendwann die Grundlage verlieren. Man muss nach unten schauen und wir müssen uns organisieren, um in der Krise, die kommen wird, eine linke Alternative zu präsentieren.“

Einmal mehr sind klare Grenzziehungen identitärer Konzepte unmöglich; dennoch konnte offensichtlich die national-populare Koalition die Sektoren nicht erfassen, in denen sich ethnische und bäuerliche Identitäten und damit spezifische materielle Problemlagen überlagerten.

Für die gesellschaftspolitisch komplizierte Gemengelage, in der sich Calderóns Amtsantritt vollzog, sind die Mobilisierungen verschiedener sozialer Bewegungen noch vor den Wahlen relevant, die in unterschiedlichen Teilen Mexikos lokal verankert, aber überregional wahrgenommen wurden. Teilweise schlossen sie sich der

---

65 Vgl. Gespräche mit Mitarbeitern Cárdenas'.

66 Auch die Zapatistas gingen laut Subc. Marcos (zit. in La Jornada 2006a) allerdings von Wahlbetrug aus. Es sei klar, „dass wer die Wahlen gewonnen hat, AMLO war und die kleine Reserve, die das IFE hatte, diente dazu, dass Calderón zum Patt aufholte und ihm eine halbe Million [Stimmen] abzog, als das PREP [vorläufiges Wahlergebnis] schloss. Mit der Zählung der Wahllokale „passierte das Gegenteil, AMLO war die ganze Zeit oben; als noch ein Fünftel der Wahllokale übrig war, reduzierte sich sein Vorsprung auf weniger als zwei Punkte, und am Ende war er unterlegen. Die Disparität zwischen dem PREP und der Zählung der Wahllokale spricht dafür, dass etwas ziemlich schmutziges passiert ist.“

Anderen Kampagne an. Statt ihre Forderungen aufzugreifen, gingen die staatlichen Apparate höchst repressiv vor, sowohl gegen die Proteste um den Flughafenbau in San Salvador Atenco, als auch bei Protesten von Bergbauarbeitern. Verschiedene Organisationen und Bewegungen außerhalb des Parlamentarismus (APPO, Congreso Nacional Indígena), gerade mit indigener Beteiligung, konnten trotz Grenzen, inneren Widersprüchen und regionaler Zersplitterung ihre Vernetzungen aufrecht erhalten und ausweiten (so die Einschätzung der Organisation SERAPAZ 2007: 4). Sie berufen sich häufig auf die Verteidigung von Land bzw. eigenen Räumen im weiteren Sinne (*territorio*).<sup>67</sup> In Oaxaca radikalisierten sich die jährlichen Demonstrationen der sección22 der SNTE, denen unter Beteiligung paramilitärischer Verbände des PRI-Gouverneurs Ulises Ruiz, letztlich aber nach den Präsidentschaftswahlen unter Einbeziehung der Policía Federal rein repressiv begegnet wurde (vgl. Nava Vázquez 2009: 221–25).<sup>68</sup> Bei der Einschätzung dieser teilweise aus der Lehrergewerkschaft entstandenen Bewegung dürfen die spezifischen Funktionen der Gewerkschaften in Mexiko nicht vergessen werden, wie sie sich gerade an der Lehrergewerkschaft SNTE zeigen, dem deutlichsten Beispiel einer staatlich und unternehmerisch kooptierten Gewerkschaft. Ihre Mitglieder erhalten Privilegien etwa in der Gesundheitsversorgung; vor allem in den Führungsgremien dient sie zur Konzentration politischer Macht und großer Vermögen (z.B. durch die Umwidmung von Wohnungsbauprogrammen für die Lehrerschaft). Diese Gewerkschaften sind deshalb weiterhin relevant, um informelle Entscheidungskanäle (und Aufstiegsmobilität) nachzuvollziehen. Hernández Navarro (2011: 40) bezeichnet sie als unternehmerisches Netz der politischen Repräsentation, dessen „Aktionsfeld immer der Staat ist.“ Dass an der Basis dieser Organisationen dennoch immer wieder autonome politische Bewegungen entstehen wie in Oaxaca, häufig mit der Beteiligung bilingualer indigener Lehrer, widerspricht dem nicht.

Mit der Gründung der PANAL (Nueva Alianza) 2005 schuf sich die SNTE eine eigene Partei, was die SNTE-Führung als eine Autonomisierung von den alten *Ca-*

---

67 Beispiel für diesen Bezug ist die Erklärung des Foro Mesoamericano de los Pueblos (2011).

68 Der PRI-Gouverneur Ulises Ruiz ließ das im historischen Zentrum aufgeschlagene Camp gewaltsam räumen. Dies führte zur Gründung der breiter aufgestellten Bewegung APPO, die sich über Oaxaca-Stadt hinaus verbreitete. Allerdings zog sich die sección22 der SNTE laut Nava Vásquez (2009: 221ff.) nach einem Ringen zwischen sección22 als moderaterer und einer radikaleren, der Guerilla EPR nahestehenden Gruppe in der Führung der Bewegung aus der APPO zurück. Oaxaquenische Wirtschaftsverbände suchten die Bundesregierung zum Eingreifen zu bewegen, indem sie mit der Aussetzung ihrer Steuerzahlungen drohten. Doch erst als am 27. Oktober (nach den Wahlen) unter ungeklärten Umständen der US-amerikanische Journalist Bradley Will erschossen wurde, beendeten Bundesstruppen die Besetzung der Innenstadt Oaxacas durch die APPO gewaltsam.

*ciques* und Parteipolitik innerhalb der PRI präsentierte (vgl. ebd.: 407).<sup>69</sup> Bei der Wahl 2006 unterstützten SNTE und PANAL Calderón, also die PAN. So standen die Türen der SNTE der radikaleren Rechten offen, als der ehemalige PAN-Vorsitzende Luis Felipe Bravo Mena zur Wahlkampfunterstützung Calderóns innerhalb der Lehrergewerkschaft das Netzwerk Red de Maestros en Acción gründete (Hernández Vicencia 2006: 641). Laut Hernández Navarro (2011: 410) und González Ruiz (Contralínea 2013a) organisierte die Präsidentin der Gewerkschaft, Elba Esther Gordillo, selbst in Gesprächen mit Gouverneuren von Chihuahua und Tamaulipas 2006 die Niederlage der PRI und erkannte dies später selbst an; gerade in Tamaulipas hatte die PRI bisher nie größere Einbußen gehabt und die PAN war kaum eine relevante Kraft, was die Vermutungen über mit der Wahlausichtsbehörde IFE im Voraus ausgehandelte Wahlergebnisse bestätigen würde. So allerdings ist Navarros Einschätzung nachvollziehbar, nach der letztlich „die Gewerkschaftsbürokratie zum strategischen Akteur in den Wahlen wurde, sowohl wegen ihrer territorialen Struktur wie auch wegen ihrer Fähigkeit auf diesem Terrain zu agieren“ (Hernández Navarro 2011: 408).

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen, dass die gesellschaftlichen Konstellationen sich jeweils ganz spezifisch ausprägten, die Wahrnehmung einer politischen Krise 2002/2006 aber in beiden Kontexten vorhanden war. In ihrer unterschiedlichen Konfiguration beeinflusste dies die Art und Weise, in der die Regierungen jeweils kurz nach ihrer Amtseinführung verkündeten, sie würden sich auf die Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“, des „Terrorismus“ und der Gewalt konzentrieren, die die staatliche Ordnung bedrohten. Während sich damit in Kolumbien ein umfassendes Projekt verband, das gesellschaftliche Beziehungen umgestalten sollte, gelang der Eindruck der Kohärenz in Mexiko weniger. Die folgenden Kapitel werden dazu beitragen, das komplexe Bild von Staatlichkeit anhand des Politikfelds „Un-/Sicherheit“ zu vervollständigen.

---

69 Bei der Gründung spielten partikulare Konflikte zwischen von Elba Esther Gordillo (als SNTE-Repräsentantin und ehemaliger Generalsekretärin der PRI) und Roberto Madrazo (Vorsitzender der PRI) eine Rolle. Gordillo und Madrazo repräsentierten unterschiedliche Gruppen innerhalb der PRI. Gordillo hatte versucht, die von der PAN vorgeschlagene Fiskalreform mit einem Teil der PRI durchzusetzen, was der von Madrazo repräsentierte Teil als Allianz mit der PAN ablehnte. Die Aktion führte sogar zum Fraktionsausschluss Gordillos kurz nach den Wahlen (ebd.: 219, Proceso 2012a).

